ifmo-studien

Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.)

Eine Forschungseinrichtung der BMW Group

Mobilität 2025

Der Einfluss von Einkommen, Mobilitätskosten und Demographie

Anhang 2: Die Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2025

Verfasser
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin:
Dipl.-Volksw. Dominika Kalinowska
Dr.-Ing. Uwe Kunert (Leitung)
Dr. Manfred Horn
Dipl.-Soz. Jutta Kloas
Dipl.-Volksw. Richard Ochmann
Dr. Erika Schulz
Dipl.-Volksw. Florian Zinsmeister

Beratung durch

Deutsche Bank Research
Stefan Schneider, Leiter Macro Trends
Ingo Rollwagen, Senior Analyst Macro Trends

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr. Dr. h. c. Stefan Hradil, Institut für Soziologie

BMW Group München
Dr. Josef Köster, Markt- und Trendforschung

Institut für Mobilitätsforschung (Hrsg.):

Dr. Irene Feige (Projektleitung)

Berlin, April 2008

DIW BERLIN

ifmo
Institut für
Mobilitätsforschung

Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkung V

1. Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte 7

1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmendaten 9

1.2.1 Das Bruttoinlandsprodukt 10

1.2.2 Arbeitsmarkt 12

1.2.3 Arbeitsproduktivität und Humankapital 16

1.2.4 Einkommenskomponenten 18

1.2.5 Öffentliche Abgaben 31

1.2.6 Sparen 38

1.2.7 Zusammenfassung: Perspektiven der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 41

2. Einkommen und Einkommensverteilung in der EVS 44

2.1 Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte zwischen 1993 und 2003 46

2.2 Entwicklung der Einkommen und Ausgabenkomponenten bis 2025 53

2.3 Entwicklung der Einkommensverteilung 66

3. Fazit 72

Anhang: Komponentenzusammensetzungen in der EVS für 1993-2003 73

Anhang: Merkmalsabgrenzung Ausbildungsabschluss 77

Anhang: Entwicklung der Zahl der Haushalte 78

Anhang: Darstellung der Ergebnisse in Durchschnittsbetrachtung je Haushalt und Monat 81

Anhang: Darstellung der Ergebnisse in Anteilen am Haushaltsbruttoeinkommen 82

Anhang: Einkommenskomponenten 2003 und 2025 in Mrd. Euro 85

Anhang. Komponentenzerlegung 86

Literatur 88

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1-1: **Entwicklung der Beitragssätze zur Sozialversicherung in Eckjahren bis 2025** 33

Tabelle 2-1: **Die jeweils wichtigsten Subkomponenten in Anteilen an den Einkommenskomponenten gemittelt über 1993-2003** 47

Tabelle 2-2: **Einkommenskomponenten der privaten Haushalte differenziert nach Altersgruppen (EVS)** 50

Tabelle 2-3: **Zahl der Haushalte in der EVS nach Altersgruppen** 51

Tabelle 2-4 **Komponenten der Einnahmen und Abzüge vom Einkommen in Euro je Haushalt und Monat (2003er Preise)** 52

Tabelle 2-5: **Entwicklung der Einkommenskomponenten für 1993, 1998, 2003 und 2025** 60

Tabelle 2-6: **Jährliche Veränderung der Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) bis 2025 nach Altersgruppen (in hochgerechneten Summen und je Haushalt)** 61

Tabelle 2-7 **Jährliche reale Veränderung der Einkommenskomponenten 2003 bis 2025 nach Altersgruppen und Qualifikation bezogen auf alle Haushalte (also in hochgerechneten Summen)** 63

Tabelle 2-8 **Jährliche reale Veränderung der Einkommenskomponenten 2003 bis 2025 nach Altersgruppen und Qualifikation je Haushalt** 65

Tabelle 2-9: **Nettoäquivalenzeinkommen* privater Haushalte in Dezilen (in Preisen von 2003)** 67

Tabelle 2-10: **Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen* ausgewählter privater Haushalte (in Preisen von 2003)** 70

Tabelle 2-11: **Haushalte und durchschnittliche Anzahl Haushaltsmitglieder hochgerechnet für EVS nach Alter des Haupteinkommensbeziehers - Entwicklung 2003 bis 2025** 78

Tabelle 2-12: **Haushalte hochgerechnet für EVS 2025 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltstyp** 78

Tabelle 2-13: **Haushalte hochgerechnet für EVS nach Ausbildungsabschluss des HEB - Entwicklung 2003 bis 2025** 79

Tabelle 2-14: **Haushalte hochgerechnet für EVS 2025 nach Alter und Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers** 79

Tabelle 2-15 **Haushalte nach beruflichem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers 2003 und 2025** 80

Tabelle 2-16: **Entwicklung der Einkommenskomponenten für 1993, 1998, 2003 und 2025** 81

Tabelle 2-17: **Einkommenskomponenten für 2025 differenziert nach Altersgruppen** 81

Tabelle 2-18: **Anteil der Einkommenskomponenten am HH-Bruttoeinkommen für 1993 nach Altersgruppen (je Haushalt und Monat in Preisen von 2003)** 82

Tabelle 2-19: **Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 1998 zu 1993 nach Altersgruppen (je Haushalt)** 82

Tabelle 2-20: **Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2003 (EVS) zu 1998 nach Altersgruppen (je Haushalt)** 83

Tabelle 2-21: **Anteil der Einkommenskomponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt und Monat in Preisen von 2003)** 83

Tabelle 2-22: **Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2025 zu 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt)** 84

Tabelle 2-23: **Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2025 zu 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt) – Auch für 2025 auf Basis der Bevölkerungsstruktur von 2003** 84

Tabelle 2-24: **Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) differenziert nach Altersgruppen** 85

Tabelle 2-25: **Einkommenskomponenten für 2025 differenziert nach Altersgruppen** 85

Tabelle 2-26: **Jährliche Veränderung der Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) bis 2025 nach Altersgruppen (in hochgerechneten Summen) – Auch für 2025 auf Basis der Bevölkerungsstruktur von 2003** 87

Abbildung 1-1: **Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2006** 9

Abbildung 1-2: **Wirtschaftswachstum in Deutschland** 11

Abbildung 1-3: **Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Angaben zur Bevölkerung auf der Basis von Personen in 1000)** 14

Abbildung 1-4: **Durchschnittliches Alter beim Erstbezug von Altersrenten** 15

Abbildung 1-5: **Arbeitsproduktivität, Lohnstückkosten, Lohnkosten und Verdienst 1991-2005** 17

Abbildung 1-6: **Entwicklung von Sozialprodukt und Arbeitnehmereinkommen 1991 – 2006** 19

Abbildung 1-7: **Verdienst in Deutschland** [1)] 20

Abbildung 1-8: **Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland** 21

Abbildung 1-9: **Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland** 23

Abbildung 1-10: **VGR-Indikatoren 1991-2005** 24

Abbildung 1-11: **Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1991 bis 2004** 26

Abbildung 1-12: **Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1963 – 2004** 26

Abbildung 1-13: **Sozialleistungen, Sozialbeiträge, Lohnsteuern, Sparen 1991-2005** 27

Abbildung 1-14: **Entwicklung der Beitragssätze in den Zweigen der Sozialversicherung 1970 – 2007** 32

Abbildung 1-15: **Durchschnittliche Abgabenbelastung je Arbeitnehmer** 34

Abbildung 1-16: **Durchschnittliche Abgabenbelastung je Arbeitnehmer 1950 – 2006** 36

Abbildung 1-17: **Öffentliche Abgaben (Steuern und Beiträge) 1960 – 2005** 37

Abbildung 2-1: **Kumulierte Nettoäquivalenzeinkommen** 68

0. Vorbemerkung

Im Jahre 2005 hat das Institut für Mobilitätsforschung qualitative Szenarien zur Zukunft der Mobilität veröffentlicht, die auf unterschiedlichen Rahmensetzungen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beruhten.[1] Ende 2006 wurde das DIW Berlin beauftragt, in Anlehnung an die Annahmen des Szenarios „Mobilität braucht Aktion“ die Entwicklung der Mobilität bis zum Jahr 2025 zu quantifizieren. Ziel war es aufzuzeigen, wie sich angesichts der Alterung der Bevölkerung bei einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der erwarteten Veränderung der Kosten der Mobilität sowohl die Konsumausgaben der privaten Haushalte für Verkehrsleistungen als auch das Mobilitätsverhalten entwickeln werden.

Bei der Quantifizierung der qualitativen Vorgaben konnte auf vielfältige Vorarbeiten des DIW Berlin aufgebaut werden. Genannt seien hier die Vorausschätzungen der demografischen Entwicklung, die Analysen zur Entwicklung der Konsumstrukturen bei einer alternden Bevölkerung und vor allem die Analysen mit Hilfe der vom DIW und infas durchgeführten Erhebung Mobilität in Deutschland 2002.

Die Ergebnisse der Vorausschätzungen sind zusammenfassend im Bericht „Mobilität 2025: Der Einfluss von Einkommen, Mobilitätskosten und Demografie“ veröffentlicht. Die ausführlichen Einzelanalysen sind in den Materialien zu diesem Bericht erschienen. Sie umfassen vier Bände:

API: Demografie, Erwerbsbeteiligung und Bildung im Jahr 2025

APII: Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2025

APIII: Die Mobilitätskosten im Jahr 2025

APIV: Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte bis 2025

In dem hier vorgelegten APII wird ausgehend von der Darstellung der ökonomischen Rahmenbedingungen die Entwicklung der Arbeitseinkommen, Transfereinkommen, Einnahmen aus Vermögen und sonstigem sowie der Steuern und Abgaben vorausgeschätzt. Analysen der künftigen Einkommensverteilung schließen den Bericht ab.

[1] Vgl. ifmo (2005).

1. Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte

Die Höhe und Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte werden entscheidend durch das verfügbare Einkommen[2] determiniert. Verändert sich das Einkommen, welches einem Haushalt für Konsumzwecke zur Verfügung steht, wird sich in den meisten Fällen, je nach Einkommenselastizität der einzelnen Konsumgüter und Dienstleistungen, auch seine gesamte Konsumstruktur verändern.

Aufgrund der bereits im API beschriebenen **demographischen Veränderungen**[3], die künftig zu erwarten sind – z.B. angesichts der Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen – kann von einer künftigen Änderung der disponiblen Einkommen ausgegangen werden. Dies betrifft insbesondere die **Verteilung der verfügbaren Einkommen** über die privaten Haushalte.

Außerdem ist die **Entwicklung und Struktur der verfügbaren Einkommen privater Haushalte** beeinflusst von **relevanten volkswirtschaftlichen Rahmengrößen**, die im vorliegenden Abschnitt untersucht und in ihrer zu erwartenden Veränderung bis 2025 aufgezeigt werden. Aus der Betrachtung der vergangenen Perioden ist zu erkennen, dass die Entwicklung der einzelnen Einkommenskomponenten aus denen sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zusammensetzt, z.B. Lohn- und Gehaltseinkommen, Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Renteneinkommen, Sozialtransfers, etc., hinsichtlich ihrer jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten unterschiedlich verlaufen ist. Die Komponenten werden auf unterschiedliche Weise von strukturellen wie auch gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen oder politischen Weichenstellungen beeinflusst. Die verschiedenen Entwicklungstrends hinsichtlich der einzelnen Komponenten haben entsprechend unterschiedliche Implikationen für das Wachstum der verfügbaren Einkommen im jeweiligen Haushaltstyp. Die Zusammensetzung nach Einkommensarten – ähnlich wie das Einkommensniveau – hängt jedoch überwiegend von soziodemographischen Haushaltsmerkmalen

---

[2] Das verfügbare Einkommen ergibt sich als Summe unterschiedlicher Einnahmekategorien, wie z.B. des Erwerbseinkommens (Arbeitnehmerentgelt abhängig Beschäftigter oder Netto- vs. Bruttolöhne und -gehälter, bzw. Unternehmens-, Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen), Vermögenseinkommens, der Renten- und Pensionszahlungen, monetärer und nichtmonetärer Sozialtransfers des Staates oder sonstigen Transfers (z.B. Lohnersatz- und Fürsorgeleistungen), und der Abzüge vom Einkommen.

[3] Vgl. Schulz et al. (2008).

ab. Dies sind beispielsweise Haushaltsgröße und -struktur, Erwerbstätigkeit, oder das Bildungs- bzw. Qualifizierungsniveau der Einkommensbezieher.[4] Gleichzeitig werden die unterschiedlichen Einkommenskomponenten, oder auch einmalige Einnahmen aus Erbschaften, auf unterschiedliche Weise von künftigen strukturellen wie auch gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen oder politischen Weichenstellungen beeinflusst. Um die zukünftigen Veränderungen des verfügbaren Einkommens im Durchschnitt und die aus seiner Zusammensetzung nach Einkommenskomponenten resultierenden Verteilungseffekte abschätzen zu können, müssen im ersten Schritt die wesentlichen Einflussfaktoren identifiziert werden, die das verfügbare Einkommen in der Vergangenheit determiniert haben und die es voraussichtlich in der Zukunft determinieren werden. Dieser Schritt beinhaltet damit die auf historischen Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen basierende Analyse der Wirkungszusammenhänge zwischen maßgeblichen makroökonomischen Variablen und dem verfügbaren Einkommen privater Haushalte. Zu den wichtigsten Größen zählen dabei das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Produktivität, die Lohnquote (Beschäftigung), die Sozialabgaben sowie Steuern.[5]

Im Rahmen einer analytischen Bestandsaufnahme der letzten fast 20 Jahre[6] werden die erkennbaren Zusammenhänge dargestellt. Anhand der Schlussfolgerungen über beobachtbare Wechselbeziehungen in der Vergangenheit werden Annahmen für die künftige Entwicklung zum einen der relevanten Einflussfaktoren (exogene Variablen) und zum anderen der Einkommenskomponenten der privaten Haushalte getroffen. Abschließend werden die Effekte der getroffenen Annahmen auf die endogenen Größen ausführlich diskutiert. Ziel ist eine fundierte **quantitative Projektion der Einkommensentwicklung in Höhe und Struktur bis zum Jahre 2025**, um darauf aufbauend Aussagen über die resultierenden Veränderungen der Konsumausgaben abschätzen zu können.

---

[4] Vgl. Klose und Schwarz, 2006.

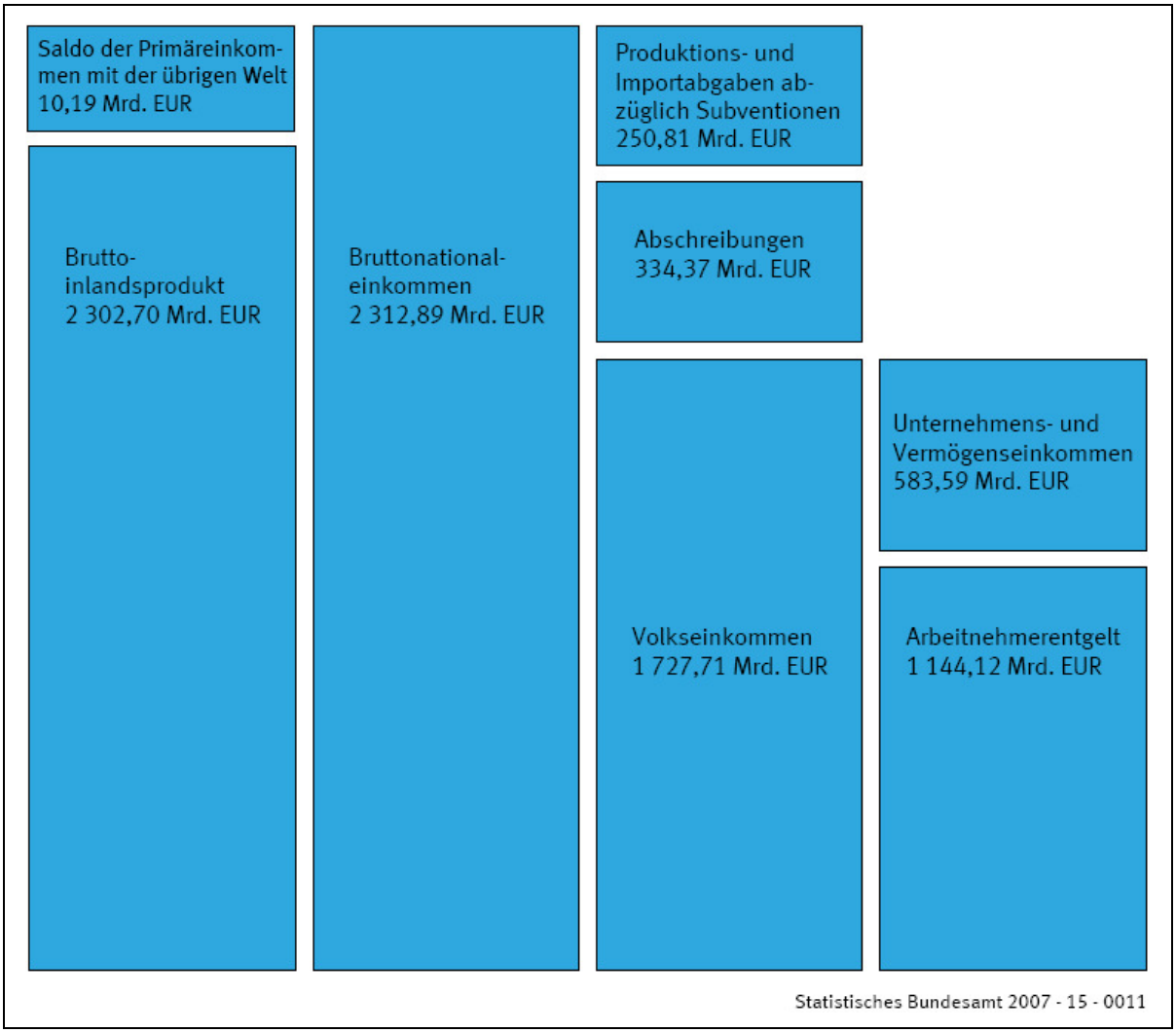
[5] Vgl. Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Inlandsprodukt nach ESVG 1995 – Methoden und Grundlagen, 2007.

[6] Gewählt wird als historischer Ausgangspunkt der Untersuchung relevanter Wirtschaftszusammenhänge das Jahr 1990, was in erster Linie mit der Datenverfügbarkeit nach der deutschen Wiedervereinigung zusammenhängt.

1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmendaten

Für die **Entstehungsseite des BIP** und die daraus abgeleitete Entwicklung der Einkommen hat vor allem die Entwicklung der Produktion von Waren und Diensten eine bestimmende Bedeutung. Die Abbildung 1-1 gibt eine schematische Übersicht zu der volkswirtschaftlichen Einkommensseite.

Abbildung 1-1:
Schematische Darstellung des deutschen Bruttonationaleinkommens 2006



Die Abzüge vom Einkommen werden hauptsächlich durch die Ausgestaltung der Sozialsicherungssysteme hinsichtlich der gesetzlichen Abgabequoten und Sozialbeiträge und über

die Steuergesetzgebung durch direkte Steuern bestimmt. Gleichzeitig determinieren das Steuer- und Abgabenaufkommen die öffentlichen Einnahmen und damit auch das Ausgabenpotential des Staates. Daran wird bereits erkennbar, welche volkswirtschaftlichen Variablen einer besonderen Untersuchung bei der durchzuführenden Projektion bedürfen.[7] Weitere zu berücksichtigende Makrogrößen sind der **technische Fortschritt** und damit auch die relative **Faktorproduktivität von Arbeit und Kapital**. Zu den wichtigen arbeitsmarktbezogenen Einflussfaktoren gehören die **Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, die Zahl der Erwerbspersonen sowie die Zahl der Erwerbstätigen und die Zahl bzw. Quote der Arbeitslosen**. Der Bereich sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklung der Lohnquote als Verhältnis vom Arbeitnehmerentgelt zum Volkseinkommen und den (realen) Lohnstückkosten. Den Rahmen für die Entwicklung von relevanten VGR-Größen bildet die demographische Entwicklung in Deutschland mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft, der steigenden Lebenserwartung und dem sich ändernden Haushaltsbildungsverhalten.[8]

1.2.1 Das Bruttoinlandsprodukt

Das BIP ist durch eine „Dualität“ gekennzeichnet, als es direkt und indirekt zu zahlreichen volkswirtschaftlichen Größen in Beziehung steht. Beispielsweise bestimmt das verfügbare Einkommen die Konsumausgaben der privaten Haushalte, deren Entwicklung wiederum konjunkturelle Effekte induziert, welche schließlich auch eine Veränderung des BIP zur Folge haben können. Existierende Wechselwirkungen dieser Art verbieten eine singuläre Argumentation zu den Wirkungszusammenhängen, bzw. der Wirkungsrichtung. Daher ist in diesem Zusammenhang eine konkrete Vorgabe hinsichtlich des Wirtschaftswachstums bis zum Jahre 2025, die es allerdings zu plausibilisieren gilt, hilfreich. Es wird hier von der Annahmen eines langfristigen realen BIP Wachstums von 1,8 % bis 2025 aus dem positi-

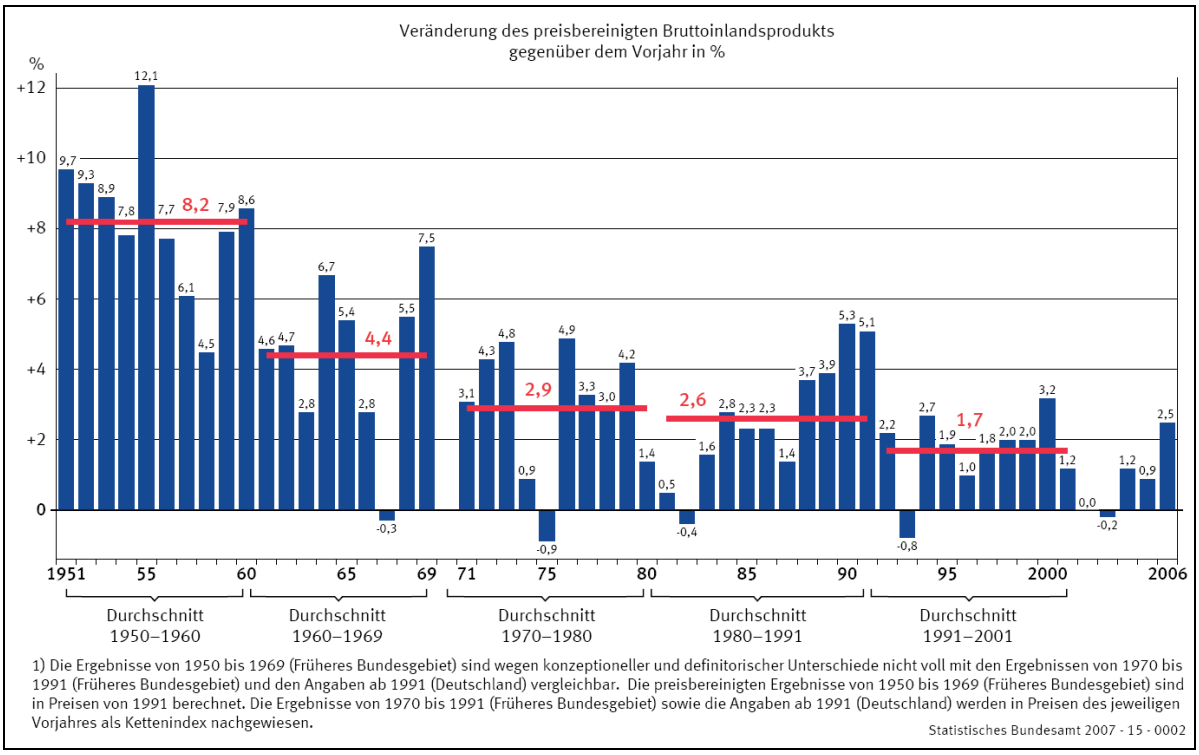
[7] Generell wurden als Auftakt der Arbeiten für alle Einflussbereiche mögliche Trends, kritische Faktoren und Bandbreiten der Entwicklungen auf Basis von Vorlagen des DIW gemeinsamen mit dem Auftraggeber und externen Fachexperten diskutiert. Dabei wurden, um die Einflussgrößen künftiger Verteilungseffekte unter Berücksichtigung von bereits in Vorläuferstudien festgelegten ifmo-Deskriptoren einzugrenzen und Vorgaben für die Vorausschätzung zu erhalten, im Rahmen mehrerer Workshops plausible Entwicklungspfade für die quantitative Projektion festgelegt.

[8] Weitere relevante Faktoren sind beispielsweise Wechselkurse, Energiepreise, Beschäftigungsstrukturen in Hinsicht der aktuell immer mehr an Bedeutung gewinnenden Verschiebung zwischen Teil- und Vollzeitarbeit, generell die Arbeitsmarktnachfrage ausgedrückt in offenen Stellen und qualifikatorischem „Matching“, Inflation sowie Verbraucherpreise.

ven ifmo-Szenario ausgegangen.[9] Die zu erwartende Produktionszunahme geht in eine positive Veränderung des Volkseinkommens über und wirkt sich letztlich auch positiv auf die Entwicklung des verfügbaren Einkommens privater Haushalte aus.

Die Vergangenheitsentwicklung des BIP verläuft vom moderaten Wachstum in 1995-1999, über ein Wachstumshoch in 2000 und eine nahezu Stagnationsphase bis 2005.[10] Am aktuellen Rand macht der Entwicklungsverlauf des BIP in Deutschland eine offensichtliche Trendwende durch, die wir anhand einer deutlichen Aufschwungstendenz mit 2,5 % BIP-Wachstum in 2006 beobachten können (vgl. Abbildung 1-2).

Abbildung 1-2:
Wirtschaftswachstum in Deutschland



1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

Statistisches Bundesamt 2007 - 15 - 0002

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die zugrunde gelegte Annahme von einem langfristigen realen BIP Wachstum von 1,8 % bis 2025 berechtigt ist. Berücksichtigt man

[9] Vgl. "Zukunft der Mobilität – Szenarien für das Jahr 2025" (ifmo Studien), Hrsg.: Institut für Mobilitätsforschung (ifmo), Berlin 2005.

[10] Vgl. Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2006 für Deutschland, 2007 und Räth und Braakmann, 2007.

existierende Langfristprognosen zur inländischen Produktionsentwicklung Deutschlands, liegt diese Annahme von 1,8 % auf einem vergleichbaren Niveau mit anderen Prognosen. Beispielsweise rechnet die Europäische Kommission (EC) mit jahresdurchschnittlichen BIP Wachstumsraten Deutschland für 2004-2010 von real 1,7 %, 2011-2020 von 1,8 % und 2021-2030 von 1 %. Für die Prognose der künftigen BIP je Einwohner Wachstumsraten geht die Kommission von 1,6 % für 2004-2010, 1,7 % für 2011-2020 und von 1,1 % für den Zeitraum 2021-2030 aus.[11] Obwohl die meisten Wirtschaftsprognosen für eine kurze Frist – meist bis 2008 – erstellt werden, existieren für Deutschland weitere Langfristprognosen, in denen die jeweils getroffenen BIP-Wachstumsannahmen relativ gering auseinander fallen. Zu nennen wäre hier die Langfristprognosen von beispielsweise prognos, dem IWH, Difu und TRAMP, der Rürup Kommission, von acatech sowie aus der Verkehrsprognose 2015 für die Bundesverkehrswegeplanung, die sich in ihren Wachstumsannahmen je nach Prognoseverfahren und Prognosezeitraum in einer Bandbreite zwischen 1,2 und 2,1 % bewegen.[12]

1.2.2 Arbeitsmarkt

Für die eher positive Wachstumsannahme von 1,8 % bis 2025 spricht auch die Einschätzung, dass der starke Konjunkturaufschwung in den vergangenen Perioden das Ergebnis von tief greifenden und nachhaltigen Reformen in Deutschland ist und sich anhaltend positiv insbesondere auch auf die Arbeitsmarktsituation auswirkt. Mit der wirtschaftlichen Wachstumsannahme verbindet sich die Erwartung, dass eingeleitete Reformprozesse fortgeführt und in steigender Bildungs- sowie Erwerbsbeteiligung und damit schließlich auch in der Zunahme von Produktion und Binnennachfrage resultieren werden. Erste Anzeichen sind erkennbar, denn die Zahl der Erwerbstätigen ist nach wiederholten Rückgängen der letzten Jahre (vgl. Abbildung 1-3) in 2006 erstmals wieder gestiegen.

---

[11] Vgl. Carone et al., Economic Paper der European Commission, 2006.

[12] Prognos geht aus von einem realen BIP-Wachstum von 1,2 % p.a. 2000-2010, 1,5 % p.a. 2010-2020 und 1,2 % p.a. 2020-2030 (vgl. Prognos, 2006). Das IWH geht bei der Anwendung des produktionsfunktionbasierten Prognoseverfahrens von Veränderungsraten 1,8 %, 1,7 % und 1,4 % für die jeweiligen Zeiträume 2004-2010, 2011-2020, und 2021-2030 aus. Bei dem Trendverfahren ergibt sich eine einheitliche BIP Wachstumsrate von 1,4 % für alle drei zwischen 2004 und 2030 betrachteten Zeitperioden. Entsprechend für die drei Zeitperioden nimmt die Rürup Kommission die Wachstumsraten 1,9 %, 1,8 % und 1,4 % an (vgl. Ludiwg et al., 2006). Das acatech geht bis 2020 von einem durchschnittlichen BIP Wachstum von 1,8 % aus (vgl. acatech, 2006). Im Vergleich dazu geht die Verkehrsprognose 2015 für die Bundesverkehrswegeplanung von 2,1 % BIP Zunahme aus (vgl. Verkehrsprognose 2015, 2001).

Die gute konjunkturelle Entwicklung ist nicht nur das Ergebnis erfolgreicher arbeitsmarktpolitischer Reformmaßnahmen, sie stützt auch den Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Auch strukturelle Veränderungen und Veränderungen im Erwerbsverhalten werden langfristig ihren Beitrag zur positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes leisten, insofern eine bessere Anpassung des Arbeitsangebotes auf die Nachfrage stattfinden wird.[13] An dieser Stelle sind insbesondere zwei Faktoren zu nennen: die **zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen (1)** teilweise bedingt durch die **abnehmende Dauer von Erziehungspausen (2)** und der politisch flankierte **längere Verbleib älterer Personen im Erwerbsleben (3)**.[14] Wahrscheinlich ist auch, dass die Häufigkeit von Erziehungspausen, insbesondere von Frauen abnimmt, sofern sich das Angebot an außerhäuslicher Betreuung von Kleinkindern verbessert. Beide Aspekte – Frauenerwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit älterer Personen – korrespondieren auch mit den Beschäftigungszielen der Lissabon-Strategie der Europäischen Union, welche u.a. für 2010 eine Beschäftigungsquote für Frauen von 70 % und einer Erwerbstätigenquote der 55- bis 66-Jährigen von 50 % anstrebt.[15] Entsprechende Anreizmechanismen und Umsetzungsmaßnahmen finden sich in den arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen in Deutschland wieder.[16]

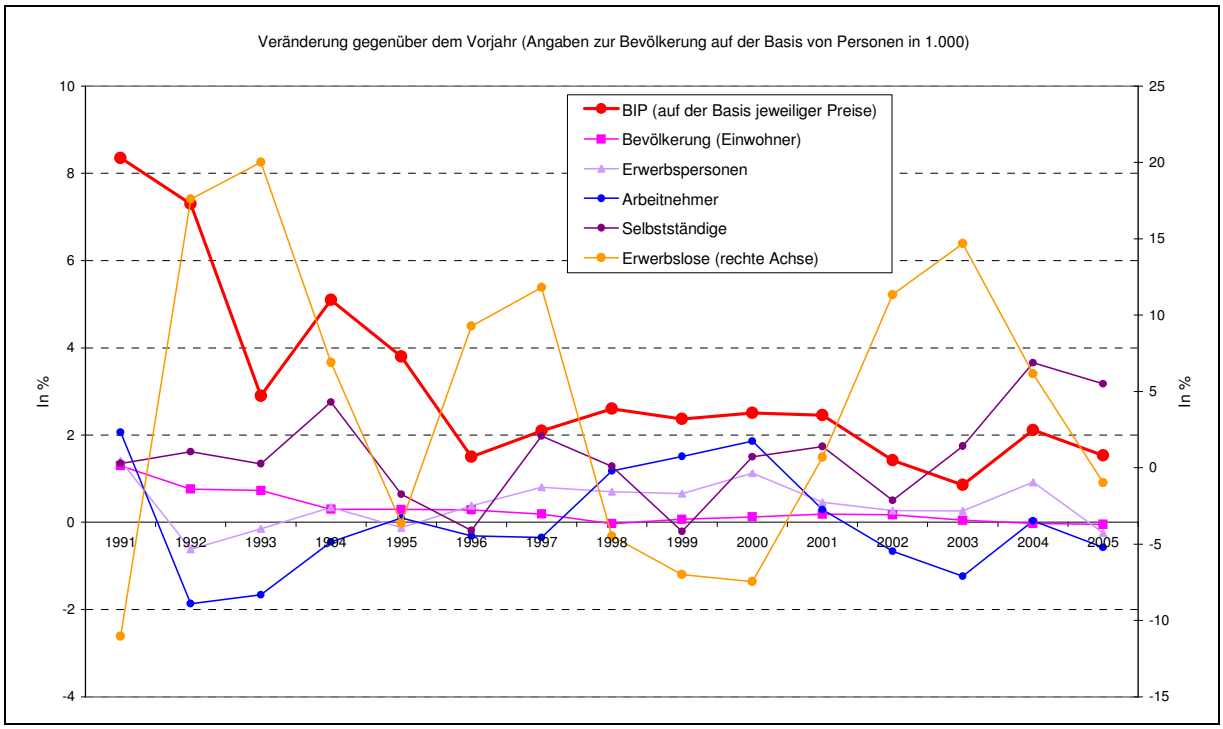
[13] Vgl. auch Abschnitt 1.3.

[14] Gleichwohl sei darauf hingewiesen, dass ohne die genannten Treiber, d.h. alleine auf der Basis der demographischen Entwicklung bedingt durch die drei Faktoren – 1. sinkende Geburtenraten, teilweise ausgelöst durch wachsende Erwerbsbeteiligung von zunehmend besser gebildeten Frauen (vgl. Stürzer, 2005), 2. steigende Lebenserwartung, und zunehmende Alterung der Bevölkerung sowie 3. langfristiger Bevölkerungsrückgang – die Erwerbspersonen und damit das Arbeitskräfteangebot sinken würde (vgl. Börsch-Supan et al., 2005, S. 22 ff.).

[15] Vgl. Europäischer Rat (Lissabon): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 2000 und Europäischer Rat (Stockholm): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 2001.

[16] Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichtserstattung: Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt - Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Nürnberg 2007.

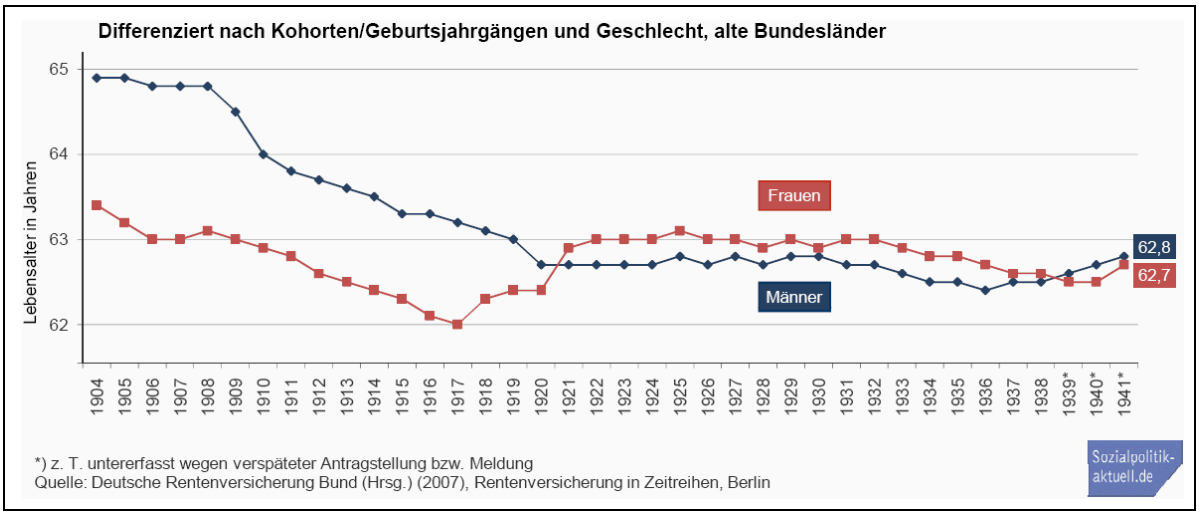
Abbildung 1-3:
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Angaben zur Bevölkerung auf der Basis von Personen in 1000)



Quelle: Statistische Bundesamt.

In der Vergangenheit ist das durchschnittliche Rentenzugangsalter deutlich zurückgegangen, obwohl die Lebenszeitspanne und damit auch die Rentenbezugszeit immer weiter zugenommen hat (vgl. Abbildung 1-4).

Abbildung 1-4:
Durchschnittliches Alter beim Erstbezug von Altersrenten



Insgesamt kann durch die angenommene zukünftige **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** mittels einer Erhöhung des Renteneintrittsalters die Zahl der Erwerbstätigen erhöht werden. Eine gleichzeitige Abschaffung von noch existierenden Anreizmaßnahmen zur Frühverrentung, oder auch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten, kann den demographisch bedingten Arbeitskräfterückgang teilweise zusätzlich kompensieren.[17]

Nicht ganz unproblematisch ist die Anreizgebung zur Ausweitung von Lebensarbeitszeiten auf der Nachfragseite nach älteren Arbeitskräften, insbesondere in Bezug auf den niedrigqualifizierten Bereich, der sich zumeist durch geringe Entlohnung auszeichnet. Ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen könnte eine gesetzliche Erhöhung des Renteneintrittsalters zum Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit führen. Dies würde möglicherweise einhergehen mit negativen Einkommenseffekten während sowie nach der Erwerbsphase. Daher wird an dieser Stelle auch von entsprechenden politischen Weichenstellungen ausgegangen, die diesen Effekt abfedern werden. Diese umfassen

[17] Auch die Europäische Kommission rechnet für Deutschland mit insgesamt positiven jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der Erwerbstätigenzahlen: für 2004-2010 0,8 %, 2011-2020 0,2 % und 2021-2030 -0,8 %. Damit geht die Kommission bis 2011 von einer positiven Entwicklung der Erwerbstätigkeit, hauptsächlich bedingt durch die demographische und wirtschaftlich-strukturelle Entwicklung aus. Zwischen 2012 und 2017 werden die steigenden Erwerbstätigenquoten den demographischen Effekt abnehmender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter überwiegen. Erst ab 2018 kommt der demographische Nettoeffekt zum tragen und sowohl die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wie die Zahl der Erwerbstätigen beginnt zu sinken (vgl. Carone, Economic Papers der European Commission, 2005).

insbesondere berufsqualifizierungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen.[18] Korrespondierend zu den Annahmen hinsichtlich der langfristigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit wird so von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit ausgegangen.

Von steigenden Erwerbstätigenzahlen und rückläufigen Arbeitslosenquoten wird auch die öffentliche Hand profitieren. Zum einen kann der Staat auf steigende Einnahmen aus gesetzlichen Steuern und Abgaben zählen, zum anderen wird er seine Ausgaben für Transferzahlungen, wie etwa Sozialtransfers oder Ersatzleistungen für Erwerbseinkommen reduzieren können.[19] [20]

1.2.3 Arbeitsproduktivität und Humankapital

Für die vorliegende Projektion wird somit insgesamt von optimistischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft bis 2025 ausgegangen. Diese Einschätzung wird gestützt durch die Tatsache, dass Deutschland bisher vergleichsweise stark von der „Globalisierung“ aktiv profitieren konnte. Es liegt daher nahe anzunehmen, dass Deutschland diesen Vorteil auch künftig erhalten und sogar ausbauen wird.[21] Die internationale Wettbewerbsstärke Deutschlands wird zahlreiche, gesamtwirtschaftlich positive Effekte nach sich ziehen. Zunehmende Außenhandelsverflechtungen erfordern und fördern damit gleichzeitig auch den produktivitätssteigernden technischen Fortschritt. In der Vergangenheit stieg die Arbeitsproduktivität mit schwankenden Raten (vgl. Abbildung 1-5).

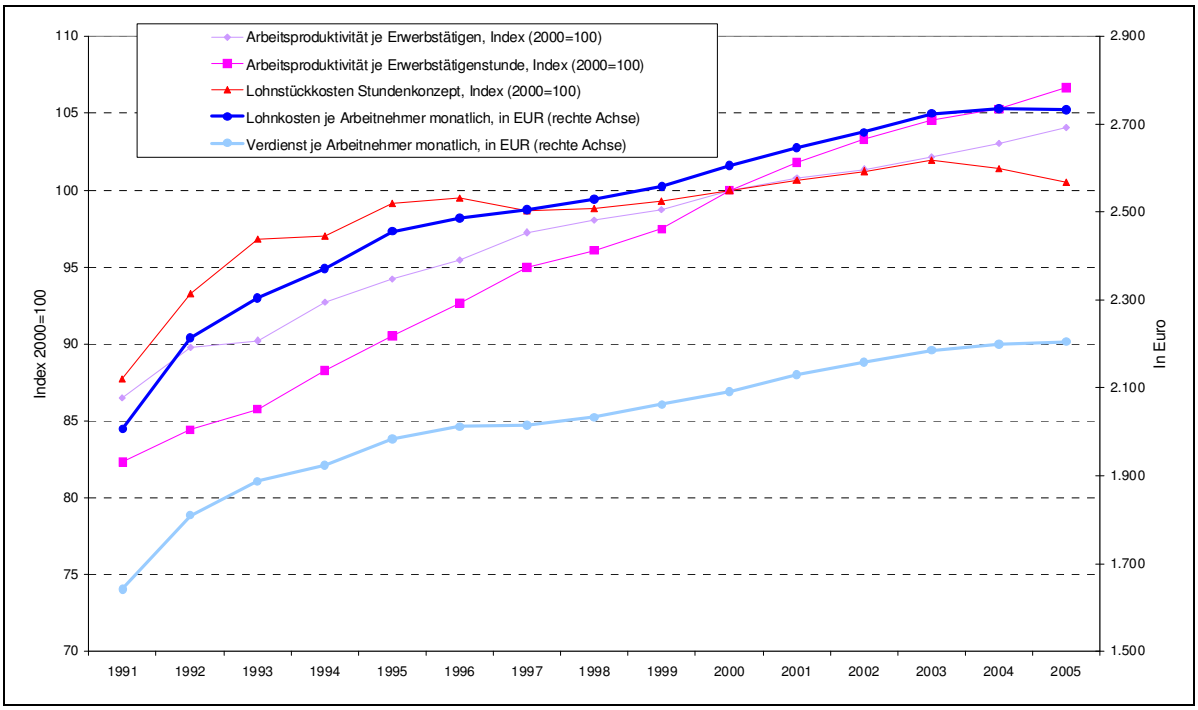
[18] Vgl. Brenke, 2007; vgl. Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005; vgl. „Rente mit 67 – Folgen für den Arbeitsmarkt? in Ifo Schnelldienst 3/2007.

[19] Zum Vergleich erwartet die Europäische Kommission für Deutschland einen Rückgang öffentlicher Ausgaben für Arbeitslosentransfers um die 0,4 Prozentpunkte p.a. für den Zeitraum 2004 bis 2030. Dabei rechnet die Kommission mit einer Arbeitslosenquote von 8,5 % in 2010 und 7 % für 2015-2025 (vgl. Economic Policy Committee and the European Commission (DG ECFIN), 2006).

[20] Für eine breit gefasste Diskussion und Literaturübersicht zum Thema Arbeitsmarkt und Demographie vgl. auch Engelhardt und Prskawetz, 2005.

[21] Vgl. Gornig und Görzig, 2007.

Abbildung 1-5:
Arbeitsproduktivität, Lohnstückkosten, Lohnkosten und Verdienst 1991-2005



Quelle: Statistische Bundesamt.

Für die Zukunft werden Produktivitätszuwächse in dem durchschnittlichen Bereich von 1,5 % angenommen, auch wenn dies vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft nicht unumstritten zu sein mag. Denn trotz positiver Produktivitätseffekte aus Erfahrungsakkumulation gelten ältere Erwerbspersonen als weniger empfänglich für Weiterbildungsmaßnahmen und weniger flexibel bzw. bereit, sich neuen Aufgaben zu stellen. Adäquat ausgestaltete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, welche auf die Um- oder Weiterqualifizierung, insbesondere der älteren Erwerbspersonen abzielen, können einer schwachen Produktivitätsentwicklung zusätzlich entgegenwirken.[22] Realistisch wird dieses Szenario insbesondere auch unter der hier getroffenen Annahme, dass in Deutschland künftig eine Investitionsoffensive in Bildung und Qualifizierung, und zwar für weitgehend alle Bevölkerungsgruppen, stattfindet.[23]

[22] Vgl. Schneider, 2006, 2007a und 2007b sowie Thießen, 2007.
[23] Vgl. Meyer und Wolter, 2005, Brenke und Zimmermann, 2005, Anger, 2007 und Knoche, 2007.

Bereits seit Jahren verfügen die neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Kohorten im Schnitt über einen verbesserten Bildungs- und Qualifizierungsgrad[24], der gleichzeitig auch die Produktivität des Faktors Arbeit hebt.[25] Eine positive Entwicklung des Bildungssektors, insbesondere auch höhere Bildungsausgaben sind zugleich auch eine Voraussetzung für den Erhalt der (globalen) Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Dabei müssen die Bildungsbeteiligung und Investitionen in Bildung – auch auf der individuellen Ebene – steigen. Eine Verbesserung im Bildungsbereich setzt sich dabei aus zwei Effekten zusammen:

- einer besseren Schulbildung von Personen im erwerbsfähigen Alter, d.h. steigender Anteil an Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, und
- einer höheren Teilnahme der Bevölkerung an Bildungs- und Qualifizierungsprozessen.

Eine höhere Humankapitalausstattung und ein verbessertes Qualifikationspotential der Bevölkerung wirken sich positiv auf den Arbeitsmarkt und insbesondere auch auf die Einkommensposition – durch steigende Bildungsrenditen in erster Linie auch der besser Qualifizierten – aus.[26]

1.2.4 Einkommenskomponenten

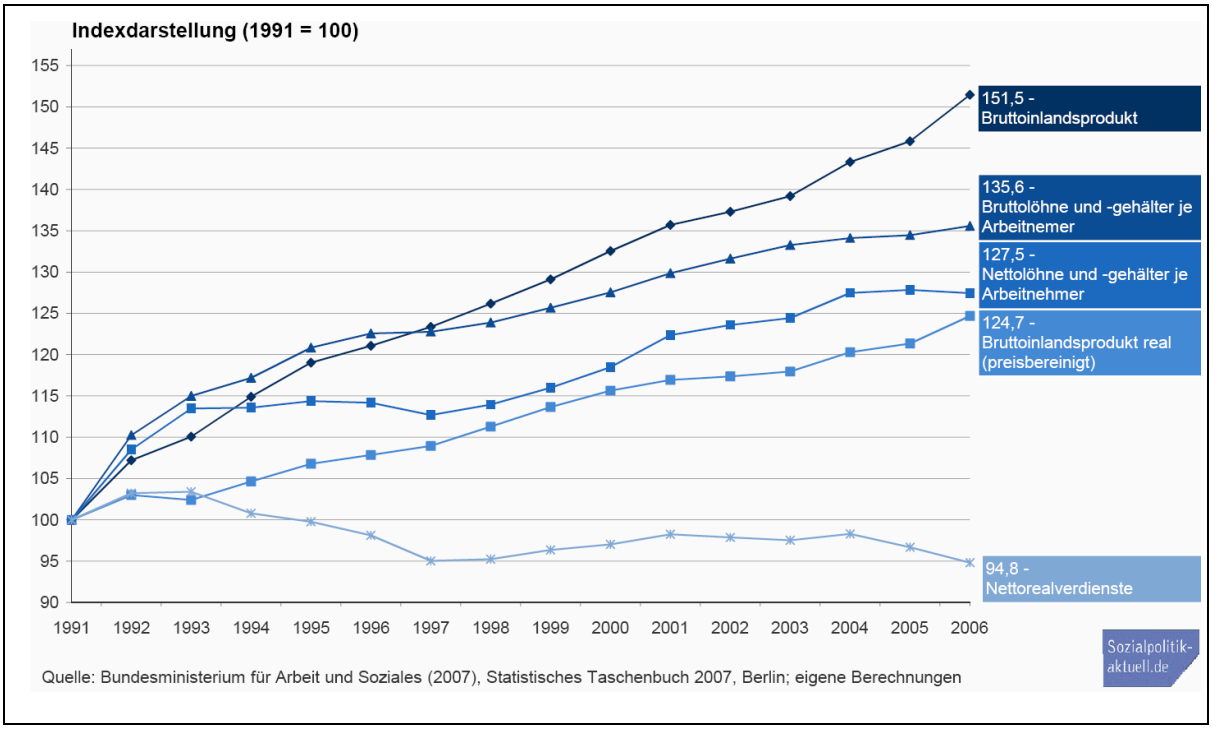
In Deutschland beobachten wir bereits seit Jahren, dass sich das Arbeitnehmerentgelt abhängig Beschäftigter im Durchschnitt und pro Arbeitnehmer (insbesondere aber die Nettolöhne und -gehälter) und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen auseinander entwickeln. In 2006 ist das Arbeitnehmerentgelt nach stetigem Rückgang in der Vergangenheit erstmals wieder leicht um 1,3 % angestiegen (vgl. Abbildung 1-8). Es ist allerdings festzuhalten, dass sich das Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter nur abgeschwächt in den Nettolöhnen und -gehältern widerspiegelt. Bei der Betrachtung der Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ließ das zaghafte Wachstum der Arbeitnehmerentgelte in 2006 die Nettolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer lediglich stagnieren, und dies auch noch

[24] Vgl. auch Schulz et al. 2008.

[25] Vgl. Stürzer, 2005 und für eine ausführliche Diskussion zum Thema Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem vgl. Band 6 Beiträge zum Wissenschaftlichen Kolloquium am 18. und 19. November 2004 in Statistik und Wissenschaft.

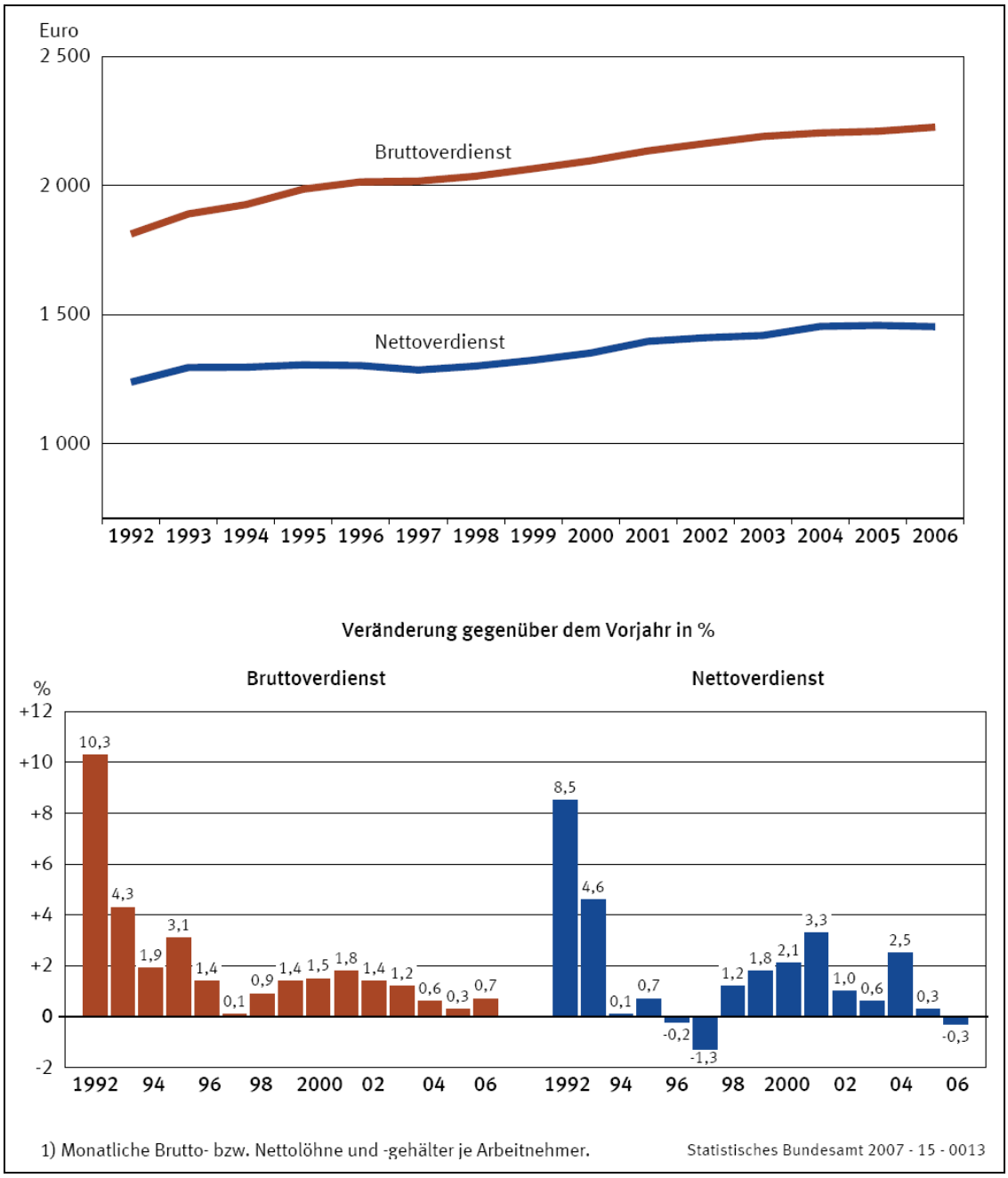
ohne zusätzliche Berücksichtigung der Inflationsentwicklung (vgl. Abbildung 1-6 und Abbildung 1-7).

Abbildung 1-6:
Entwicklung von Sozialprodukt und Arbeitnehmereinkommen 1991 – 2006



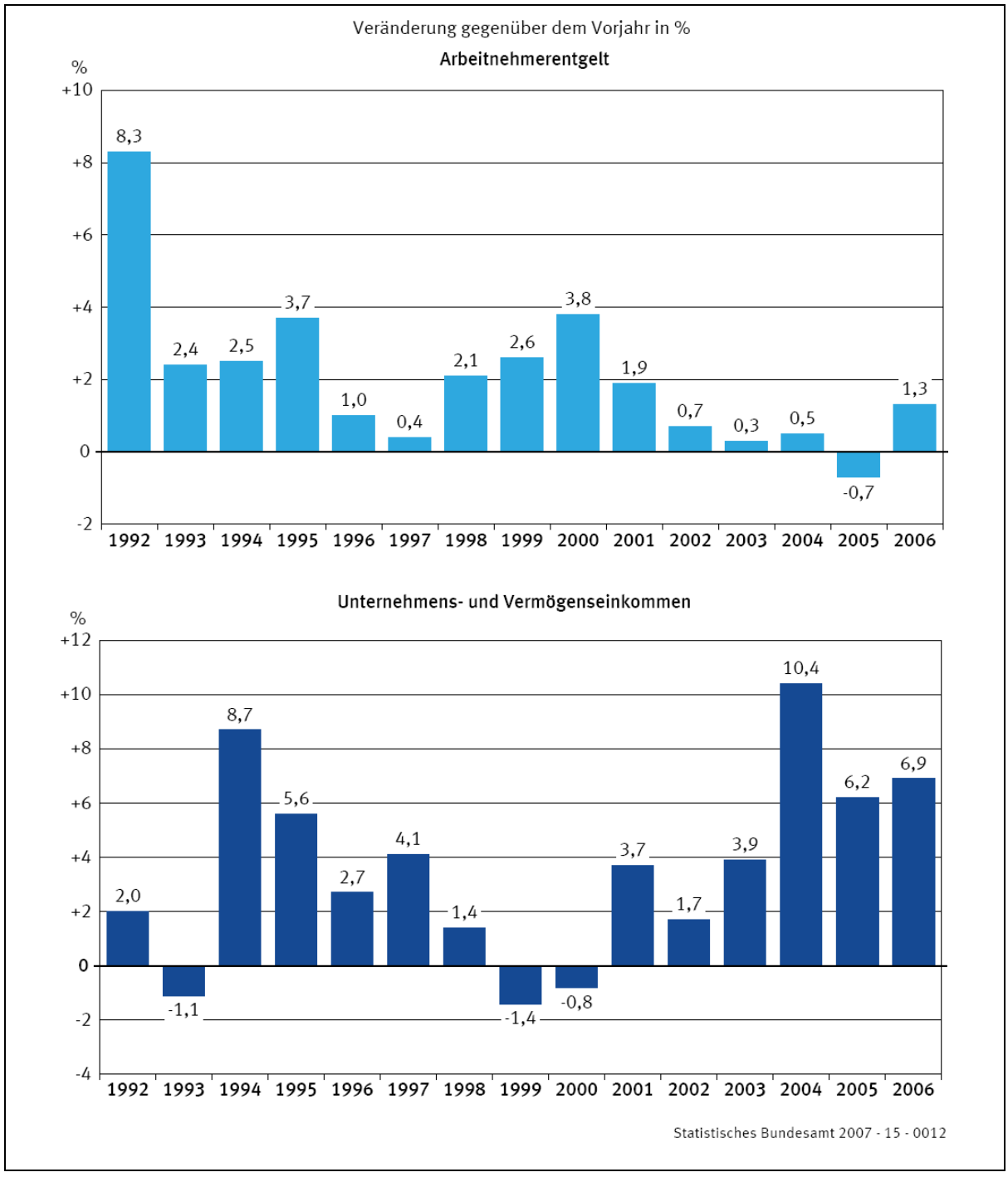
[26] Vgl. Gebel und Pfeiffer, 2007 und Wolter, 2005.

Abbildung 1-7:
Verdienst in Deutschland [1)]



Anders ist es bei den Unternehmens- (Selbständigen-) und Vermögenseinkommen, die seit der Wiedervereinigung mit durchschnittlichen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr um über 5 % steigen (vgl. Abbildung 1-8).

Abbildung 1-8:
Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland



Die Vergangenheitsentwicklung der Lohnkosten spiegelt eine starke Zurückhaltung der Arbeitnehmer bei ihren Lohnforderungen bzw. die Stärke der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen in den vergangenen Jahren. Die jährlichen Veränderungsraten sind (je nach

Berechnungsgrundlage) in den meisten Jahren unter 1 %, oder rutschen sogar ins Negative ab (vgl. Abbildung 1-5 und Abbildung 1-9). Vor dem Hintergrund der positiven Wirtschaftsentwicklung am aktuellen Rand erscheint es plausibel anzunehmen, dass das wirtschaftliche Wachstum auch an die Arbeitnehmer über eine Erhöhung der Löhne weiter gegeben wird. Es ist nicht zu erwarten, dass die abhängig Beschäftigten auch künftig die bisherige Lohnzurückhaltung üben werden. Aktuelle Auseinandersetzungen und Lohnverhandlungen der Gewerkschaften oder sonstiger Arbeitnehmerverbände mit den Arbeitgebern lassen für die Zukunft höhere Löhne erwarten.

Die träge Vergangenheitsentwicklung bis hin zum Stillstand der Löhne- und Gehälter abhängig Beschäftigter lässt sich ebenfalls gut an der Entwicklung der Lohnquote ablesen. Definiert als Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen lag diese im Jahr 2006 mit 66,2 % unter dem Wert des Vorjahres (67,4 %) und hat damit ihren bereits seit 2000 (72,2 %) rückläufigen Trend weiter fortgesetzt (vgl. Abbildung 1-10).

Abbildung 1-9:
Lohnkosten und Arbeitsproduktivität je Kopf in Deutschland

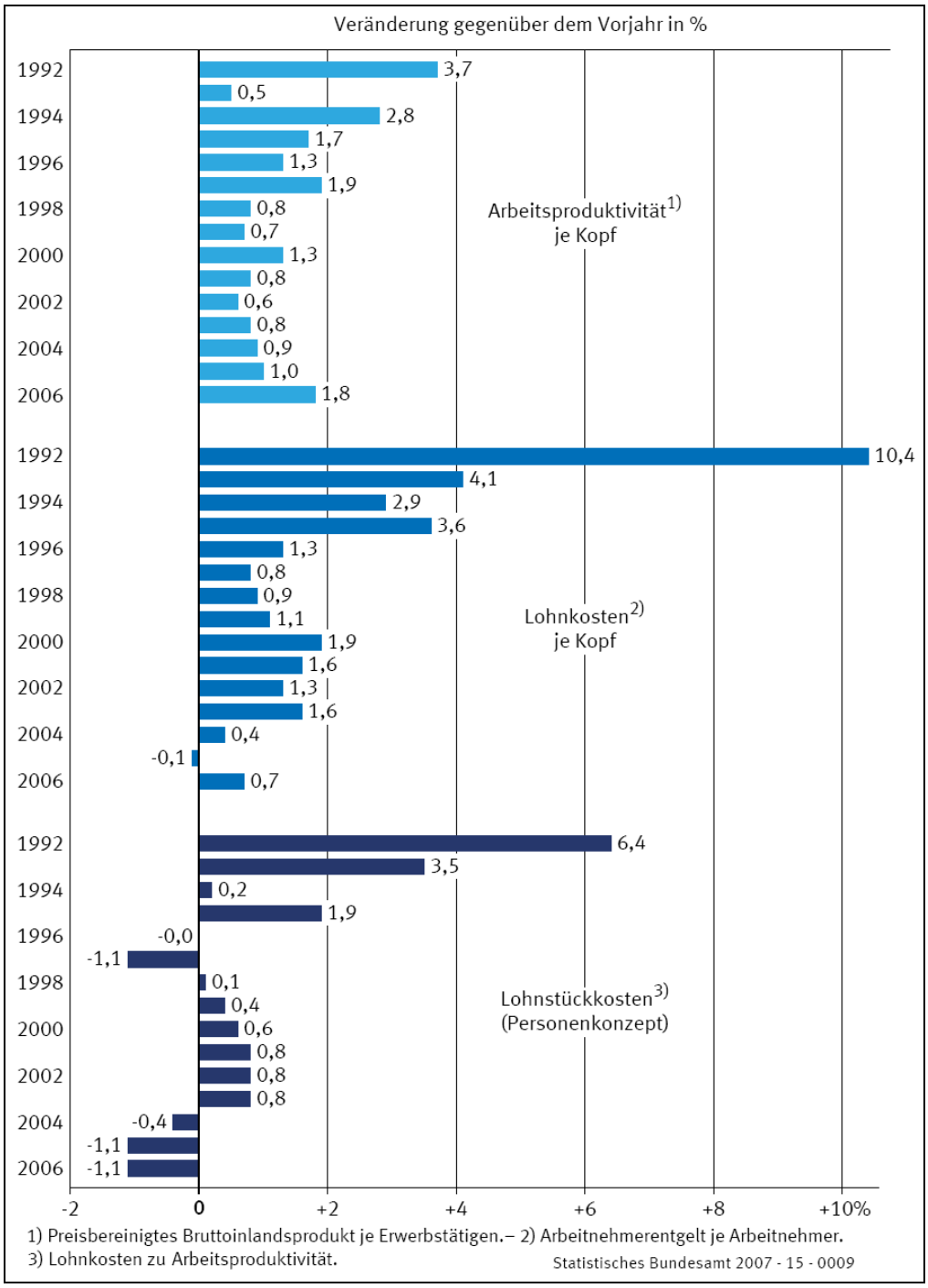
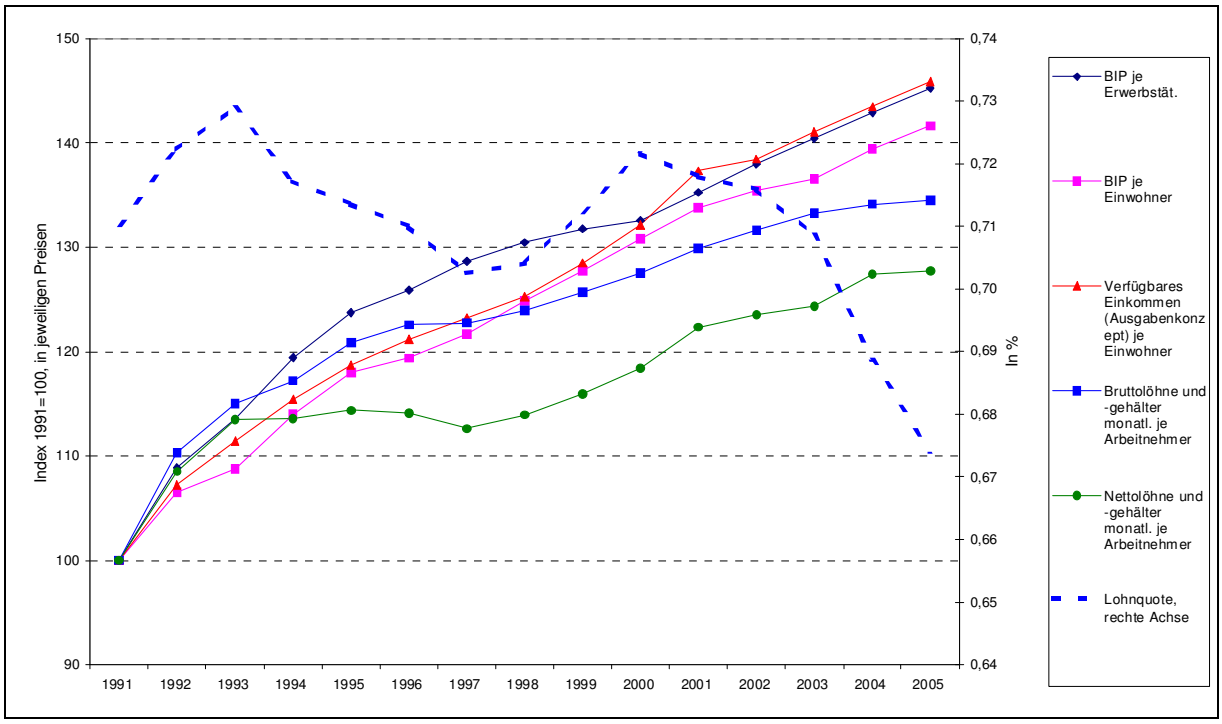


Abbildung 1-10:
VGR-Indikatoren 1991-2005



Quelle: Statistische Bundesamt.

Für die vorliegende Projektion der Einkommensentwicklung privater Haushalte bis 2025 wird die Annahme getroffen, dass sich die bisher von den Arbeitnehmern seit Jahren geübte Lohnzurückhaltung nicht weiter fortsetzen kann. Darüber hinaus wird die diskutierte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, der Rückgang von Arbeitslosigkeit und die steigende Arbeitsproduktivität, ebenfalls einen positiven Beitrag zur Lohnentwicklung leisten. Demnach rechnen wir künftig mit anfänglich höheren und im Laufe der Betrachtungsperiode in ihrem Wachstum abflachende Lohnzuwachsraten. Dies hätte den ökonomisch positiven Effekt, wirtschaftliche Wachstumsimpulse auch über die Stärkung der Binnennachfrage zu induzieren. Demzufolge werden die Nettolöhne und -gehälter künftig einen zumindest moderat steigenden Wachstumspfad einschlagen. Diese positive Entwicklung wird sich auch in einer wieder steigenden Lohnquote manifestieren.

Die Entwicklung des verfügbaren Einkommens als Aggregat über alle privaten Haushalte ist eine Durchschnittsbetrachtung und spiegelt beide Trends wieder – sowohl die deutliche Zunahme der Selbständigeneinkommen wie die nahezu Stagnation der realen Nettolöhne

und -gehälter der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Dominiert wurde die Vergangenheitsentwicklung der verfügbaren Einkommen jedoch von dem positiven Entwicklungsverlauf der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Damit nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2006, wie schon in den beiden Jahren zuvor, nominal um immerhin 1,7 % zu. Um ein aussagekräftigeres Bild von der Entwicklung der tatsächlichen Einkommenssituation privater Haushalte zu bekommen, muss die Betrachtung an dieser Stelle nach der Verteilungsstruktur innerhalb der Bevölkerung differenziert werden. Damit verlief die bisherige Einkommensentwicklung auf der Mikroebene privater Haushalte deutlich heterogener, als es die VGR-Ebene ausweist.[27] Durch produktivitätsorientierte künftige Lohnerhöhung mit wieder steigender Lohnquote bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit und bei anhaltenden Zuwachsraten der Selbstständigeneinkommen, gehen wir auch in der Zukunft von einem anhaltenden Wachstum der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – wenn auch anders als bisher auf diese Einkommensarten verteilt – aus.

Bei der Analyse der Entwicklung und der Verteilung des verfügbaren Einkommens privater Haushalte werden zwei weitere Einkommensarten näher betrachtet: das Renten-, bzw. Pensionseinkommen und sonstige öffentliche Transferzahlungen, insbesondere aber auch Sozialtransfers und Lohnersatz- und Fürsorgeleistungen. In der Vergangenheit haben insbesondere die Sozialtransfers – Hilfe zum Lebensunterhalt oder die Sozialhilfe – hinsichtlich der Empfängerzahlen sowie der staatlichen Ausgaben für diesen Posten an Bedeutung gewonnen (vgl. Abbildung 1-11 und Abbildung 1-12).

[27] Vgl. Frick et al. 2005, Bach und Steiner, 2007 sowie Groh-Samberg, 2007.

Abbildung 1-11:
Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1991 bis 2004

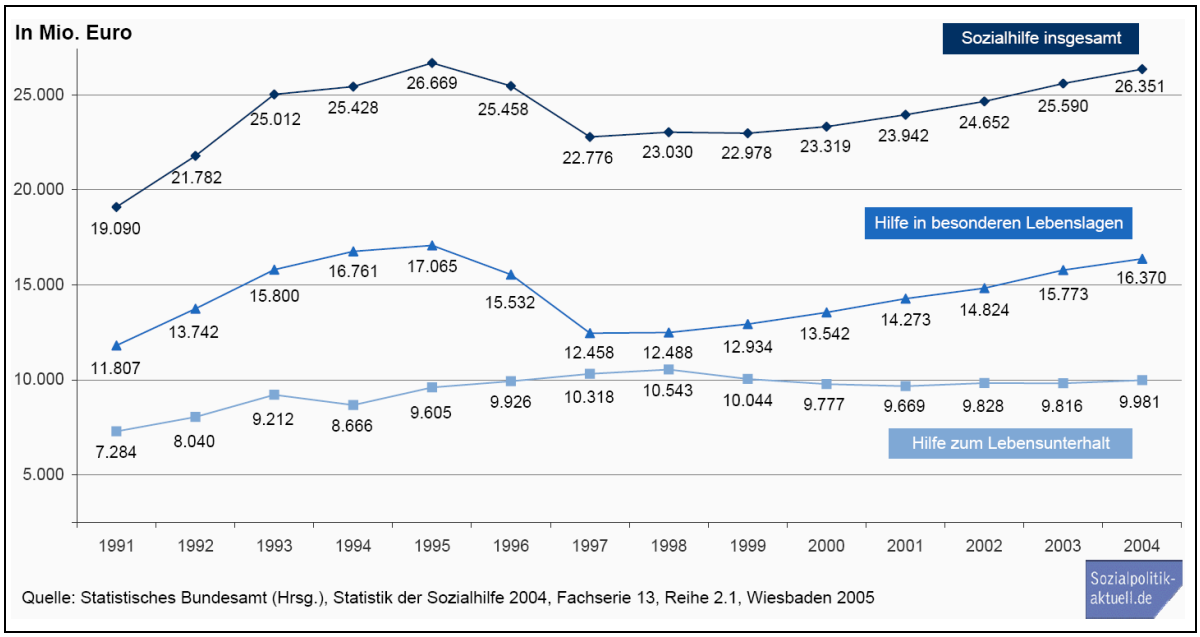
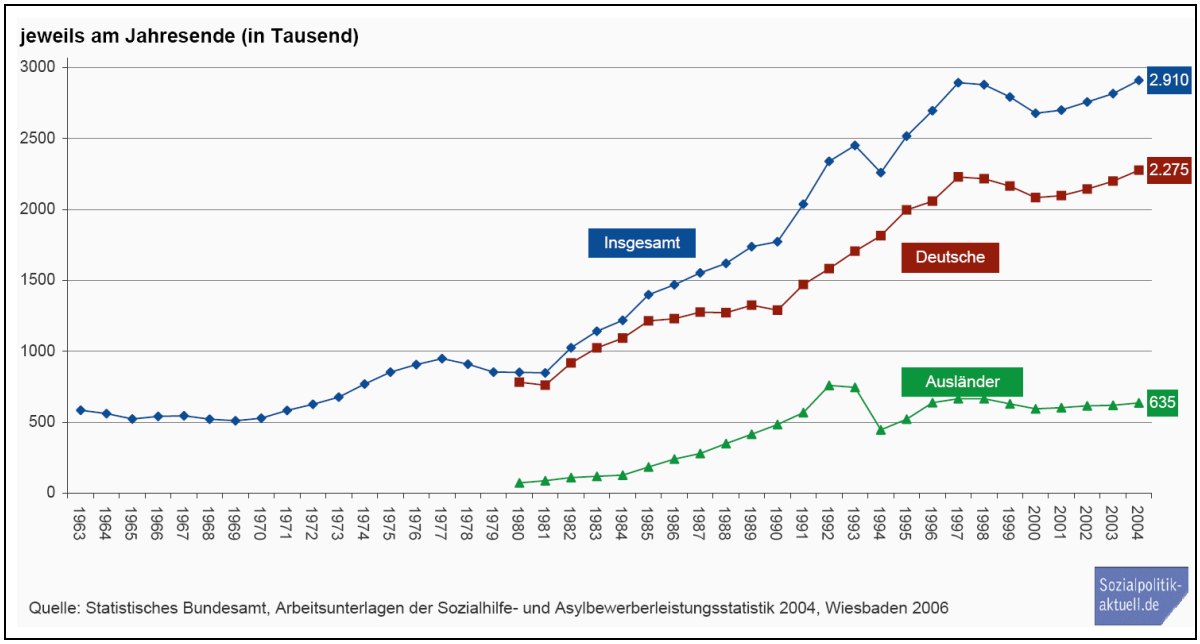


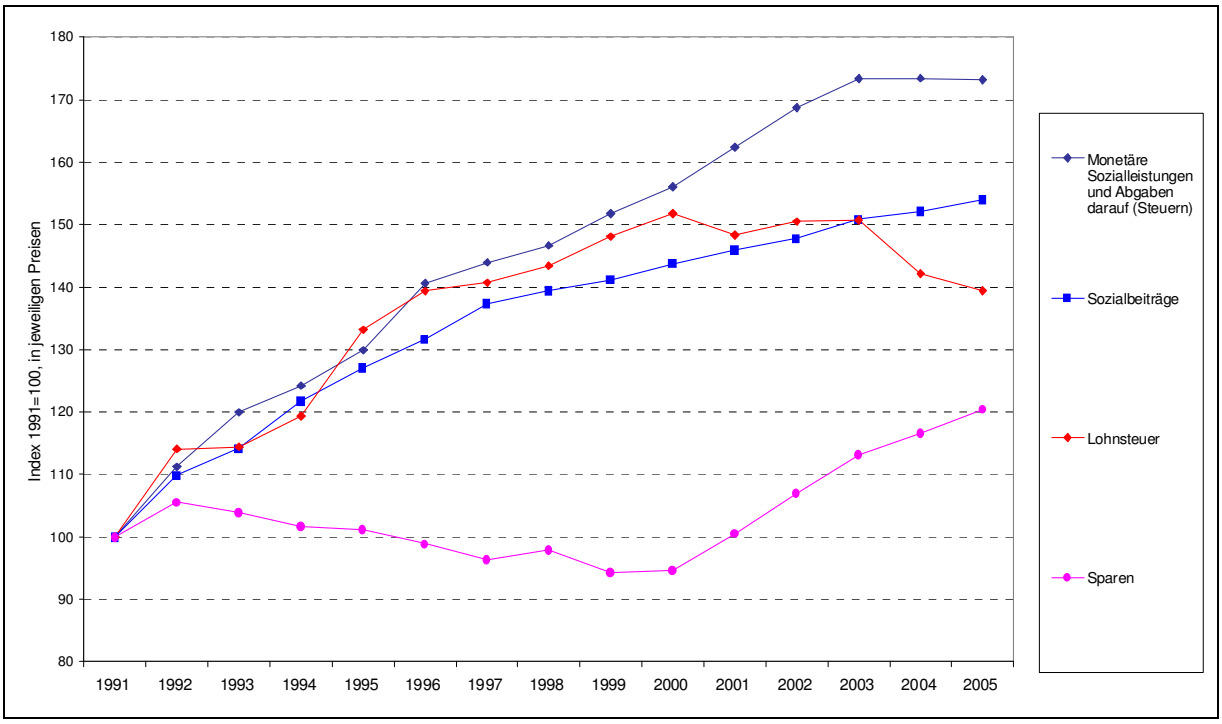
Abbildung 1-12:
Empfängerhaushalte von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1963 – 2004



Die Zunahme an Sozialtransferzahlungen des Staates an die privaten Haushalte trägt auch zur insgesamt relativ positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen trotz stagnierender Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer bei. Auf der disaggregierten Ebene der

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens nach Einkommensarten wurde der bisherige Rückgang der Nettolöhne und -gehälter der abhängig Beschäftigten durch die Sozialtransfers des Staates quasi aufgefangen.[28] Das Ausmaß der aus öffentlicher Hand gezahlten Sozialtransfers ist eng an die Budgetsituation des Staates gekoppelt. Daher ist es auch bei positiven Wachstumsaussichten anzuzweifeln, dass der Staat weiterhin den Finanzierungsspielraum haben wird, eine expansive Sozialpolitik in dem Ausmaß wie bisher bei den Transferleistungen zu fahren, da zu berücksichtigen ist, dass mittel- bis langfristig mit steigenden Rentenansprüchen zu rechnen ist und auch die Ausgaben z.B. für Bildung steigen müssen (vgl. Abbildung 1-13).

Abbildung 1-13:
Sozialleistungen, Sozialbeiträge, Lohnsteuern, Sparen 1991-2005



Quelle: Statistische Bundesamt.

[28] Vgl. Birkel, 2006.

Ebenfalls steigender Ausgabendruck droht dem öffentlichen Haushalt künftig auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie in Teilbereichen innerhalb der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Vor dem Hintergrund der für diese Studie zentralen demographischen Entwicklung sind die öffentlichen Ausgaben für Renten bzw. die Alterseinkünfte – hauptsächlich als Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung – eine besonders wichtige Komponente. Durch die Verschiebung in der Alterstruktur nehmen gleichzeitig die Zahl und der Anteil von Rentenempfängern sowie, durch höhere Lebenserwartung, auch die Rentenbezugsdauer zu. Was folgt ist ein Anstieg des Altersquotienten, definiert als Quotient der ab 60-Jährigen zu den 20- bis 60-Jährigen. Daraus ergeben sich für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen zwei wichtige Effekte: Die Belastung durch Rentenempfänger wird langfristig steigen, im Gegenzug wird die Entlastung der Rentenkassen durch laufende Beitragszahlungen zurückgehen. Dieser Effekt würde die öffentlichen Kassen besonders stark treffen, sollten nicht die oben diskutierten Maßnahmen wie Ausweitung der Lebensarbeitszeit, d.h. „Rente mit 67“, oder der Rentenanpassungsfaktor auf den Weg gebracht werden.[29] Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit verlängert sich auch die Laufzeit der Beitragzahlungen an die gesetzlichen Rentenversicherungen, bzw. in die private Altersvorsorge. Des Weiteren zögert eine verlängerte Lebensarbeitsphase das Einsetzen der Rentenausgaben der öffentlichen Hand hinaus. Allgemein können steigende Erwerbstätigenquoten, insbesondere der Älteren, den absehbaren Anstieg von Rentenausgaben relativ zum BIP abmildern, auch wenn verlängerte Lebensarbeitszeiten zu steigenden Rentenansprüchen führen. Diese werden allerdings nur dann zu einer erhöhten Ausgabenbelastung, wenn nicht gleichzeitig auch ein Rückgang des Leistungsniveaus vorgesehen ist. Eine nahe liegende, jedoch politisch nicht unumstrittene Konsequenz aus der beschriebenen Entwicklung, wäre eine allmähliche Reduzierung der gesetzlichen Rentenleistungen. Nach der aktuellen Situation müsste daher bei der künftigen Entwicklung des sog. „benefit ratio“, d.h. des Verhältnisses von öffentlichen Rentenzahlungen zu den Arbeitnehmerlöhnen und -gehältern (oder auch durchschnittliche Rente relativ zum Produktionsoutput je Arbeitnehmer) mit einem deutlichen Rück-

[29]Vgl. Rentenversicherungsbericht 2006 und 2005 sowie Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2006, Alterssicherungsbericht 2005.

gang gerechnet werden.[30] Darüber hinaus soll eine Reformierung der Rentensysteme in Richtung einer Ergänzung der reinen Umlage mit einer kapitalgedeckten Ausgabenfinanzierung das Problem sinkender Einnahmen abfedern. Damit soll ein Rückgang der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung über die private Altersvorsorge kompensiert werden, um zu verhindern, dass die Einkommen der Rentnerhaushalte gegen den allgemeinen Entwicklungstrend der Erwerbseinkommen sinken (s. Kasten Riester-Rente).

Kasten „Riester-Rente“

Durch die Kürzungen der gesetzlichen Rentenansprüche wächst die Bedeutung der privaten Altersvorsorge. Durch demographische Entwicklungen in Deutschland kann den künftigen Rentnergenerationen eine gesetzliche Rentenversorgung auf dem heutigen Niveau nicht mehr garantiert werden. Mittels der staatlichen Förderung soll die private kapitalgedeckte Zusatzversicherung auf ein Niveau steigen, welches die sinkenden gesetzlichen Renten zumindest kompensiert. Das Konzept wird unter dem Schlagwort „Riester-Rente“ zusammengefasst.

Ein wichtiges Ziel der Riester-Rente ist insbesondere die Bevölkerungsgruppen durch Zulagen zum Sparen zu animieren, die in Zukunft eine besonders niedrige gesetzliche Rente zu erwarten haben, also hauptsächlich Geringverdiener, Kindererziehende und Frauen. Durch Grundzulagen, Kinderzulagen und Steuervergünstigungen übernimmt der Staat bis zur Hälfte des jährlichen Sparvolumens.

Seit Beginn der Förderung der Riester-Rente im Jahr 2001 wurden bis Juli 2007 mehr als 9 Mio. Riester-Verträge abgeschlossen. In den ersten zwei Jahren der Förderung wurden trotz höherer Erwartungen nur 3,4 Mio. Verträge unterzeichnet. Erst nach einer Vereinfachung der Regeln der Förderberechtigung und des Förderumfangs hat die Riester-Rente an

[30] Die Rentenreformen 2001 und 2004 hatten genau dies zum Ziel. Mit einem systematischen Rückgang der gesetzlichen Rentenniveaus, definiert als Verhältnis der sog. Eckrente zum durchschnittlichen Einkommen der versicherungspflichtig Beschäftigten in einem Jahr, sollten die Beitragssätze und damit die Lohnnebenkostensteigerungen begrenzt werden. 2004 wurde ein sog. Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt, der die Rentenentwicklung nicht nur an die Bruttoentwicklung der Löhne abzüglich den Rentenversicherungsbeiträge (3/4) koppelt, sondern gleichzeitig die Entwicklung des Verhältnisses von Betragszahlern zu Rentenempfängern (1/4) berücksichtigt. Als Folge der Reform werden die Renten zwar auch künftig real weiter steigen, langfristig bleibt ihr Anstieg – mit einem festgelegten Mindestleistungsniveau für Volleinzahler von 46 % bis 2020 und 43 % bis 2030 des durchschnittlichen Nettoeinkommens – allerdings hinter dem der Löhne zurück.

Dynamik gewonnen. Verglichen mit der Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Deutschland betrug der Anteil von Riester-Verträgen 20 % für 2005 und 30 % in 2006.

Bis Anfang 2007 haben bereits mehr als acht Mio. Personen einen Riester-Vertrag abgeschlossen; eine Förderung erhielten bisher erst knapp vier Mio. Personen. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Zulagenanträge noch bis Ende 2008 eingereicht werden können. Frauen und Personen aus Ostdeutschland dominieren derzeitig die Zulagenempfänger. Dies legt die Vermutung nahe, dass vor allem Personen mit geringeren Rentenansprüchen, z.B. aufgrund kürzerer Erwerbszeit, oder Geringverdiener häufiger vorsorgen. Diese Vermutung wird im Weiteren auch durch die Analyse der Einkommens-, Familien- und Altersstruktur der Zulagenempfänger bestätigt. Diese zeigt insgesamt, dass die Riester-Rente wie beabsichtigt vor allem Einkommensschwache, Frauen und Kindererziehende erreichen.[31] Ihr Anteil ist unter den Zulageempfängern besonders groß. Obwohl sie einen hohen Anteil an Zulagenempfängern ausmachen, ist die absolute Zahl der Geringverdiener, die privat vorsorgen, weiterhin relativ niedrig.

Im Jahr 2004 wurden insgesamt 385 Millionen Euro an Zulagen vom Staat aufgebracht. Das gesamte Beitragsvolumen, bestehend aus privaten Beiträgen und staatlichen Zulagen entsprach im gleichen Jahr rund 1,3 Mrd. Euro. Das macht eine durchschnittliche Zulagenförderung von ca. 136 Euro pro Person. Diese nimmt jedoch im weiteren Verlauf deutlich zu, da die Grundzulage mit Beginn der Jahre 2006 und 2008 von 76 auf 114 Euro bzw. 154 Euro steigt. Die Kinderzulage steigt in diesem Zeitraum von 92 Euro je Kind in 2004 und 2005 auf jeweils 138 bzw. 185 Euro. Für das Jahr 2006 wird mit einer Gesamtzulage von insgesamt 763 Mio. gerechnet.

Zu den genauen Auswirkungen der Riester-Rente liegen noch keine fundierten Untersuchungsergebnisse vor.

Den angestrebten Kürzungen bei den gesetzlichen Renten steht die Option der Erhöhung der entsprechenden Rentenversicherungsbeiträge gegenüber. Dies würde es erlauben, das reale Niveau der Rentenzahlungen entsprechend dem allgemeinen Wirtschaftswachstum

[31] Stolz, Ulrich; Rieckhoff, Christian (2007): Zulagenförderung für das Beitragsjahr 2004 durch die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA); RVaktuell 9/2007 (DRV) S. 306-313.

künftig weiterhin zu erhöhen, anzupassen, oder zumindest konstant zu halten. Allerdings würden die beiden zuletzt genannten Maßnahmevarianten die Einkommenssituation insbesondere der geringqualifizierten Arbeitnehmerhaushalte stark negativ beeinflussen, weil dadurch die Nettolöhne geringer ausfallen würden. Damit hängt die künftige Einkommensverteilung innerhalb der Bevölkerung zum großen Teil auch von der Ausgestaltung und der Funktionsweise der Systeme sozialer Sicherung ab.[32]

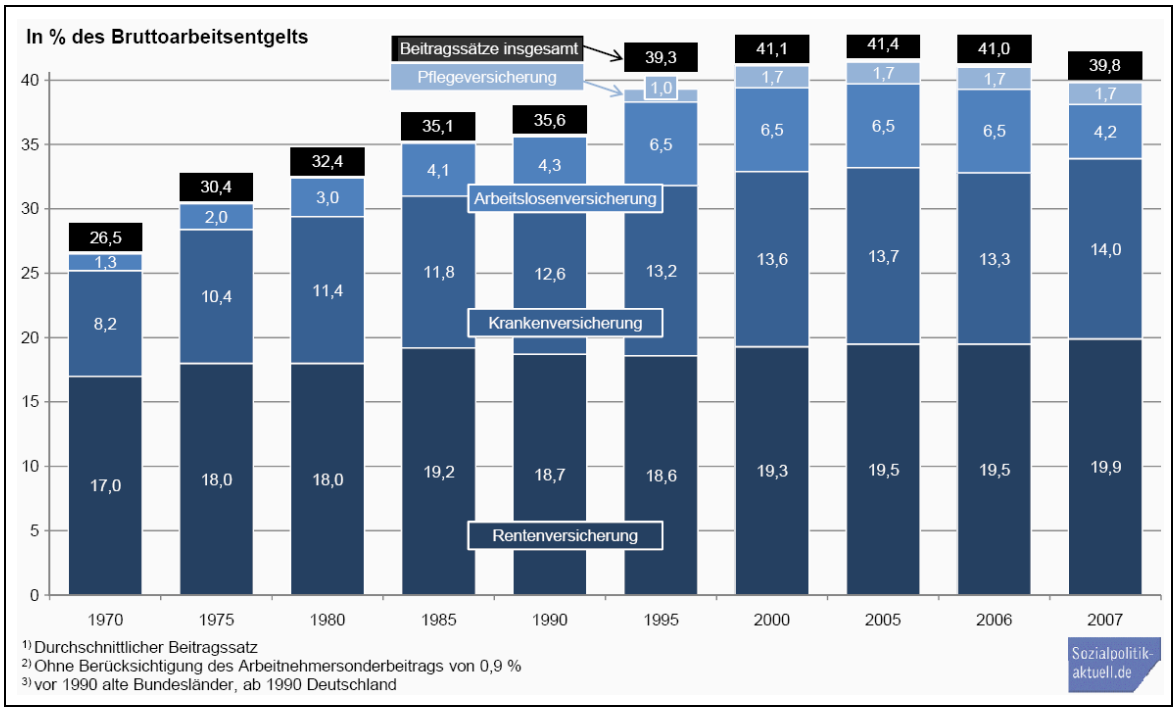
Für die im Weiteren geltenden Annahmen gilt zusammenfassend: die Rentenbeiträge steigen nur moderat und die Rentenzahlungen sinken nur insoweit sie durch die private Altersvorsorge ausgeglichen werden können.

1.2.5 Öffentliche Abgaben

In der vorliegenden Projektion bis 2025 wird demzufolge für die öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen wie Renten, Gesundheit und Pflege von einem insgesamt moderaten Zuwachs ausgegangen, der jedoch unter seinem bisherigen Verlauf liegen wird. Dies wird kaum ohne Kürzungen der Leistungen im sozialen Bereich möglich sein, wenn auf der anderen Seite die Abgaben an die staatlichen Sicherungssysteme nicht drastisch in die Höhe gehen sollen und damit wieder die Nettoeinkommen – insbesondere der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer – nach unten drücken. Abbildung 1-14 illustriert die Entwicklung der einzelnen Beitragssätze der Sozialversicherungszweige für die vergangenen Jahrzehnte.

[32] Eine besondere Rolle in der Rentensicherungsdebatte spielt auch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Mit zunehmender Teilnahme am Erwerbsleben und entsprechenden Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme sichern sich Frauen eigene Rentenansprüche, was ihre Einkommenssituation in Alter unabhängig von der Haushaltskonstellation verbessert (vgl. BMFSFJ, Kapitel 7 „Soziale Sicherung“ im Gender Datenreport: Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, 2005).

Abbildung 1-14:
Entwicklung der Beitragssätze in den Zweigen der Sozialversicherung 1970 – 2007



Quelle: Sozialpolitik aktuell.

Für künftige Entwicklung der Abgabesätze zu den gesetzlichen Sozialversicherungen wurden bis 2025 folgende Annahmen bei der Schätzung des verfügbaren Einkommens getroffen: Die Betragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung werden in den ersten 5 Jahren mit dem Ausgangswert von 19,9 % in 2007 konstant gehalten. Ab 2013 fangen die Sätze dann an sehr moderat zu sinken und erreichen in 2018 mit 19,2 % ihren Tiefpunkt, um von da an wieder flach zu steigen. In 2025 liegt der Betragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung dann bei 20,3 %. Die Entwicklung der Betragssätze bis 2019 basiert auf den Annahmekombinationen wie sie im Rentenversicherungsbericht 2005 der Bundesregierung getroffen wurden.[33]

[33] Vgl. BMAS. Das Projektteam hat sich auf die Verwendung der offiziellen Prognosen geeinigt.

Tabelle 1-1:
Entwicklung der Beitragssätze zur Sozialversicherung in Eckjahren bis 2025

	2003	2010	2015	2020	2025
			in %		
gesetzliche Rentenversicherung	19,5	19,9	19,2	20,0	20,3
gesetzliche Krankenversicherung	14,3	14,1	13,9	13,5	13,5
private Krankenversicherung	14,3	14,1	13,9	13,5	13,5
soziale Pflegeversicherung	1,7	2,0	2,1	2,1	2,2
private Pflegeversicherung	1,7	2,0	2,1	2,1	2,2
Arbeitslosenversicherung	6,5	3,6	3,4	3,2	3,2

Quelle: Rentenversicherungsbericht 2006.

Die Beitragssätze zur Krankenversicherung sinken von 2007 bis 2025 gleichmäßig über den Zeitraum verteilt von 14,1 % auf 13,5 %. Die unterstellte Entwicklung basiert in erster Linie auf der Argumentation, dass der Bereich Gesundheitsfürsorge und -versorgung sukzessiv der privaten Finanzierung angelastet werden soll – ein Prozess, der sich bereits heute im Gesundheitsbereich abzeichnet. Zusätzlich werden in dem Gesundheitssektor durch steigenden Wettbewerb die Preise langfristig sinken, was möglicherweise auch den durch die Alterung der Bevölkerung und den höheren Gesundheitsanspruch der Gesellschaft entstehenden Kostendruck etwas mindern wird.

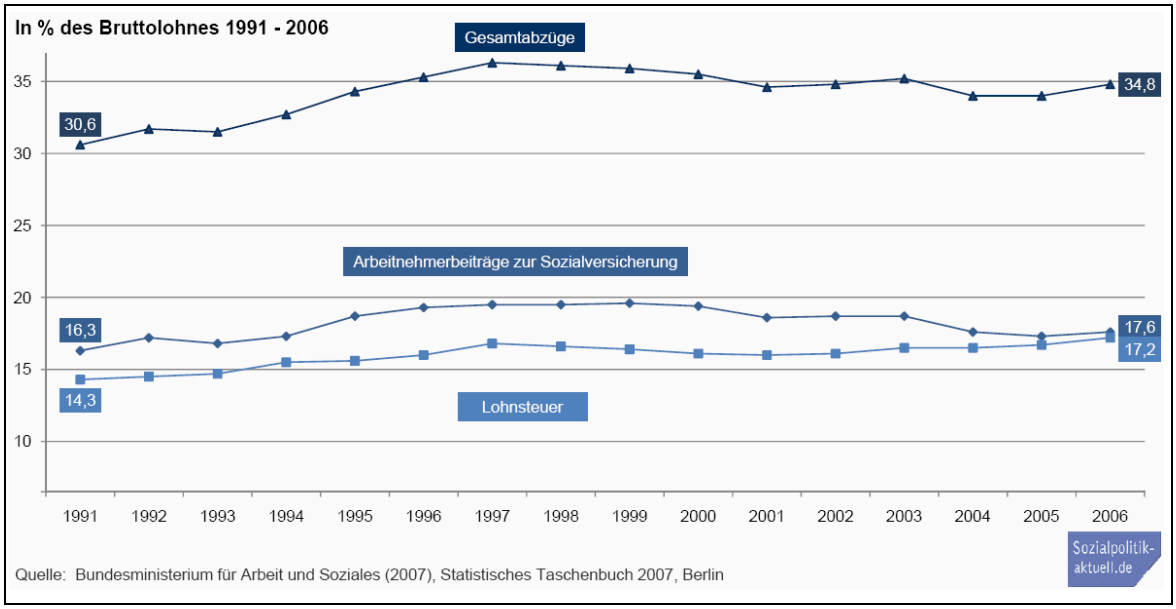
Die Beitragssätze zur gesetzlichen Pflegeversicherung werden langfristig einen eher geringen Anstieg erfahren und erreichen damit in 2025 einem Satz von 2,2 % ausgehend von 1,7 % in 2007. Zwei entscheidende Gründe für diese Entwicklung sind die steigenden Lebenserwartung und damit die zunehmende Anzahl langzeitpflegebedürftiger hochbetagter Menschen. Dieser Prozess wird die zu erwartende Entwicklung auf der Nachfrageseite nach Pflegediensten positiv beeinflussen. Auf der Versorgungsangebotsseite werden veränderte Haushaltsstrukturen und die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen dafür sorgen, dass die informelle Pflege im Familienkontext zurückgehen wird und damit durch entsprechende Dienste aus dem formellen Pflegedienstleistungsmarkt substituiert werden muss.[34]

[34] Vgl. Schulz, 2001.

In Bezug auf die künftigen Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung wurde im Rentenversicherungsbericht davon ausgegangen, dass diese kontinuierlich bis 2025 um einen Prozentpunkt sinken, nämlich von 4,2 % in 2007 bis auf 3,2 % am Ende der Betrachtungsperiode. Für diese positive Annahme sprach hauptsächlich die zu erwartende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, bei der die Arbeitslosigkeit langfristig merklich zurückgehen wird. Gleichzeitig wird über die Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung auch das oft genannte Ziel der Entlastung des Faktors Arbeit realisiert.[35] In der Zwischenzeit hat jedoch die Bundesregierung beschlossen, die Beitragssätze bereits zum 1.1.2008 auf 3,2 % zu senken. Allerdings mit dem Hinweis, dass dieser Satz bei einer Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt auch wieder angehoben werden könnte.

Die Pflichtbeiträge sind allerdings nur eine Abgabekomponente, von der die Gesamtentwicklung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte abhängt. Eine weitere ist die Belastung durch direkte Steuern (vgl. Abbildung 1-15 und Abbildung 1-16).

Abbildung 1-15:
Durchschnittliche Abgabenbelastung je Arbeitnehmer



[35] Erst neulich hat die Regierungskoalition beschlossen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2008 auf 3,3 % zu senken (vgl. REGIERUNG online: Mehr Netto durch niedrige Arbeitslosenbeiträge, Beitrag vom 16.11.2007).

Die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, einschließlich der Ausgaben der Sozialversicherungen, erfolgt zum weit überwiegenden Teil über Belastungen der Arbeitnehmereinkommen.

Die Abbildung zeigt, dass die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (die Arbeitgeberbeiträge werden hier nicht mitgerechnet) 2006 17,6 % des Durchschnittseinkommens ausgemacht haben. Die Lohnsteuerbelastungen beziffern sich auf 17,2 %. In der Summe errechnet sich eine Gesamtbelastung von 34,8 %. Es wird deutlich, dass die Lücke, die zwischen dem Brutto- und Nettoeinkommen der Arbeitnehmer klafft, im Durchschnitt in den Jahren seit 1991 zugenommen hat.

Methodische Anmerkungen:

Zu beachten ist, dass es sich bei den Abzugsquoten um Durchschnittsgrößen handelt:

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die hier als Maßstab dient, unterliegt nur teilweise der Beitragspflicht. Beitragsfrei sind z.B. Beamteneinkommen im Allgemeinen und Arbeitnehmerentgelte unterhalb der Geringfügigkeits- sowie oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen. Die durchschnittliche Sozialabgabenquote je beschäftigten Arbeitnehmer liegt folglich unter der Hälfte des Gesamtbeitragssatzes zur Sozialversicherung.

Abbildung 1-16:
Durchschnittliche Abgabenbelastung je Arbeitnehmer 1950 – 2006

In % der Bruttolohn- und -gehaltssumme

Jahr	Durchschnittliche Bruttoarbeitneh-merentgelte[1]	Durchschnittliche Lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer in € /Monat		Durchschnittliche Abzüge in % vom Brutto		
		Brutto[2]	Netto[3]	Lohnsteuer	Sozialversiche-rungsbeiträge	Gesamtabzüge
1950	279			4,6	8,0	12,6
1960	595	512	431	6,4	9,5	15,9
1970	1.351	1.153	894	11,8	10,7	22,5
1980	3.013	2.474	1.765	15,8	12,8	28,7
1985	3.631	2.949	2.020	17,5	14,1	31,5
1990	4.311	3.501	2.434	16,2	14,2	30,4
1991	4.572	3.712	2.504	17,9	14,6	32,5
1991[4]	2.008	1.643	1.141	16,3	14,3	30,6
1992	2.216	1.812	1.238	17,2	14,5	31,7
1993	2.307	1.890	1.295	16,8	14,7	31,5
1994	2.374	1.926	1.296	17,3	15,5	32,7
1995	2.458	1.986	1.305	18,7	15,6	34,3
1996	2.490	2.014	1.302	19,3	16,0	35,3
1997	2.509	2.017	1.285	19,5	16,8	36,3
1998	2.532	2.036	1.300	19,5	16,6	36,1
1999	2.561	2.065	1.323	19,6	16,4	35,9
2000	2.610	2.096	1.351	19,4	16,1	35,5
2001	2.651	2.134	1.396	18,6	16,0	34,6
2002	2.687	2.163	1.410	18,7	16,1	34,8
2003	2.729	2.190	1.419	18,7	16,5	35,2
2004	2.740	2.204	1.454	17,6	16,5	34,0
2005	2.738	2.210	1.458	17,3	16,7	34,0
2006	2.759	2.228	1.454	17,6	17,2	34,8

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zuzüglich der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber

[2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abzüglich der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber

[3] Bruttolohn- und Gehaltsumme abzüglich der Lohnsteuer und tatsächlicher Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

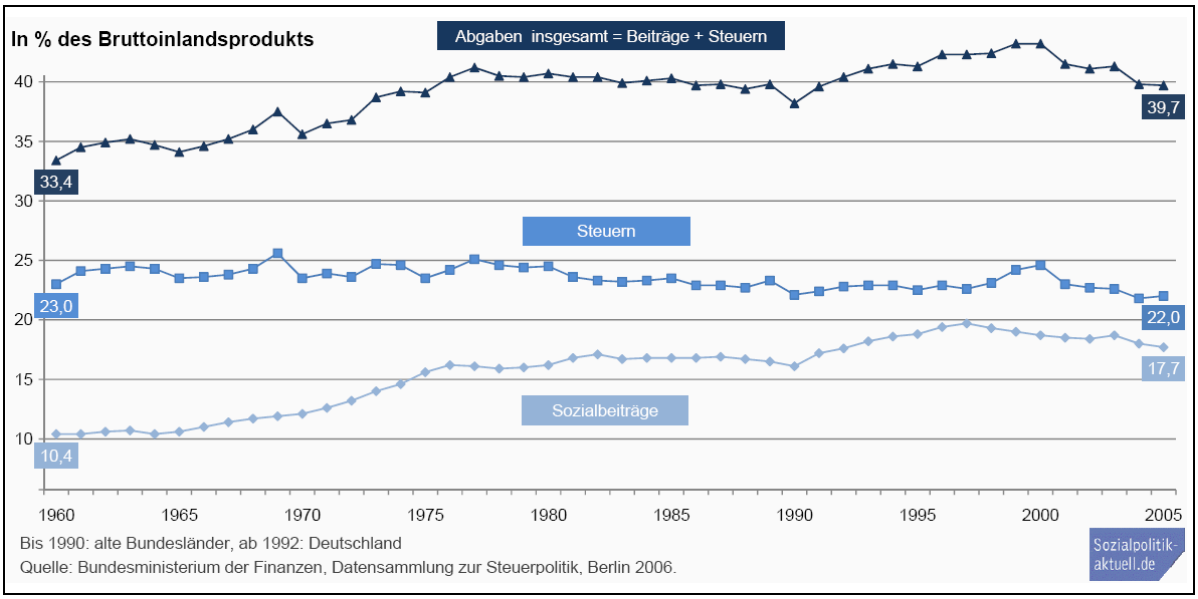
[4] Bis 1991 1. Zeile: alte Bundesländer, in DM; ab 1991 2. Zeile Gesamtdeutschland; in Euro, mit zurückliegenden Zahlen revisionsbedingt nicht vergleichbar.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2007), Statistisches Taschenbuch 2007, Bonn

Sozialpolitik-aktuell.de

Aufgrund der Situation der öffentlichen Haushalte und vor dem Hintergrund der absehbaren zusätzlichen Belastungen in verschiedenen Bereichen, ist die Annahme einer weiteren Erhöhung der Steuerbelastung oder die Einführung neuer Steuern durchaus realistisch. In der Vergangenheit konnten wir bis 2000 einen relativen Anstieg des Aufkommens aus öffentlichen Abgaben (Steuern und Beiträge) – verglichen zum BIP – beobachten. Allerdings zwischen 2001 und 2005 rückläufig (vgl. Abbildung 1-17) und stieg erst in 2006 erneut um 2,7 % an.

Abbildung 1-17:
Öffentliche Abgaben (Steuern und Beiträge) 1960 – 2005



Sollte es künftig erforderlich werden, zusätzliche öffentliche Einnahmen zu generieren, werden dafür in erster Linie die indirekten Steuern auf Verbrauch in Frage kommen, z. B. weitere Erhöhungen der Mehrwertsteuer, die in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch Spielraum nach oben offen lässt.[36]

[36] Für eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen von Mehrwertsteuer auf private Haushalte vgl. Bach, 2005.

Für die vorliegende Projektion wird daher die künftige Entwicklung der direkten Steuern bei dem Satz für 2007 konstant gehalten, weil hier sehr große Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung relevanter Einflussfaktoren bestehen.

1.2.6 Sparen

Um die Darstellung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen, die im gegenseitigen Einfluss zur wirtschaftlichen Produktions- und Einkommensentwicklung stehen, zu vervollständigen, werden im Folgenden die Kapitalakkumulation bzw. das Sparen der privaten Haushalte kurz analysiert.

Das Sparverhalten auf der Individualebene variiert im Lebenszyklusverlauf. Dies hat zur Folge, dass sich eine veränderte altersstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung auf die aggregierten Ausgaben- und damit auch auf die Ersparnisbildungsstruktur auswirken wird. Davon ebenfalls betroffen sind die wirtschaftliche Entwicklung, die Einkommensentwicklung und die Konsumstrukturen. Mit zunehmendem Alter geht von der Rentenphase an das Sparen zurück und ein größerer Anteil des Haushaltseinkommens wird für den Konsum aufgewandt. Dieses Phänomen wird in der wissenschaftlichen Literatur unter der Hypothese der Konsumglättung über den Lebenszyklus diskutiert und untersucht.[37] Ausgelöst durch die demographische Entwicklung und damit die steigende Anzahl alternder Haushalte wird sich die Ausgabenverschiebung zusammen mit der „Alten-spezifischen" Konsumstruktur immer deutlicher auf die aggregierte Konsumstruktur der gesamten Bevölkerung prägend auswirken. Einige Wissenschaftler kommen sogar zum Ergebnis, dass einem massiven Entsparen – „Asset-Meltdown-Hypothese" – ausgelöst durch den Übergang der Babyboom-Generation in den Ruhestand, sogar ein Renditesturz auf dem Kapitalmarkt folgen könnte.[38] Belegt ist diese Vermutung nicht und es gibt ausreichend Gegenthesen, welche dieses Szenario relativieren. Andererseits, wird ein anderes Szenario von der künftigen Ausweitung des Sparverhaltens ebenfalls als eher unwahrscheinlich eingestuft. Generell steigt mit zunehmender Lebenserwartung die Sparquote und die Konsumnachfrage sinkt für jedes Altersjahr, allerdings hängt der Effekt zusätzlich von der Ausgestaltung und der Funktionsweise der Sozial- und Altersvorsorgesysteme ab. Vergleicht man

[37] Vgl. Modigliani und Brumberg, 1954 sowie Modigliani und Ando 1963.
[38] Vgl. Börsch-Supan et al., 2005.

das Verhältnis der privaten vs. öffentlichen Ausgaben beispielsweise für Gesundheitsversorgung verschiedener Länder, so schaffen großzügige Sicherungssysteme einen negativen Anreiz zum Sparen. Gleiches gilt für die finanzielle Absicherung im Alter.[39] Insgesamt ist die sichtbare Entwicklung des Sparverhaltens der letzten zehn Jahre nicht einfach zu erklären. In 2006 ging die Sparquote erstmals seit 2000 wieder leicht zurück. Politische Maßnahmen, die Anreize zum individuellen Sparen und für Investitionen in private, Kapital gedeckte Altersvorsorge schaffen – konkretes Beispiel ist die genannte Riester-Rente – werden einen positiven Effekt auf die künftige Einkommenssicherung privater Haushalte haben. Erwerbstätigenhaushalte werden weniger stark mit steigenden Sozialversicherungsabgaben belastet und Rentnerhaushalte werden über ein gesichertes und teils auch ein höheres Alterseinkommen verfügen können.

Um die Argumentation zum Thema Sparen, Kapitalakkumulation und Altersvorsorge abzurunden wird in dem unten stehenden Kasten zusätzlich der Aspekt des Erbens näher beleuchtet.

Kasten „Erben“

Es ist davon auszugehen, dass künftig private Haushalte zunehmend mit Einnahmen aus Erbschaften rechnen können. Immer mehr Haushalte werden erben und die Höhe der Erbschaften wird steigen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich solche Entwicklungen auf das Spar- und Konsumverhalten der betroffenen Haushalte auswirken werden. Das Thema Erben ist empirisch nur wenig erforscht, hauptsächlich weil hier die relevanten Daten verzerrt oder nicht verfügbar sind. Die wenigen Studien zum Thema liefern in der Zusammenfassung folgende Erkenntnisse:

Für die Bundesrepublik hatten Erbschaften noch nie eine so große mikro- und makroökonomische (Einkommen und Vermögen privater Haushalte) sowie fiskalische Bedeutung (Erbschaftsteuereinnahmen der Länder)[40] wie heute. In den nächsten Jahren wird die erste Generation, die nach dem zweiten Weltkrieg begleitet von einem starken wirtschaftlichen Aufschwung ihr Vermögen aufbauen konnte, dieses an die nachfolgende Generation verer-

[39] Vgl. Lührmann, 2005/ 2006, S. 10 ff. sowie Aufsätze aus „Vermögen, Wohlstand und Armut im Lebensverlauf“ in Armut und Reichtum, 2006, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin.

ben. Wurden in den letzten Jahren Vermögen von jährlich rund 36 Mrd. Euro vererbt, wird dieser Wert Schätzungen zur Folge in den nächsten zehn Jahren auf fast 66 Mrd. Euro pro Jahr steigen.[41] Bemerkenswert ist, dass von dem genannten Erbschaftsvolumen nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Zusätzlich geht aus Untersuchungen hervor, dass die wenigen Haushalte die erben dies häufig auch mehrfach tun. Darüber hinaus besteht eine merkliche Ungleichverteilung bei der Höhe der Erbschaften: aus dem SOEP geht hervor, dass die durchschnittliche Erbschaftssumme 65 000 Euro beträgt, jedoch lag die Hälfte der Erbschaften unter 20 000 Euro. Da ein Großteil der Erbschaften auf die Familie und besonders auf die Eltern zurückgeht kann davon ausgegangen werden, dass sich die künftigen Erbschaften vor allem auf Personen aus vermögenden Familien konzentrieren werden. Wahrscheinlich ist ebenfalls, dass die Höhe der durchschnittlichen Erbschaft aufgrund der rückläufigen Anzahl von Nachkommen steigen wird. Es lässt sich außerdem beobachten, dass das Volumen und die Häufigkeit von Erbschaften nicht nur mit bereits vorhandenem Vermögen, sondern auch mit dem Bildungsniveau der Erben positiv korreliert.[42]

Ein Großteil des vererbten Vermögens wird in Form von Bargeld oder Bankguthaben und Immobilien bzw. Grundbesitz vererbt. Weniger häufig sind Wertpapiere oder sonstige Vermögenswerte wie z.B. Sachgeschenke Gegenstand der Erbschaft.[43]. Auch wenn Unternehmensvererbungen von einer großen Bedeutung für das wirtschaftliche Geschehen insgesamt sind, so haben sie für das gesamte Erbschaftsvolumen nur eine relativ geringe Bedeutung.

Über die Verwendung von Erbschaften gibt es relativ wenige Untersuchungen. Eine Analyse auf der Basis des SOEP ergab, dass mehr als 80 % der Erbschaften der Vermögensbildung zufliesen.[44] Damit wird im Rahmen der empirischen Studie auch die theoretische

---

[40] Schupp, Jürge; Szydlik, Marc (2004): Erbschaften und Schenkungen in Deutschland – wachsende fiskalische Bedeutung der Erbschaftsteuer für die Länder, DIW Wochenbericht 71(2004); 5.

[41] Bach, Stefan; Bartholmai, Bernd (2002): Perspektiven der Vermögensbesteuerung- Endbericht; Forschungsprojekt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung; DIW.

[42] Schupp, Jürgen; Szydlik, Marc (2004): Zukünftiges Vermögen- wachsende Ungleichheit; in: Generation und Ungleichheit; Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften; S. 243- 263.

[43] Szydlik, Marc; Schupp, Jürgen (2004): Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Altersicherung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 56, Heft 4, S. 609- 629.

[44]Westerheide, Peter (2004): Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte ZEW Discussion Paper No. 04-28.

Hypothese vom permanenten Einkommen[45] bzw. die Lebenszyklushypothese[46] bestätigt, dass insbesondere temporären und unerwartete Einnahmen wie z.B. Erbschaften der Ersparnis zugerechnet werden. Die Konsumausgaben privater Haushalte werden hingegen hauptsächlich aus dem permanenten Einkommen gedeckt.

1.2.7 Zusammenfassung: Perspektiven der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Den Rahmen für die künftige Entwicklung der verfügbaren Einkommen privater Haushalte nach Einkommensart bilden die im vorliegenden Abschnitt diskutierten Annahmen zur Entwicklung in den einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen und der entsprechenden Indikatoren. Kurz zusammengefasst lauten die Annahmen für die Entwicklung relevanter volkswirtschaftlicher Eckgrößen und Rahmenbedingungen wie folgt:

- Deutschland profitiert aktiv von der „Globalisierung".
- Die zunehmenden Außenhandelsverflechtungen erfordern und fördern damit gleichzeitig technischen Fortschritt.
- Der Innovationsantrieb steigert die Produktivität des Faktors Arbeit.
- Eine Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ist eine positive Entwicklung des Bildungssektors.
- Die Bildungsbeteiligung und Investitionen in Bildung – auch auf der individuellen Ebene – werden steigen.
- Das verbesserte Qualifikationspotential der Bevölkerung wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt und auf die Einkommenssituation von einem Teil der Bevölkerung aus.
- Das Erwerbstätigenpotential kann durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit gesteigert werden.
- Die Zahl der Erwerbspersonen steigt von 40,8 in 2003 auf 41,2 Mio. in 2025.

[45] Hardes; Mertes; Schmitz (1998): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre; Oldenburg Verlag; S. 379

[46] Reil-Held, Anette (2002): Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland. Universität Mannheim

- Die Arbeitslosigkeit wird sinken und damit die staatlichen Einnahmen über Steuern und Sozialabgaben erhöhen und gleichzeitig die Ausgaben für einen Teil der Transferzahlungen – ausgenommen familien- oder beschäftigungsfördernde Leistungen wie das Kindergeld oder bestimmte Arbeitslosenbezüge – senken.
- Die Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung werden aufgrund der Annahme produktivitätsorientierter Lohnsteigerungen moderat zunehmen.
- Die staatlichen Einnahmen erfahren künftig keine wesentlichen Änderungen in den Strukturen aus den Steuer- und Abgabenquoten (Lohnsteuern, Arbeitslosenversicherung, Renten- und Pflegeversicherung, Sozialabgaben).
- Durch die Zunahme der Älteren werden die Staatsausgaben für altenspezifische Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, etc. steigen. Auf der Leistungsseite werden Kürzungen erfolgen.

Die für die Projektion bis 2025 diskutierten Annahmen wurden so weit wie möglich in der Bottom-up-Schätzung der Einkommen auf der Mikro-Ebene, d.h. auf der Basis der EVS-Daten, berücksichtigt. Um die Konsistenz sowohl der Annahmen wie der Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Kontext zu gewährleisten, wurden diese Annahmen zusätzlich in einem makroökonomischen Modell umgesetzt, mit welchem resultierende Wirkungen bis 2025 simuliert wurden. Der untenstehende Kasten fasst die Vorgehensweise sowie die Ergebnisse zusammen.

Kasten „Konsistenz im gesamtwirtschaftlichen VGR-Rahmen“

Anhand des Internationalen Makroökonometrischen Modells (IMM) wurde überprüft, ob die in den mikroökonometrischen Prognosen verwendeten makroökonomischen Annahmen konsistent zu einer plausiblen gesamtwirtschaftlichen Prognose bis 2025 sind. Das IMM wurde vom DIW Berlin in Kooperation mit Global Insight, dem weltweit größten privaten Anbieter für ökonomische Analysen und Prognosen, bis Ende 2006 entwickelt und wird unter anderem als Simulationsmodell am Bundesministerium der Finanzen verwendet. Es

ist als strukturelles makroökonometrisches Mehr-Länder-Modell für die EU konzipiert, in dem Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien detailliert spezifiziert sind.[47]

Das Modell ist kurzfristig eher keynesianisch, langfristig hingegen neoklassisch ausgelegt: Aufgrund temporär rigider Preise und Löhne werden Produktion und Beschäftigung in der kurzen Frist von den Nachfragebedingungen bestimmt. Langfristig sind die Angebotsbedingungen entscheidend, die insbesondere durch eine Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen festgelegt sind. Die langfristige Annäherung an den gleichgewichtigen Wachstumspfad wird erreicht, weil bei Ungleichgewichten auf den Güter- und Arbeitsmärkten simultane Lohn-, Preis- und Zinsreaktionen, letztere im Rahmen der einheitlichen Geldpolitik, ausgelöst werden.

Für die Konsistenzprüfung wurde eine stochastische gesamtwirtschaftliche Prognose bis zum Jahr 2025 erstellt. Dabei wurde die Entwicklung der direkten und indirekten Steuersätze, der gesetzlichen Beitragssätze zur Sozialversicherung, der Bevölkerung sowie des Ölpreises vorgegeben. Prognostiziert wurden die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen (Bruttoinlandsprodukt, privater Konsum, Erwerbstätige und Arbeitslosenquote, Netto- und Bruttolohn- und -gehaltssumme u. a.) in Abgrenzung des statistischen Bundesamtes. Hierbei setzt sich beispielsweise das verfügbare Einkommen der Haushalte aus der Nettolohn- und -gehaltssumme, den Betriebsüberschüssen, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen und staatlichen Nettotransfers zusammen.

Die unterschiedliche Abgrenzung des verfügbaren Einkommens im IMM und der EVS verdeutlicht, warum die Punktprognosen des IMM nicht direkt als Annahmen in die mikroökonometrischen Schätzungen eingehen können. Allerdings zeigte die stochastische Modellprognose, dass die verwendeten makroökonomischen Annahmen sämtlich im Bereich der prognostizierten Konfidenzintervalle um die Punktprognosen liegen und daher in ein plausibles gesamtwirtschaftliches Gesamtbild passen. So liegt beispielsweise das angenommene langfristige reale Wirtschaftswachstum von 1,8 % pro Jahr innerhalb des Konfidenzintervalls um die Punktprognose der realen Bruttoinlandsproduktentwicklung.

[47] Dreger, Christian und Florian Zinsmeister (2007): Das IMM – Ein makroökonometrisches Mehrländermodell. In: DIW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4/2007, S. 35-46.

2. Einkommen und Einkommensverteilung in der EVS

Die Analyse der Rahmendaten der VGR zeigt den Zusammenhang zwischen allgemeiner Wirtschaftsentwicklung und den Veränderungen der Komponenten der Einnahmen (z.B. der Bruttolöhne und –gehälter) und Abgaben (z.B. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) sowie der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auf. Sie kann eine Antwort auf die Frage geben, ob es Unterschiede auf gesamtwirtschaftlicher Ebene im Wachstum der Einkommen der Haushalte und der Wirtschaftsentwicklung gab und welches Ausmaß diese Unterschiede erreichten. Analysen auf VGR Basis haben den Vorteil, dass hiermit die Gesamtwirtschaft erfasst wird und die Daten mit Hilfe eines konsistenten Rechenwerkes aufeinander abgestimmt sind. Mit der VGR ist es jedoch nicht möglich, die Einnahmen und Abgaben des Sektors Haushalte etwa nach soziodemographischen Merkmalen der Haushalte differenziert zu betrachten.

Ein Ziel dieses Arbeitspaketes II ist es jedoch aufzuzeigen, wie sich angesichts des demographischen Wandels mit einer Zunahme der Rentnerhaushalte und einer Abnahme der Zahl der Familienhaushalte die verfügbaren Einkommen insgesamt entwickeln könnten. Dazu ist es erforderlich, die Unterschiede in den Einnahmen und Abgaben der Haushalte nach dem Alter des Haushaltsvorstandes herauszuarbeiten, um dann Annahmen über deren künftige Entwicklung treffen zu können. Es ist somit zunächst zu klären,

- welche Bedeutung die einzelnen Einnahmekomponenten für die Haushalte differenziert nach dem Alter haben,
- wie diese sich in den einzelnen Haushalten nach Alter in der Vergangenheit entwickelt haben,
- welche Unterschiede es zwischen den Haushalten in der Steuer- und Abgabenlast gibt, und
- ob sich diese in der Vergangenheit verändert hat,

um darauf aufbauend die künftige Entwicklung vorauszuschätzen. Die Abschätzung der künftigen Entwicklung der Einkommen ist die Voraussetzung für die im Arbeitspaket IV zu ermittelnde Veränderung der künftigen Konsumausgaben sowie der Verkehrsausga-

ben[48]. Es ist also erforderlich, sowohl die Entwicklung der verfügbaren Einkommen als auch der Konsumausgaben differenziert nach Gütergruppen mit Hilfe eines in sich konsistenten Datensatzes zu analysieren und vorauszuschätzen. Die einzige Datenquelle in Deutschland, die die Einnahmen und Abgaben der Haushalte detailliert nach sozioökonomischen Merkmalen des Haushalts, wie dem Alter, der Haushaltszusammensetzung, dem Bildungsniveau und der Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt, sowie die Konsumausgaben nach Gütergruppen erfasst, ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Sie wird allerdings nur alle 5 Jahre durchgeführt, ihre Beantwortung ist zudem freiwillig und sie erfasst lediglich Haushalte bis zu einem monatlichen Einkommen von 18.000 Euro. Daten für Gesamtdeutschland liegen für die Jahre 1993, 1998 und 2003 vor.

Nach der EVS betrugen die verfügbaren Einkommen im Jahr 2003 rund 1,3 Bill. Euro und die Konsumausgaben der privaten Haushalte 1 Bill. Euro. Die Werte in der VGR betragen für 2003 rund 1,4 Bill. für das verfügbare Einkommen und 1,2 Bill. für die Konsumausgaben. Es besteht somit zur VGR ein vergleichsweise moderater Unterschied im verfügbaren Einkommen und ein etwas größerer in der Konsumhöhe. Dies ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass die VGR alle Haushalte umfasst und die Organisationen ohne Erwerbszweck ebenfalls enthält, die EVS jedoch nur die privaten Haushalte (ohne Haushalte in Gemeinschaftsunterkünften) mit einem Einkommen bis zu 18.000 Euro monatlich erfasst. Hinzu kommen einige, wenn auch geringfügige Unterschiede in der Erfassung der einzelnen Komponenten der verfügbaren Einkommen. Für eine Mikroanalyse der Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte erscheint die EVS jedoch eine hinreichend gute Erfassung der einzelnen Einkommenskomponenten zu gewährleisten, so dass die Analyse im Folgenden auf der Struktur der Einkommen dieser Mikrodaten beruht.

[48] Vgl. Ochmann et al. (2008).

2.1 Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte zwischen 1993 und 2003

Ähnlich wie in der VGR können in der EVS die folgenden Komponenten der Haushaltsbruttoeinkommen, der Nettoeinkommen und der verfügbaren Einkommen einzeln analysiert werden[49]:

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
zzgl. Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit
zzgl. Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen
zzgl. Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen
zzgl. Nettoeinnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Untervermietung
zzgl. Einnahmen aus Kapitalvermögen[50]
= Haushaltsbruttoeinkommen
abzgl. Zahlungen an Lohn- und Einkommensteuer
abzgl. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung
abzgl. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung
abzgl. Pflichtbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung
abzgl. Pflichtbeiträge zur privaten Pflegeversicherung
abzgl. Pflichtbeiträge zur Arbeitslosenversicherung
= Haushaltsnettoeinkommen
zzgl. sonstige Einnahmen
= verfügbares Haushaltseinkommen

Anders als in der VGR werden für diese Komponenten die Werte jedoch nicht im Aggregat erfasst, sondern für jeden einzelnen Haushalt. Da für diesen ebenfalls die soziodemografischen Merkmale sowie die Konsumausgaben erhoben werden, können mit der EVS sowohl Auswertungen auf individueller Ebene, in jeder beliebigen Zusammenfassung, etwa nach Altersgruppen, oder auch auf hochgerechneter Ebene für alle Haushalte erfolgen.[51] Im Folgenden werden Auswertungen dargestellt, die sich zum einen aus allen Haushalten in einer bestimmten Merkmalsausprägung ergeben, beispielsweise alle Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 35 bis unter 50 Jahren (hochgerechnet in Mrd. Euro). Zum

[49] Geringfügige Abweichungen zur VGR ergeben sich beispielsweise bei den nicht-öffentlichen Transferzahlungen, die hier auch die Transfers zwischen den Haushalten umfassen. Dagegen dürften einige Transfers mit der übrigen Welt nicht enthalten sein.

[50] Die Einkommen aus Kapitalvermögen sind in der EVS grundsätzlich Nettowerte nach Kapitalertragsteuer. Genaueres dazu befindet sich im Anhang.

[51] Die Hochrechnung der EVS erfolgt grundsätzlich an den hochgerechneten Ergebnissen des Mikrozensus (MZ). Der Mikrozensus ist eine 1 %ige repräsentative Hauhaltserhebung, deren Beantwortung nicht freiwillig ist. Der MZ wird an die Rahmendaten der Bevölkerungsfortschreibung hochgerechnet. Siehe hierzu auch API (Schulz et al. 2008).

anderen werden Ergebnisse je Haushalt ausgewiesen, die dann beispielsweise das verfügbare Einkommen eines Durchschnittshaushaltes mit einer Bezugsperson im Alter von 35 bis 50 Jahren wiedergeben (monatlich in Euro je Haushalt).

Für die folgende Darstellung in den Tabellen werden die einzelnen Einkommenskomponenten wie folgt zusammengefasst: Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit werden zusammen als „Arbeitseinkommen" dargestellt, Einkommen aus öffentlichen und nichtöffentlichen Transfers zusammen als „Transfereinkommen", Einkommen aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen sowie sonstige Einnahmen zusammen als „Einkommen aus Vermögen und sonstige"[52] und alle Sozialversicherungsbeiträge zusammen mit den Kirchensteuer- und Lohn- und Einkommensteuerzahlungen als „Steuern und Abgaben". Die Tabelle 2-1 gibt die Anteile der wichtigsten Subkomponenten an den Einkommenskomponenten in der EVS im Zeitraum 1993 bis 2003 wieder[53].

Tabelle 2-1:
Die jeweils wichtigsten Subkomponenten in Anteilen an den Einkommenskomponenten gemittelt über 1993-2003

Arbeitseinkommen (selbständige und unselbständige Arbeit)	Grundlohn und -gehalt (77 %), Einkommen aus Gewerbebetrieb oder aus freiberuflicher Tätigkeit (8 %), Einkommen aus land- und forstwirtschaftlichem Betrieb (2 %)
Transfereinkommen (nichtöffentliche und öffentliche, inkl. Renten)	Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung (43 %), öffentliche Bruttopensionen (10 %), Kindergeld (7 %), Steuerrückerstattungen (5 %), Arbeitslosengeld (5 %), Arbeitslosenhilfe (2 %), Geldgeschenke und Unterhaltszahlungen (7 %), Werks- und Betriebsrenten (3%), private Unterstützungen für freies Wohnen (2%)
Vermögen und sonstige (Vermietung, Kapitalvermögen und sonstige Einnahmen)	Mietwert Eigentumswohnung (55 %), Einkommen aus Vermietung und Verpachtung (19 %), Zinsgutschriften (12 %), Einnahmen aus dem Verkauf von gebrauchten und im Haushalt erzeugten Waren (6 %), Dividenden und Ausschüttungen (5 %)
Steuern und Abgaben (Lohn-/Einkommensteuer und alle SV-Beiträge)	Lohn-/Einkommensteuer (45 %), gesetzliche und private Krankenversicherung (24 %), gesetzliche Rentenversicherung (20 %), Arbeitslosenversicherung (6 %), soziale Pflegeversicherung (2 %), Kirchensteuer (2 %), private Pflegeversicherung (1 %)

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Vergleich der Einkommensentwicklung in der EVS mit der Entwicklung in der VGR

Die Entwicklung der Arbeitseinkommen zeigt einen tendenziell ähnlichen Verlauf wie die Summe der Bruttolöhne und -gehälter aus der VGR. Die jährliche Wachstumsrate der preisbereinigten Bruttolöhne und -gehälter betrug im Zeitraum 1993 bis 2003 0,4 %. Die

[52] Es ist zu beachten, dass dadurch mit den Sonstigen Einnahmen eine Komponente, die nicht zum Haushaltsbruttoeinkommen gehört, zusammen mit Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens dargestellt wird und daher die Summe der Einkommenskomponenten in der dargestellten Form nicht das Haushaltsbruttoeinkommen selbst ergibt.

EVS weist für die Arbeitseinkommen quasi kein Wachstum auf (-0,02 % p.a.). Diese Größen sind jedoch nur bedingt miteinander vergleichbar, zum einen, da die hier betrachteten Arbeitseinkommen noch die Einkommen aus selbständiger Arbeit enthalten[54] und zum anderen, da die EVS nur die privaten Haushalte[55] abbildet. Die verfügbaren Einkommen der Haushalte, die in der VGR zusätzlich die Einkommen der Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die diesem Sektor zugeordneten Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM) enthalten, weisen ebenfalls einen ähnlichen Verlauf auf. In der VGR sind die verfügbaren Einkommen preisbereinigt um 1,2 % p.a. gestiegen, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der EVS um rund 1 %. Das Haushaltsbruttoeinkommen ist zwischen 1993 und 2003 nach der EVS durchschnittlich mit ca. 1 % pro Jahr gewachsen. Es erscheint ansatzweise vergleichbar mit dem Volkseinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) aus der VGR, welches in diesem Zeitraum in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen ist und auch betragsmäßig durch das hochgerechnete Haushaltsbruttoeinkommen aus den EVS-Daten zufrieden stellend abgebildet wird. In diesem Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt real um 1,6 % p.a. gestiegen. Damit war das Wachstum der verfügbaren Einkommen geringer als das Wirtschaftwachstum, was in dieser Zeit insbesondere an der Entwicklung der Arbeitseinkommen lag.

Wie die VGR zeigt auch die EVS einen deutlichen Anstieg der Steuern und Abgaben zwischen 1993 und 2003, teilweise bedingt den Anstieg der Beitragssätze zur Sozialversicherung und der Einführung der Pflegeversicherung zum 01.01.1995. Insgesamt haben die privaten Haushalte 50 Mrd. Euro mehr an Steuern und Abgaben gezahlt.

Haushalte von 35- bis 50-Jährigen mit größtem Anteil am verfügbaren Einkommen in 2003

Bei der Analyse der Einkommensentwicklung der Haushalte nach Altersgruppen werden folgende Gruppen unterschieden[56]:

---

[53] Im Anhang wird auf die Zusammensetzung der einzelnen Komponenten detailliert eingegangen.

[54] Die Einkommen aus selbständiger Arbeit unterliegen in den EVS-Daten zwischen 1993 und 2003 starken Schwankungen und bilden daher zumindest für 1998 und 2003 nur einen Teil der tatsächlich von der Gesamtbevölkerung erzielten Einkommen aus selbständiger Arbeit ab.

[55] Ohne Haushalte in Gemeinschaftsunterkünften und ohne Haushalte mit einem monatlichen Einkommen über 18.000 Euro.

[56] Siehe hierzu auch ausführlich die Analysen in API (Schulz et al. 2008).

- die Haushalte der jungen Personen unter 35 Jahre, die zum Großteil aus Singlehaushalten bestehen, und die am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen und oftmals noch nicht soviel verdienen,
- die Haushalte der 35- bis 50-Jährigen, deren Haushaltsbezugsperson[57] zumeist erwerbstätig ist, und die sich zum Großteil aus Paarhaushalten mit Kindern im Haushalt sowie aus Paaren ohne Kinder zusammensetzen,
- die Haushalte der 50- bis 60-Jährigen, die vorwiegend aus Paaren mit bereits erwachsenen Kindern oder aus Paaren ohne Kinder bestehen, und berufsmäßig bereits in der Karriere fortgeschritten sind,
- die Haushalte der 60- bis 65-Jährigen, die gesondert betrachtet werden, da sie durch den Übergang vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand geprägt sind,
- die Haushalte der 65- bis 75-Jährigen, also der jungen Alten, die noch mobil sind und den Ruhestand aktiv gestalten (zumeist Paarhaushalte ohne Kinder), sowie
- die Haushalte der 75-Jährigen und Älteren, bei denen mit zunehmendem Alter die Mobilität abnimmt, und bei denen dann die Anteile der Alleinlebenden wieder zunehmen.

Bei den Haushalten der unter 50-Jährigen stellen die Arbeitseinkommen rund 75 % der Bruttoeinkommen, bei den Haushalten der 50- bis 60-Jährigen sind es rund 70 % und bei den Haushalten der 60- bis 65-Jährigen noch rund ein Drittel (Tabelle 2-2). Bei letzteren beträgt der Anteil der Transfereinkommen, die auch die Renten umfassen, bereits etwa die Hälfte der Bruttoeinkommen, bei den Haushalten der über 65-Jährigen sind die Transfereinkommen die Haupteinkommensquelle, wie nicht anders zu erwarten. Die Einkommen aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung nehmen mit zunehmendem Alter einen steigenden Anteil am Bruttoeinkommen ein und haben bei den Haushalten der 65- bis 75-Jährigen mit fast einem Fünftel den größten Anteil. Die Anteile der Steuern und Abgaben sind erwartungsgemäß bei den Haushalten im erwerbsfähigen Alter am höchsten (etwa ein Viertel) und sinken dann bis auf rund 8 % in der höchsten Altersgruppe ab.

Über die Hälfte des Arbeitseinkommens wird von den Haushalten im Alter von 35 bis 50 Jahren erwirtschaftet (502 Mrd. Euro von insgesamt 950 Mrd. Euro). Auf sie entfällt etwa 40 % des gesamten Haushaltsbruttoeinkommens (666 Mrd. Euro von 1630 Mrd. Euro). Die

[57] Die Haushaltsbezugsperson ist in der EVS diejenige Person, die zum Haushaltseinkommen den größten Teil beiträgt (Haupteinkommensbezieher).

Rentnerhaushalte (65 und älter) erhalten rund die Hälfte der Transfereinkommen. Ihr Anteil am gesamten Bruttoeinkommen beträgt 18 %.

Tabelle 2-2:
Einkommenskomponenten der privaten Haushalte differenziert nach Altersgruppen (EVS)

Einkommenskomponenten der privaten Haushalte differenziert nach Altersgruppen (EVS) (in 2003 Preise)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	2003 in Mrd. Euro						
Arbeitseinkommen	949,8	169,9	502,2	221,0	43,8	11,0	2,0
Transfereinkommen	497,4	42,4	100,6	60,4	62,1	143,1	88,7
EK aus Vermögen und sonstige	203,2	15,9	71,0	42,3	21,9	34,3	17,8
HH-Bruttoeinkommen	1.629,6	224,5	665,5	319,8	126,2	185,7	107,8
Steuern und Abgaben	372,2	59,9	181,8	83,9	21,1	16,8	8,8
verfügbare HH-Einkommen	1.278,2	168,4	491,9	239,8	106,7	171,6	99,7
	Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen 2003 in %						
Arbeitseinkommen	58,3	75,7	75,5	69,1	34,7	5,9	1,8
Transfereinkommen	30,5	18,9	15,1	18,9	49,3	77,0	82,3
EK aus Vermögen und sonstige	12,5	7,1	10,7	13,2	17,3	18,5	16,5
HH-Bruttoeinkommen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Steuern und Abgaben	22,8	26,7	27,3	26,2	16,7	9,0	8,2
verfügbare HH-Einkommen	78,4	75,0	73,9	75,0	84,6	92,4	92,5
	Veränderung zwischen 1993 und 2003 in Mrd. Euro						
Arbeitseinkommen	-1,9	-43,0	79,6	-33,7	2,8	-6,9	-0,7
Transfereinkommen	130,8	2,9	46,5	7,4	13,6	20,3	40,2
EK aus Vermögen und sonstige	38,1	-0,5	20,4	2,1	5,5	3,1	7,5
HH-Bruttoeinkommen	158,9	-41,1	142,8	-25,6	21,2	14,9	46,7
Steuern und Abgaben	50,1	-5,9	50,9	-1,9	3,6	-0,2	3,6
verfügbare HH-Einkommen	116,8	-34,7	95,5	-22,4	18,2	16,7	43,4

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Deutliche Einkommensrückgänge je Haushalt bei den unter 50-Jährigen zwischen 1993 und 2003

Die Arbeitseinkommen hochgerechnet in Mrd. Euro waren insbesondere in der Gruppe der Haushalte der unter 35-Jährigen und bei den 50- bis unter 60-Jährigen rückläufig. Dagegen sind die Transfereinkommen insbesondere bei den Familienhaushalten (35-50 Jahre) und bei den Rentnerhaushalten gestiegen. Die Entwicklung der Gesamteinkommen in den einzelnen Altersgruppen ist geprägt durch Veränderungen in der Haushaltszahl und Veränderungen im monatlichen Einkommen pro Haushalt. Die Zahl der Haushalte ist zwischen 1993 und 2003 insgesamt um 2,5 Millionen gestiegen, wobei die Zahl der Haushalte der unter 35-Jährigen um 1,1 Mio. und der Haushalte der 50- bis 60-Jährigen um 0,9 Mio.

zurückgegangen ist. Besonders stark zugenommen haben die Haushalte der 35- bis 50-Jährigen (28 %) sowie die Haushalte der 75-Jährigen und Älteren (47 %) (Tabelle 2-3).

Tabelle 2-3:
Zahl der Haushalte in der EVS nach Altersgruppen

Gegenstand der Nachweisung	Gesamt	Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/ -bezieherin von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
				1993			
Hochgerechnete Haushalte	35.599.672	7.457.267	9.770.939	6.787.675	2.752.156	6.007.037	2.824.598
Anzahl der Personen im Haushalt	2,27	2,25	3,04	2,25	2,03	1,61	1,31
Anzahl der Erwachsenen im Haushalt	1,74	1,58	1,83	2,00	1,95	1,59	1,31
				1998			
Hochgerechnete Haushalte	36.780.272	6.978.999	11.078.487	6.439.094	3.248.820	5.357.643	3.677.229
Anzahl der Personen im Haushalt	2,17	2,14	2,84	2,17	1,84	1,59	1,34
Anzahl der Erwachsenen im Haushalt	1,71	1,61	1,79	1,95	1,80	1,58	1,33
				2003			
Hochgerechnete Haushalte	38.111.000	6.353.000	12.497.344	5.897.860	3.180.797	6.031.494	4.150.506
Anzahl der Personen im Haushalt	2,12	1,91	2,74	2,23	1,80	1,62	1,39
Anzahl der Erwachsenen im Haushalt	1,67	1,53	1,73	1,93	1,75	1,61	1,38
				Veränderung zwischen 1993 und 2003			
Hochgerechnete Haushalte	2.511.328	-1.104.267	2.726.405	-889.816	428.641	24.457	1.325.908
Anzahl der Personen im Haushalt	-0,15	-0,34	-0,29	-0,02	-0,23	0,01	0,07
Anzahl der Erwachsenen im Haushalt	-0,07	-0,05	-0,10	-0,07	-0,20	0,02	0,07
				Veränderung zwischen 1993 und 2003 in %			
Hochgerechnete Haushalte	7,05	-14,81	27,90	-13,11	15,57	0,41	46,94

Quelle: Scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003. Berechnungen des DIW Berlin.

Zwischen 1993 und 2003 hat sich – real betrachtet – die Einkommenssituation *je Haushalt* in allen Haushaltsgruppen verbessert. Im Durchschnitt stiegen die Haushaltsbruttoeinkommen um 120 Euro je Haushalt und Monat (Tabelle 2-4). Besonders hoch fiel die Zunahme bei den 50- bis 60-Jährigen (280 Euro) und bei den Rentnerhaushalten aus (+200 Euro bei den 65- bis 75-Jährigen und rund 360 Euro bei den 75-jährigen und Älteren). In allen Altersgruppen waren jedoch die Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit rückläufig, ebenso die Kapitaleinkünfte. Hinzu kommt, dass auch die Einkünfte aus unselbständiger Arbeit in allen Altersgruppen, mit der Ausnahme der 50- bis 60-Jährigen, zurückgegangen sind. Letzteres ist sicherlich Ausdruck der geringen Lohnsteigerungen und der Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum. Mehr oder weniger „ausgeglichen“ wurden diese Einkommensverluste bei den Haushalten der unter 60-Jährigen durch öffentliche und nicht-öffentliche Transferzahlungen, also Arbeitslosengeld, Kindergeld, Geldleistungen zwischen den Haushalten etc. Bei den Haushalten der 60- Jährigen und Älteren waren es - neben den nicht-öffentlichen Transferzahlungen - insbesondere die Renteneinkommen, die das Haushaltseinkommen positiv beeinflussten. Insgesamt ist das verfügbare Einkommen

je Haushalt und Monat um 76 Euro gestiegen, wobei die jungen Haushalte und die Familienhaushalte eine Verringerung ihres verfügbaren Einkommens hinnehmen mussten und insbesondere die Rentnerhaushalte überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen hatten. Die günstige Einkommenssituation der Rentnerhaushalte in Deutschland ist in dieser Zeit wohl auch noch durch den Sondereffekt in den neuen Bundesländern mit starken Steigerungen der Renteneinkünfte zurückzuführen. Diese Situation ist einmalig und kann deshalb nicht Grundlage einer Vorausschätzung sein.

Tabelle 2-4
Komponenten der Einnahmen und Abzüge vom Einkommen in Euro je Haushalt und Monat (2003er Preise)

Veränderung zwischen 1993 und 2003

Einnahmeart	Gesamt	Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/ -bezieherin von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
HHbruttoeinkommen	121	-23	-20	279	126	196	361
davon aus:							
Unselbst. Arbeit	-53	-73	-49	58	-6	-57	-26
Selbst. Arbeit	-98	-77	-207	-63	-89	-40	-13
Rentenzahlungen	105	19	12	29	95	218	266
Sonst. Transfers	62	44	138	81	-11	2	27
Nicht öffentl Transfers	62	51	60	92	74	54	57
EK Untervermietung	105	56	92	157	150	91	95
Kapitaleinkünfte	-63	-44	-65	-76	-86	-72	-46
Abzüge vom Einkommen	60	50	96	132	23	-4	24
davon							
Einkommensteuer	10	21	34	36	-25	-32	-10
Kapitalsteuer	-5	-1	-7	-6	-7	-3	0
Gesetzl. Rentenvers.	17	15	35	37	8	-6	-3
Gesetzl.+Privat Krankenvers.	14	-2	4	31	22	20	23
Gesetzl.+Privat Pflegevers.	24	19	29	30	23	19	15
Arbeitslosenvers.	0	-2	2	3	2	-2	-1
HHnettoeinkommen	61	-73	-116	147	103	200	337
Sonstige Einnahmen	16	13	15	23	14	22	5
Verfügbares Einkommen	76	-61	-101	170	117	222	342

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Fazit: Zwischen 1993 und 2003 waren die Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt bei den Haushalten der unter 50-Jährigen rückläufig. In allen Altersgruppen haben sich die Einkünfte aus selbständiger und unselbständiger Arbeit (Ausnahme 50- bis 60-Jährige) verringert und damit an Bedeutung für die Bruttoeinkommen verloren. Die Transferzahlungen haben hingegen an Bedeutung in diesem Zeitraum zugenommen.

2.2 Entwicklung der Einkommen und Ausgabenkomponenten bis 2025

Wie werden sich mit Blick auf die unterstellte günstige Wirtschaftsentwicklung einerseits und der Zunahme der Rentnerhaushalte[58] andererseits die Einkommen der privaten Haushalte bis 2025 entwickeln? In der Vergangenheit haben die Einkünfte aus unselbständiger sowie aus selbständiger Arbeit für die Haushaltsbruttoeinkommen an Bedeutung verloren. In dem hier unterstellten Szenario „Mobilität braucht Aktion“ der ifmo-Studie „Zukunft der Mobilität – Szenarien für 2025“ wird von einer wieder steigenden Lohnquote ausgegangen.[59] Wie wird sich dies auf die künftigen Einkommen der Haushalte auswirken? Dazu wird hier auf Grundlage der EVS-Daten der Zusammenhang zwischen erklärenden Variablen und den Einkommenskomponenten geschätzt, um dann unter Annahmen über die künftige Entwicklung der erklärenden Variablen die Werte der einzelnen Komponenten für das Jahr 2025 zu prognostizieren.

Vorgehen und Annahmen

Um die einzelnen Einnahmen und Abgaben des Jahres 2025 zu ermitteln, wird wie folgt vorgegangen:

1) In einem ersten Schritt wird die Stärke des Einflusses verschiedener erklärender Variablen, wie etwa das Alter oder die Haushaltszusammensetzung, auf die Höhe der Anteile der einzelnen Einkommenskomponenten am gesamten Einkommen für die Vergangenheit ermittelt. Die Datenbasis bilden die Erhebungen der EVS 1993, 1998 und 2003 mit zusammen 132.457 beobachteten Haushalten. Da die EVS nur alle 5 Jahre durchgeführt wird, liegen Werte für Gesamtdeutschland gegenwärtig lediglich für diese drei Zeitpunkte vor. Als erklärende Variable werden grundsätzlich

- das Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt,
- sein/ihr höchster Ausbildungsabschluss,

[58] Zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung siehe API (Schulz et al.2008).
[59] Vgl. ifmo (2005).

- die Anzahl der erwachsenen Personen und Kinder[60] im Haushalt (Haushaltstyp),
- die Anzahl der Erwerbstätigen im Haushalt,
- eine Zeitvariable (Zeittrend)
- sowie das Geburtsjahr des/der Haupteinkommensbeziehers/-in verwendet. Durch Einbeziehen des Geburtsjahrs des Haupteinkommensbeziehers wird dafür kontrolliert, dass sich die Struktur der Einkommen privater Haushalte über Generationen hinweg unterscheiden kann. Diese Unterschiede können z.B. auf Veränderungen im Verhalten bezüglich Erwerbsbeteiligung beruhen und werden hier als Kohorteneffekte bezeichnet.

Damit ergeben sich insgesamt: zwölf Dummy-Variablen[61] zu Altersklassen in 5-Jahresabständen, 14 Dummy-Variablen zu Geburtskohorten in 5-Jahresabständen, vier Klassen zum höchsten Ausbildungsabschluss, sieben Dummy-Variablen zum Haushaltstyp, vier Dummy-Variablen zur Anzahl der Erwerbstätigen im Haushalt, eine Dummy-Variable für den Zeitpunkt 1993[62] und einer Konstanten. Die Schätzung selber erfolgt mit einem Tobit-Ansatz.[63] Der so ermittelte Zusammenhang zwischen erklärenden Variablen und Anteilen der einzelnen Einkommenskomponenten bildet die Grundlage für die Schätzung der künftigen Entwicklung.

2) Für die Vorausschätzung der Bruttohaushaltseinkommen sind neben den ermittelten Zusammenhängen zwischen Einflussgrößen und Einkommensanteilen die Werte der jewei-

---

[60] Als Kinder werden dabei wie auch im Folgenden ledige Personen unter 18 Jahren verstanden.

[61] Eine Dummy-Variable nimmt den Wert Eins an, falls das Merkmal bei der Beobachtung zutrifft, und Null sonst.

[62] Bei diesem Schätzansatz lassen sich Alters- und Kohorteneffekte aufgrund der eindeutigen Beziehung zwischen Alter, Kohorte und Zeitpunkt des beobachteten Haushalts nur unter bestimmten Annahmen von Zeiteffekten unterscheiden. Hier wurde daher angenommen, dass sich die zeitpunktspezifischen Effekte im Zeitverlauf der drei beobachteten Perioden 1993, 1998 und 2003 zum einen ausgleichen, also zu Null addieren, und zum anderen orthogonal zu einem linearen Trend verlaufen. Die Zeiteffekte kontrollieren daher für Abweichungen der zu erklärenden Größen von einem „zeitlosen Durchschnitt“ über die drei Perioden, fangen also z.B. „Konjunktureffekte“ auf. Eine etwaige trendmäßige Entwicklung über die Zeit jedoch erfassen sie unter diesen Annahmen nicht. Diese wird dann sowohl in den Alterseffekten als auch in den Kohorteneffekten aufgefangen. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich bei drei Beobachtungsjahren zusätzlich zu Alters- und Kohorteneffekten genau ein Zeiteffekt schätzen. Die dafür verwendete Dummy-Variable wird entsprechend den Annahmen transformiert und bei der Prognose für 2025 berücksichtigt. Vgl. dazu Deaton, Paxson (1993).

[63] Der Tobit-Ansatz wurde gewählt, weil nicht alle Haushalte Einnahmen aus jeder Einkommenskomponente beziehen, so dass im Datensatz für einige Komponenten viele Nullen vorliegen. Deshalb wird unterstellt, dass die Anteile linkszensiert bei Null sind.

ligen Einflussgrößen im Jahr 2025 erforderlich. Deshalb müssen in einem zweiten Schritt Annahmen über die Entwicklung der erklärenden Variablen getroffen werden.

Für die erklärenden Variablen Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltszusammensetzung (Alleinlebende, Alleinerziehende, Paare ohne Kinder, Paare mit Kinder und übrige Haushalte) sowie dem höchsten Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers liegen Vorausschätzungen aus dem API vor[64], die hier als Basis für die entsprechende Entwicklung der erklärenden Variablen in der EVS verwendet und bei der Berechnung der Hochrechnungsfaktoren für 2025 berücksichtigt werden.[65]

Die absolute Höhe des Haushaltsbruttoeinkommens geht ebenfalls als erklärende Variable in die Schätzung der Anteile der einzelnen Komponenten ein. Hier wird jedoch nicht das Haushaltsbruttoeinkommen im Jahr 2025 als Aggregat vorausgeschätzt, sondern die Entwicklung der einzelnen Größen aus denen sich das Bruttoeinkommen zusammensetzt. Mit dieser Vorgehensweise ist es möglich, für die einzelnen Größen, wie etwa dem Arbeitseinkommen oder dem Transfereinkommen, unterschiedliche Annahmen zum künftigen Wachstum zu treffen und somit die Entwicklung der Bruttoeinkommen im Zusammenwirken der unterschiedlichen Entwicklungspfade der einzelnen Größen detailliert vorauszuschätzen.

In Bezug auf die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Haushaltsbruttoeinkommens werden folgende Annahmen getroffen:[66]

Die Arbeitseinkommen wachsen real generell mit 1,5 %. Dies ist ein stärkeres Wachstum als es in der Vergangenheit beobachtet wurde (1 % pro Jahr zwischen 1993 und 2003 in der EVS). Diese Annahme eines wieder höheren Wachstums beruht auf der unterstellten positiven Wirtschaftsentwicklung (1,8 % reales Wachstum), einer darauf basierenden Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen und einer unterstellten produktivitätsorientierten Lohnpolitik.[67] Zusätzlich zu diesem generellen Trend werden für die Haushalte im mittleren Alter (35-50 Jahre) sowie die Haushalte im Alter von 60 bis 75 Jahren Zuschläge berechnet. Dies

[64] Siehe hierzu (Schulz et al.2008).

[65] Die Hochrechnung erfolgt an der Zahl der Haushalte differenziert nach dem Alter, dem Haushaltstyp sowie dem Bildungsabschluss.

[66] Die angegebenen Wachstumsraten beziehen sich auf die Einnahmekomponenten des einzelnen Haushalts.

[67] Dennoch handelt es sich bei den 1,5 % nicht um eine mit einem separaten Schätzansatz prognostizierte Größe, sondern um eine plausible Setzung.

ist erforderlich, um die Effekte einer zunehmenden Erwerbstätigkeit aufzufangen, die hier zusätzlich zu der durch das gute Wirtschaftswachstum bedingten Erhöhung der Beschäftigung unterstellt werden. Die Erhöhung der Altersgrenze für den regulären Ruhestand sowie die strikte Begrenzung der Möglichkeiten eines vorzeitigen Ruhestandes hat zur Folge, dass die 60- bis 65-Jährigen sowie die 65- bis 75-Jährigen vermehrt erwerbstätig sein bzw. länger im Arbeitsmarkt verbleiben werden. Darüber hinaus wird eine noch weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen im mittleren Alter angenommen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt bisher aus Arbeitseinkommen des Lebenspartners erzielen. Somit wird für Paar-Haushalte (mit oder ohne Kinder) mit Alter des Haupteinkommensbeziehers von 35- bis 50 Jahren ein Wachstum des Arbeitseinkommens von 1,65 %, anstatt 1,50 %, jährlich angenommen und für die 60- bis 75-Jährigen von 2,00 %.[68]

Die Entwicklung des Arbeitseinkommens wird weiter differenziert nach dem höchsten Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers. Für Haushalte mit hohem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers wird ein jährliches Wachstum von 1,8 % angenommen, 1,5 % bei mittlerem Abschluss, 1,2 % bei geringem und 0,5 % bei keinem Ausbildungsabschluss.[69] Die Summe der unter diesen Annahmen fortgeschriebenen Komponenten bildet das Haushaltsbruttoeinkommen für 2025, welches dann wiederum als erklärende Variable in die Vorausberechnung der Anteile eingeht.

Für die einzelnen Komponenten der Transfereinkommen wird ebenfalls grundsätzlich ein jährliches Wachstum von 1,5 % unterstellt,[70] mit Ausnahme der Renteneinkommen. Für die Renteneinkünfte wird angenommen, dass sie jährlich um 1 % bis 2025 wachsen, da

[68] Dabei orientieren sich die Zuschläge zum allgemeinen Wachstum an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung. So wird die Erwerbsquote im mittleren Alter um ungefähr 10 % steigen (Männer und Frauen zusammengenommen). Deshalb wurde ein Zuschlag von 10 % angesetzt. Bei den älteren Erwerbspersonen wird hingegen eine merkliche Zunahme der Erwerbsquote von rund 60 % im Alter von 60 bis 65 Jahren und von 20 % im Alter von 65 bis 75 Jahren bis 2025 erwartet. Dies ist umgesetzt worden in einem Zuschlag von 0,5 %-Punkten im Wachstum der Arbeitseinkommen der 60- bis 75-Jährigen. Zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung siehe (Schulz et al. 2008).

[69] Diese Differenzierung orientiert sich an der in der Vergangenheit beobachteten unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitseinkommen nach Qualifikationsniveau. Die Abgrenzung des Merkmals Ausbildungsabschluss kann im Anhang nachvollzogen werden.

[70] Dies ist eine Setzung unter der Annahme, dass Lohnersatzleistungen mit der allgemeinen Lohnerhöhung steigen. Für die übrigen Komponenten der Haushaltsbruttoeinkommen wird ebenfalls dieses Wachstum unterstellt.

aufgrund der rentenrechtlichen Regelungen des Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetzes für diese mit einem deutlich geringeren Anstieg gerechnet werden kann.[71]

Durch die Berücksichtigung des so fortgeschriebenen Haushaltsbruttoeinkommens sowie der Veränderung der anderen erklärenden Variablen im Zeitverlauf und auf Grundlage der Schätzgleichung ergeben sich die fortgeschriebenen Werte für die einzelnen Einnahmekomponenten.[72] Um nicht allein die Bruttoeinkommen, sondern auch die Nettoeinkommen sowie das verfügbare Einkommen, das dann letztendlich den Konsum bestimmt, vorauszuschätzen, sind zusätzliche Schritte notwendig.

3) Die Nettoeinkommen ergeben sich aus dem Bruttoeinkommen durch Abzug der Sozialversicherungsbeiträge sowie der Lohn-, Einkommen- sowie eventuell der Kirchensteuer. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden ermittelt, indem die jeweiligen Beitragssätze auf sie sozialversicherungspflichtigen Entgelte bezogen werden. Letztere können von den Arbeitseinkommen (wie es bislang verwendet wurde) abweichen und müssen deshalb gesondert geschätzt werden.[73] Dabei ist der Schätzansatz für den sozialversicherungspflichtigen Lohn im Prinzip mit dem für die Anteile der Einkommenskomponenten vergleichbar (also wieder unter Verwendung der oben aufgeführten erklärenden Variablen), es erfolgt jedoch eine OLS-Schätzung und das Haushaltsbruttoeinkommen wird hier nicht als erklärende Variable einbezogen. Für die Entwicklung der Beitragssätze werden die Annahmen

---

[71] Der angenommene Anstieg basiert auf der Entwicklung des aktuellen Rentenwerts, wie sie von Buslei und Steiner (2006) unter vereinfachenden Annahmen in einer Simulationsrechnung für den Zeitraum bis zum Jahr 2050 ermittelt wurde.

[72] Bei der Fortschreibung der Anteile werden auf Grundlage der geschätzten Effekte für die beobachteten Kohorten Annahmen über das Verhalten künftiger Kohorten getroffen. Dabei erfolgt bei den Alters- und Kohorteneffekten eine Begrenzung der geschätzten Effekte. Dies ist erforderlich, weil eine unbegrenzte Fortschreibung eines linearen Trends in den beobachteten Kohorteneffekten für die meisten geschätzten Anteile zu einer deutlichen Überschätzung der zukünftigen Kohorteneffekte führen würde. Für die Vorausberechnung der Anteile wird zum einen angenommen, dass das Verhalten künftiger Kohorten dem der jüngsten beobachteten Kohorte entspricht. Da unter dieser Annahme jedoch bedingt durch das sukzessive Ausscheiden älterer Kohorten einige Anteile für bestimmte Altersgruppen unplausibel stark bis 2025 wachsen, wird des Weiteren die Summe der Alters- und Kohorteneffekte begrenzt. Es wird unterstellt, dass es künftig keine abrupten Verhaltensänderungen geben wird und diese eher in ruhigen Bahnen verlaufen. Es wird angenommen, dass sich die Summe der Alters- und Kohorteneffekte in jeder Altersgruppe bis 2010 und danach alle weiteren fünf Jahre um nur maximal 5 % verändert.

[73] Dabei wird vereinfachend angenommen, dass alle Haushalte, die in 2003 positive Beiträge zur privaten Krankenversicherung bzw. privaten Pflegeversicherung geleistet haben, auch bis 2025 positive Beiträge zu diesen leisten werden. Es wird weiter berücksichtigt, dass nach aktuellem Gesetzesstand ab 01.01.2009 jeder Selbständige eine gesetzliche oder private Krankenversicherung abschließen muss und daher Beiträge zu einer dieser, sowie auch zur privaten Pflegeversicherung leisten wird. Es wird weiter angenommen, dass alle Beiträge bis 2025 jeweils hälftig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gezahlt werden.

aus dem Rentenversicherungsbericht übernommen (siehe Tabelle 1-1)[74] Es resultieren die fortgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge für 2025.

Für die Vorausberechnung der Lohn- und Einkommensteuerzahlungen werden deren Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen wiederum mit Hilfe eines OLS-Ansatzes geschätzt. Als erklärende Variablen werden – etwas abweichend von dem Schätzansatz für die Einkommenskomponenten - Alter, Geschlecht, Familienstand und die Stellung im Beruf[75] des Haupteinkommensbeziehers, der Haushaltstyp, zwei Zeitdummys und das Haushaltsbruttoeinkommen verwendet. Die geschätzten Anteile der Kirchensteuer-Zahlungen und der Lohn- und Einkommensteuerzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen werden als konstant bis 2025 angenommen. Anhand des zuvor fortgeschriebenen Haushaltsbruttoeinkommens für 2025 werden nun die Kirchensteuer-Zahlungen und Lohn- und Einkommensteuerzahlungen in absoluten Größen für 2025 ermittelt.[76]

Anhand der bis 2025 fortgeschriebenen Haushaltsbruttoeinkommen, Sozialversicherungsbeiträge und Steuerzahlungen werden nun die Haushaltsnettoeinkommen für 2025 ermittelt. Die verfügbaren Haushaltseinkommen für 2025 resultieren nach Berücksichtigung der fortgeschriebenen sonstigen Einnahmen. Die bis 2025 fortgeschriebenen Einkommen werden dann als absolute Größen auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet, unter Verwendung der Hochrechnungsfaktoren für 2025[77].

[74] Für die Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge für 2025 werden diese für die fünf Eckjahre, 2003, 2010, 2015, 2020 und 2025 berechnet. Zwischen diesen Eckjahren werden die Beitragssätze als konstant angenommen.

[75] Als Ausprägungen der sozialen Stellung werden verwendet: Selbständiger, Arbeiter/Angestellter, Beamter, Arbeitsloser, Rentner/Pensionär, Nichterwerbstätiger/Student.

[76] Es wird darauf verzichtet, an dieser Stelle ein zu versteuerndes Einkommen zu schätzen, und vereinfachend das Haushaltsbruttoeinkommen als steuerliche Bemessungsgrundlage verwendet. Diese Bemessungsgrundlage erscheint hier geeigneter als der Grundlohn, da sie eine bessere Abbildung der tatsächlichen Steuerbelastung ermöglicht. Die gesamte Abgabenbelastung fällt durch die Schätzung im Mittel für 2003 nur geringfügig höher aus (3,7 %) als in den EVS-Daten für 2003. Des Weiteren wird auch von der Berücksichtigung eines Steuerfreibetrags abgesehen, da Steuerrückzahlungen bereits in der Komponente „öffentliche Transferzahlungen“ berücksichtigt werden.

[77] Es wird wiederum mit der Zahl der Haushalte differenziert nach Alter und Bildungsniveau des Haupteinkommensbeziehers sowie nach Haushaltstyp hochgerechnet.

Ergebnisse

Die künftige Entwicklung der Haushaltsbruttoeinkommen ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der demographischen Veränderungen, der steigenden Erwerbsbeteiligung, des steigenden Bildungsniveaus sowie der unterstellten Entwicklung der Komponenten der Bruttoeinkommen. Die verfügbaren Einkommen sind ebenfalls das Ergebnis des Zusammenwirkens dieser Faktoren, wobei zusätzlich die Entwicklung der Steuer- und Abgabensätze einfließt. Tabelle 2-5 gibt die aus der Prognose, die auf der Schätzung und den genannten Annahmen beruht, resultierende Entwicklung der auf die Gesamtbevölkerung hochgerechneten Einkommenskomponenten in Jahreswerten für die drei beobachteten Perioden in den EVS-Daten[78] und für 2025 wieder.[79]

Durch das Zusammenwirken aller Einflussfaktoren ergibt sich, dass das Haushaltsbruttoeinkommen und das verfügbare Einkommen im Zeitraum 2003 bis 2025 durchschnittlich jährlich real um etwa 1,6 % wachsen. Dabei werden die Arbeitseinkommen über alle Haushalte gerechnet zwar stärker wachsen als in der Vergangenheit, nämlich um 1,1% p.a., aber nicht die Zuwachsraten der Transfereinkommen (1,9 % p.a.) oder der Vermögenseinkommen (2,4 % p.a.) erreichen. Im Vergleich zur Entwicklung in der Vergangenheit wird künftig ein stärkeres Wachstum der Haushaltsbruttoeinkommen erzielt. Die unterstellte günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung (1,8 % reales Wachstum gegenüber 1,6 % im Zeitraum 1993 bis 2003), die sich auch in höheren Tariflohnsteigerungen niederschlägt, die Zunahme der Erwerbstätigkeit generell, sowie die mit der Steigerung des Bildungsniveaus einhergehende Erhöhung der Durchschnittslöhne schlagen sich in diesen Zahlen nieder. Die geringeren Zuwachsraten bei den Renteneinkommen bedingen, dass die Einnahmen aus Transfereinkommen trotz der Zunahme der Rentnerhaushalte nicht so stark steigen wie im Zeitraum 1993 bis 2003.

[78] Dabei kommt es zu Abweichungen zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichen Werten aus der EVS aufgrund weiterer hier berücksichtigter Subkomponenten, siehe dazu auch Fußnoten in Tabelle 2-5 und den Anhang.

[79] Die Veränderungen im Zeitraum 2003 bis 2025 werden hier auf Grundlage der für 2003 geschätzten Werte betrachtet. Dabei weichen die für 2003 geschätzten Werte von den realisierten Werten in der EVS ab. Die durch den Schätzansatz bedingten Abweichungen in den einzelnen Komponenten liegen jedoch unter 10%, beim Haushaltsbruttoeinkommen sind sie praktisch null.

Die Entwicklung der Steuern und Abgaben wird sich, etwa in dem Maße wie seit 1998 beobachtet, fortsetzen und die Abgabenlast mit einem moderaten Wachstum von durchschnittlich 1,3 % pro Jahr nur geringfügig stärker wachsen als die Arbeitseinkommen.

Tabelle 2-5:
Entwicklung der Einkommenskomponenten für 1993, 1998, 2003 und 2025

(in hochgerechneten Summen pro Jahr und in Preisen von 2003)

Komponente	real hochgerechnet pro Jahr in Mrd. Euro					durchschnittliche Änderung p.a.		
	EVS-Daten			Schätzung		EVS-Daten		Schätzung
	1993	1998	2003	2003	2025	98/93	03/98	25/03
Arbeitseinkommen[1]	951,7	946,3	949,8	892,0	1.135,9	-0,11%	0,07%	1,10%
Transfereinkommen[2]	366,6	423,1	497,4	538,2	811,7	2,91%	3,29%	1,89%
EK aus Vermögen und sonstige[3]	165,1	203,9	203,2	215,1	365,2	4,30%	-0,06%	2,44%
HH-Bruttoeinkommen	1.470,6	1.553,2	1.629,6	1.624,5	2.279,8	1,10%	0,96%	1,55%
Steuern und Abgaben[4]	322,1	360,9	372,2	385,0	513,2	2,30%	0,62%	1,31%
verfügbare HH-Einkommen	1.161,3	1.212,4	1.278,2	1.260,3	1.799,7	0,86%	1,06%	1,63%

[1] Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit.

[2] Einkommen aus nichtöffentlichen und öffentlichen Transfers, inklusive Renteneinkommen.

[3] Einkommen aus Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen sowie sonstige Einnahmen.

[4] Lohn-/Einkommensteuer und alle SV-Beiträge. Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung ebenso wie Beiträge Selbständiger und Rentner berücksichtigt. Für eine genauere Abgrenzung siehe Anhang A: Komponentenzusammensetzungen.

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

In der Differenzierung nach Altersklassen werden die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Einkommenskomponenten sichtbar (Tabelle 2-6). Insgesamt können die Haushalte der 50-Jährigen und Älteren weit überdurchschnittliche Einkommenszuwächse erzielen. Die Haushaltsbruttoeinkommen der Haushalte von 50- bis 60-Jährigen steigen um rund 1,9 %, die der Haushalte von 60- bis 65-Jährigen um 2,2 %, die der 65- bis 75-Jährigen um 2 % und die der Haushalte von 75-Jährigen und Älteren sogar um 3,6 %. Deutlich geringer fällt das Einkommenswachstum bei den unter 35-Jährigen (1,1 %) sowie den Haushalten der 35- bis 50-Jährigen (0,8 %) aus (hochgerechnete Ergebnisse).

Tabelle 2-6:
Jährliche Veränderung der Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) bis 2025 nach Altersgruppen (in hochgerechneten Summen und je Haushalt)

Gegenstand der Nachweisung	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
Anzahl Haushalte 2003	38.005.132	6.341.881	12.453.288	5.876.485	3.167.709	6.021.350	4.144.419
Anzahl Haushalte 2025	39.661.986	5.996.604	10.254.544	6.637.938	3.454.139	6.764.276	6.554.485
Veränderung 2025 zu 2003	4,36%	-5,44%	-17,66%	12,96%	9,04%	12,34%	58,15%
	durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %						
in hochgerechneten Summen							
Arbeitseinkommen	1,10%	1,05%	0,60%	1,70%	2,39%	2,40%	3,40%
Transfereinkommen	1,89%	0,99%	1,00%	2,14%	1,70%	1,75%	3,46%
EK aus Vermögen und sonstige	2,44%	1,96%	1,48%	2,52%	2,78%	2,85%	4,61%
HH-Bruttoeinkommen	1,55%	1,10%	0,79%	1,92%	2,15%	1,99%	3,63%
Steuern und Abgaben	1,31%	0,98%	0,72%	1,76%	2,25%	2,29%	3,92%
verfügbare HH-Einkommen	1,63%	1,16%	0,82%	1,98%	2,14%	1,97%	3,63%
je Haushalt							
Arbeitseinkommen	0,91%	1,31%	1,50%	1,14%	1,99%	1,86%	1,27%
Transfereinkommen	1,69%	1,25%	1,90%	1,58%	1,30%	1,21%	1,33%
EK aus Vermögen und sonstige	2,24%	2,22%	2,38%	1,95%	2,38%	2,30%	2,46%
HH-Bruttoeinkommen	1,36%	1,36%	1,68%	1,35%	1,75%	1,45%	1,50%
Steuern und Abgaben	1,12%	1,23%	1,61%	1,20%	1,85%	1,75%	1,78%
verfügbare HH-Einkommen	1,44%	1,42%	1,71%	1,41%	1,74%	1,43%	1,49%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose in Kapitel 1.

Diese großen Unterschiede im Einkommenswachstum zwischen den einzelnen Altersgruppen sind zum Teil demographisch bedingt. Die Zahl der Haushalte geht in den jüngeren Altersgruppen zurück (unter 35 Jahre –5,4 %, 35- bis 50-Jahre –18 %), während sie bei den älteren Altersgruppen steigt (50- bis 60-Jahre +13 %, 60- bis 65-Jahre +9 %, 65- bis 75 Jahre +12 % und 75-Jahre und älter +58 %, vgl. Tabelle 2-6). Durch die Alterung der Bevölkerung entfällt ein zunehmend größerer Anteil des Haushaltsbruttoeinkommens und des für den Konsum wichtigen verfügbaren Einkommens auf die Rentnerhaushalte. Haushalte von 60-Jährigen und Älteren hatten 2003 einen Anteil am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen von rund 26 % und am verfügbaren Einkommen von rund 29 %, bis 2025 werden die Anteile auf 32 %, respektive 35 % steigen. Durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters wird auch deren Anteil am Arbeitseinkommen von 6 % (2003) auf mehr als 9 % (2025) zunehmen. Der isolierte Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Haus-

haltsbruttoeinkommen der einzelnen Altersgruppen kann durch eine Komponentenzerlegung dargestellt werden. Dies ist zur Veranschaulichung im Anhang durchgeführt worden.

Aber nicht nur die Veränderung der Zahl der Haushalte in den jeweiligen Altersgruppen hat Einfluss auf die Veränderung der Einkommen in den Altersgruppen. Auch die Veränderung der Haushaltszusammensetzung trägt hierzu bei. Zum einen verändert sich die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder (siehe Tabelle 0-1 im Anhang). So nimmt die durchschnittliche Haushaltsgröße bei den Haushalten ab dem 60. Lebensjahr zu, da mehr Paare zusammen alt werden und somit die Witwer/Witwenhaushalte anteilsmäßig abnehmen. Bei den jüngeren Haushalten nimmt die durchschnittliche Haushaltsgröße ab, da die Zahl der Kinder in den Haushalten zurückgeht und der Trend zu Singlehaushalten anhält.

Einfluss auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen hat darüber hinaus der zunehmende Anteil der Haushalte mit hohem Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers. Wie in API ausführlich erläutert[80], war bereits die Entwicklung in der Vergangenheit dadurch gekennzeichnet, dass die jeweils nachfolgende Generation höhere Ausbildungsabschlüsse erzielt hat. Dies wird sich künftig fortsetzen, so dass die Haushalte in 2025 in allen Altersgruppen höhere Anteile Hochqualifizierter aufweisen als 2003[81] (Tabelle 0-5). Zwischen 2003 und 2025 steigt der Anteil der Haupteinkommensbezieher mit hohem beruflichen Ausbildungsabschluss am stärksten in der Altersgruppe der 65- bis 75-Jährigen (13 %-Punkte). Um 11 %-Punkte nimmt der Anteil Hochqualifizierter in den Altersgruppen 35- bis 50 Jahre, 50 bis 60 Jahre und 75 Jahre und Älter zu, während die übrigen Altersgruppen Zuwächse von rund 6 %-Punkten verzeichnen können.

Da jedoch die Zahl der Haushalte in den jüngeren Altersgruppen zurückgeht und in den älteren Altersgruppen steigt, ergeben sich bei den hochgerechneten Ergebnissen in den einzelnen Altersgruppen unterschiedliche Veränderungsraten der Haushalte nach Ausbildungsabschluss. Am stärksten fällt die Zunahme der Haushalte mit hohem Ausbildungsabschluss bei den Haushalten der 75-jährigen und Älteren aus (fast 150 %) gefolgt von den

[80] Vgl. Schulz et al.(2008).

[81] Da sich die Art des höchsten erzielten Ausbildungsabschlusses nach dem 30.Lebensjahr kaum noch ändert, sind die Ausbildungsabschlüsse der im Jahr 2025 60-Jährigen und Älteren durch die Abschlüsse der im Jahre 2003 rund 30-Jährigen und Älteren bereits vorgegeben. Die nachrückende Generation wird nochmals höhere Anteile Hochqualifizierter aufweisen. Dies sind dann in 2025 die Personen unter 60 Jahren.

Haushalten der 65- bis 75-Jährigen (+70 %). Besonders stark ist der Rückgang der Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher ohne beruflichen Abschluss in der Altersgruppe der 35- bis 50-Jährigen.

Die unterstellten höheren Bildungsabschlüsse wirken in zweierlei Weise auf die Einkommen der Haushalte. Zum einen verändern sie den Hochrechnungsrahmen, da die Hochrechnung der Schätzergebnisse mit Hilfe der nach Qualifikation (und Alter und Haushaltstyp) differenzierten Haushaltszahlen erfolgt. Zum anderen verändern sie das erzielbare Arbeitseinkommen des Durchschnittshaushalts (also im Durchschnitt je Haushalt in den jeweiligen Altersgruppen). Denn generell erhöhen sich mit steigendem Ausbildungsniveau die erzielbaren Erwerbseinkommen. Beide Effekte zusammen tragen dazu bei, dass hochgerechnet die Haushaltsbruttoeinkommen und die verfügbaren Einkommen der Haushalte mit hohem Bildungsabschluss insgesamt (über alle Altersgruppen betrachtet) um 2,8 % respektive 2,9 % jährlich wachsen, und damit rund 50 % über dem allgemeinen Wachstum von 1,6 % liegen (Tabelle 2-7). Dagegen haben die Haushalte ohne Bildungsabschluss Einkommenseinbußen hinzunehmen (-0,5 % bzw. -0,4 % jährlich).

Tabelle 2-7
Jährliche reale Veränderung der Einkommenskomponenten 2003 bis 2025 nach Altersgruppen und Qualifikation bezogen auf alle Haushalte (also in hochgerechneten Summen)

Gegenstand der Nachweisung	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %						
HH-Bruttoeinkommen							
gesamt	1,55%	1,10%	0,79%	1,92%	2,15%	1,99%	3,63%
kein Ausbildungsabschluss	-0,50%	0,60%	-3,28%	1,28%	0,00%	-2,39%	-1,54%
geringer Ausbildungsabschluss	0,65%	0,38%	-0,35%	1,57%	1,42%	0,70%	2,47%
mittlerer Ausbildungsabschluss	1,13%	0,65%	-0,10%	1,74%	1,78%	1,38%	4,03%
hoher Ausbildungsabschluss	2,78%	2,57%	2,24%	2,36%	3,05%	3,68%	5,46%
verfügbare HH-Einkommen							
gesamt	1,63%	1,16%	0,82%	1,98%	2,14%	1,97%	3,63%
kein Ausbildungsabschluss	-0,40%	0,76%	-3,11%	1,47%	0,07%	-2,35%	-1,50%
geringer Ausbildungsabschluss	0,77%	0,48%	-0,26%	1,67%	1,45%	0,74%	2,51%
mittlerer Ausbildungsabschluss	1,26%	0,72%	-0,03%	1,81%	1,80%	1,41%	4,08%
hoher Ausbildungsabschluss	2,87%	2,64%	2,28%	2,40%	3,05%	3,70%	5,50%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose in Kapitel 1.

Der starke Rückgang der Zahl der Haushalte ohne beruflichen Ausbildungsabschluss in der Altersgruppe der 35- bis 50-Jährigen sowie bei den 65-Jährigen und Älteren schlägt sich im negativen Wachstum der Bruttoeinkommen und der verfügbaren Einkommen dieser Haushalte nieder. Bei den 35- bis 50-Jährigen bewirkt der allgemeine Rückgang der Haushaltezahlen zusätzlich negative Wachstumsraten der Einkommen bei einem geringen und mittleren Ausbildungsniveau. In den anderen Altersgruppen sind die Wachstumsraten in allen Ausbildungsniveaus positiv, die Unterschiede im Wachstum zwischen den Ausbildungsniveaus sind jedoch beträchtlich.

Während der Effekt der veränderten Zahl der Haushalte in den Altersgruppen durch die Betrachtung der Einkommensentwicklung je Haushalt eliminiert werden kann, sind die Strukturverschiebungen (Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt, Veränderung des Ausbildungsniveaus) auch bei der Betrachtung eines Durchschnittshaushalts noch enthalten und bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten. In der Betrachtung je Haushalt fallen die Unterschiede im Wachstum der einzelnen Einkommenskomponenten generell geringer aus als für alle Haushalte insgesamt. Die Haushalte der unter 50-jährigen können je Haushalt höhere Zuwachsraten beim Bruttoeinkommen erzielen als in der Betrachtung über alle Haushalte, die Haushalte der 50-jährigen und Älteren geringere. Dennoch steigen die Bruttoeinkommen der 60-jährigen und Älteren immer noch überdurchschnittlich. Die Arbeitseinkommen eines Durchschnittshaushalts steigen bei den Haushalten der 35- bis 50-Jährigen mit 1,5 %, bei den 60- bis 65-Jährigen mit 2 % und bei den 65- bis 75-Jährigen mit 1,9 % weit überdurchschnittlich. Dies liegt einerseits an der über der wachstumsbedingte Beschäftigungssteigerung hinausgehenden Zunahme der Erwerbstätigkeit. Zum anderen ist in diesen Altersgruppen die Verschiebung hin zu einem hohen Ausbildungsniveau mit am stärksten. Die überdurchschnittliche Zunahme der Transfereinkommen je Haushalt bei den Haushalten der 35- bis 50-Jährigen ist darauf zurückzuführen, dass die durch den Abbau der Arbeitslosigkeit eingesparten Gelder zur Familienförderung verwendet werden, wie es in der aktuellen Diskussion erörtert wird.

Des Weiteren werden auch in der Betrachtung je Haushalt die Bruttoeinkommen und die verfügbaren Haushalteinkommen bis 2025 generell umso stärker wachsen, je höher der berufliche Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers ist. Die Unterschiede im Wachstum zwischen den Ausbildungsniveaus sind jedoch wesentlich geringer als wenn die Veränderung der Haushaltszahl einbezogen wird. Auch die Haushalte mit geringem Qualifikationsniveau können je Haushalt betrachtet Einkommenszuwächse erzielen. Die verfügbaren Haushaltseinkommen der Haupteinkommensbezieher ohne Abschluss werden demnach bis 2025 durchschnittlich je Haushalt um ca. 0,8 % steigen, während sie für diejenigen mit geringem und mittlerem Abschluss ca. 1,2 % und für die Haushalte mit hoch qualifizierten Haupteinkommensbeziehern ca. 1,4 % wachsen werden.

Tabelle 2-8
Jährliche reale Veränderung der Einkommenskomponenten 2003 bis 2025 nach Altersgruppen und Qualifikation je Haushalt

Gegenstand der Nachweisung	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %						
HH-Bruttoeinkommen							
gesamt	1,36%	1,36%	1,68%	1,35%	1,75%	1,45%	1,50%
kein Ausbildungsabschluss	0,74%	0,89%	0,74%	0,70%	1,19%	1,13%	1,21%
geringer Ausbildungsabschluss	1,05%	1,14%	1,22%	1,10%	1,46%	1,13%	1,17%
mittlerer Ausbildungsabschluss	1,04%	1,35%	1,47%	1,32%	1,57%	1,18%	1,17%
hoher Ausbildungsabschluss	1,31%	1,59%	1,69%	1,56%	1,76%	1,22%	1,21%
verfügbare HH-Einkommen							
gesamt	1,44%	1,42%	1,71%	1,41%	1,74%	1,43%	1,49%
kein Ausbildungsabschluss	0,84%	1,05%	0,91%	0,88%	1,26%	1,17%	1,25%
geringer Ausbildungsabschluss	1,18%	1,24%	1,31%	1,20%	1,49%	1,17%	1,22%
mittlerer Ausbildungsabschluss	1,17%	1,43%	1,53%	1,39%	1,59%	1,21%	1,22%
hoher Ausbildungsabschluss	1,40%	1,66%	1,73%	1,60%	1,76%	1,24%	1,25%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose in Kapitel 1.

Weiter differenziert nach Altersklassen fällt auf, dass für diejenigen ohne Abschluss die verfügbaren Haushaltseinkommen für die über-60-Jährigen etwas stärker zunehmen werden als für die unter-60-Jährigen, während sich dieses Bild bei denjenigen mit mittlerem und hohem Abschluss in etwa umdreht: für diese Gruppen wachsen die Einkommen der

unter-65-Jährigen stärker als die der über-65-Jährigen. Bei den Haushalten mit geringem Abschluss des Haupteinkommensbeziehers ist das Bild nach Alter uneinheitlich.

Die unterschiedlichen Wachstumsraten der einzelnen Einkommenskomponenten bedingen, dass die Arbeitseinkommen für das Haushaltsbruttoeinkommen der unter 60-Jährigen auch in Zukunft an Bedeutung verlieren werden (Tabelle 0-5 im Anhang). Am deutlichsten wird dies bei den Haushalten der 35- bis 50-Jährigen (-2,7 %-Punkte) sowie bei den 50- bis 60-Jährigen (-3 %-Punkte). Angesichts der Erhöhung des regulären Renteneintrittsalters sowie des hinter der Lohnsteigerung zurückbleibenden Rentenzuwachses gewinnen die Arbeitseinkommen für die jungen Alten an Bedeutung hinzu, während die Anteile der Transferzahlungen zurückgehen. Für alle Altersgruppen werden – wie in der Vergangenheit bereits beobachtet – die Einkünfte aus Vermögen und Vermietung anteilsmäßig zunehmen.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen in der Betrachtung über alle Haushalte zu der Betrachtung je Haushalt deutet darauf hin, dass es bei der Interpretation der Ergebnisse darauf ankommt, welcher Sachverhalt beschrieben werden soll. Will man Aussagen über die Haushalte insgesamt machen, sind die mit der jeweiligen Haushaltszahl hochgerechneten Ergebnisse relevant. Will man den Fokus auf die Situation etwa eines durchschnittlichen Rentnerhaushalts darlegen, sind die Ergebnisse pro Haushalt heranzuziehen.

Fazit: Trotz der zunehmenden Erwerbstätigkeit und des steigenden Ausbildungsniveau werden vor allem bei den Familienhaushalten die Arbeitseinkommen für die Bruttoeinkommen weiter an Bedeutung verlieren. Dagegen werden die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit bei den Haushalte der 60- bis 65-Jährigen einem höheren Anteil zum Bruttoeinkommen beitragen. Demographisch bedingt wird ein größerer Anteil des gesamtwirtschaftlichen Bruttoeinkommens auf die Rentnerhaushalte entfallen. Sie werden ebenfalls ihren Anteil am Arbeitseinkommen steigern.

2.3 Entwicklung der Einkommensverteilung

In diesem Abschnitt wird die Verteilung der Einkommen über die Bevölkerung dargestellt. Eine geeignete Einkommensgröße stellen dafür die realen hochgerechneten Nettoäquiva-

lenzeinkommen, berechnet anhand der modifizierten OECD-Skala[82], dar. Die modifizierte OECD-Skala weist dem Haupteinkommensbezieher ein Gewicht von 1,0 zu, jeder weiteren Person im Haushalt, die älter als 14 Jahre ist, ein Gewicht von 0,5 und jeder Person im Haushalt, die 14 Jahre und jünger ist, ein Gewicht von 0,3.

Tabelle 2-9:
Nettoäquivalenzeinkommen* privater Haushalte in Dezilen (in Preisen von 2003)

Haushalte des ... Dezils	Anteil am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen*				Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen*			
	1993	1998	2003**	2025	1993	1998	2003**	2025
	%				Euro pro Monat			
1.	4,0	3,8	3,3	3,2	663	655	590	808
2.	5,4	5,3	4,9	4,7	894	907	883	1.194
3.	6,4	6,3	6,1	5,8	1.055	1.087	1.099	1.478
4.	7,2	7,2	7,2	6,9	1.199	1.246	1.288	1.739
5.	8,2	8,2	8,2	7,9	1.352	1.403	1.478	2.003
6.	9,2	9,2	9,3	9,0	1.521	1.579	1.674	2.288
7.	10,4	10,4	10,6	10,4	1.729	1.788	1.901	2.642
8.	12,0	12,0	12,3	12,3	1.993	2.063	2.204	3.115
9.	14,5	14,5	14,9	15,2	2.404	2.496	2.676	3.851
10.	22,8	23,1	23,2	24,4	3.775	3.973	4.157	6.190

* Nettoäquivalenzeinkommen berechnet nach modifizierter OECD-Skala.

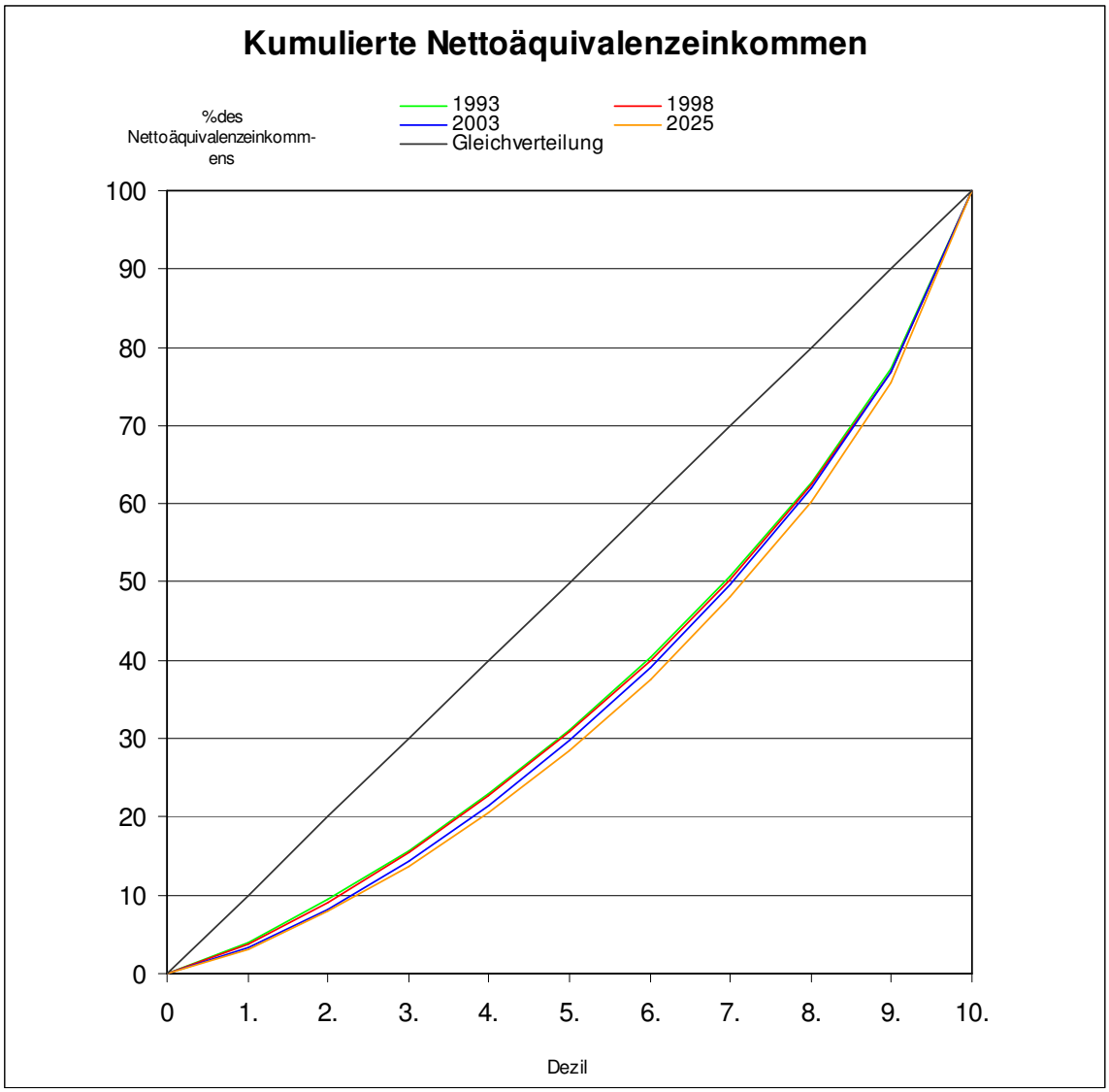
** Für 2003 werden hier die Werte aus der Schätzung dargestellt.

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

In Tabelle 2-9 wird die Entwicklung des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens nach Dezilen für die Jahre 1993, 1998, 2003 und 2025 sowie die Anteile der Dezile am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen dargestellt[83]. Das Wachstum der durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen je Dezil fällt im dem Zeitraum 2003 bis 2025 für die oberen Dezile höher aus als für die unteren. So wächst das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen in den unteren sechs Dezilen um 35-37 %, im siebten Dezil um 39 %, im achten Dezil um 41 %, im neunten Dezil um 44 % und im zehnten Dezil sogar um 49 %. In Abbildung 2-1 wird diese Entwicklung in Form von Lorenzkurven für jede der fünf betrachteten Zeitpunkte als Abweichung von einer Gleichverteilung graphisch dargestellt.

[82] OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Abbildung 2-1:
Kumulierte Nettoäquivalenzeinkommen



Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Es wird deutlich, dass die Spreizung in der Verteilung, die bereits für den Zeitraum 1993 bis 2003 zu beobachten ist, und die bereits in diesem Zeitraum gestiegen ist, auch in der Prognose für 2025 weiter zunimmt. Demnach wird der Anteil am gesamten Nettoäquiva-

[83] Wobei für 1993 und 1998 die Werte in den EVS-Daten verwendet werden und für 2003 sowie 2025 die

lenzeinkommen für jedes der unteren sieben Dezile sinken, wohingegen er für jedes der oberen drei Dezile zunehmen wird. Während die unteren 70 % der Bevölkerung 1993 noch 50,7 % der gesamten Nettoäquivalenzeinkommen auf sich vereinen konnten, waren es 2003 mit 49,6 % ein Prozentpunkt weniger und in 2025 werden es nach dieser Schätzung nur noch 38 % sein. Der bereits seit 1993 stetig steigende Anteil des höchsten Dezils an den gesamten Nettoäquivalenzeinkommen wird zwischen 2003 und 2025 nochmals um etwa 1,3 Prozentpunkte zunehmen.

In Tabelle 2-10 wird die Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach bestimmten demographischen Haushaltsmerkmalen dargestellt. So zeigt die Einkommensverteilung nach Haushaltstyp, dass zwischen 1993 und 2003 grundsätzlich die Alleinerziehenden über die geringsten Nettoäquivalenzeinkommen verfügten und Paarhaushalte ohne Kinder über die höchsten, annähernd doppelt so hohe wie die erste Gruppe. Die relative Position der anderen Haushaltstypen schwankte in diesem Zeitraum. Deutlich besser gestellt wurden dabei die Paarhaushalte mit zwei und mehr Kindern. Für 2025 wird prognostiziert, dass insbesondere für diese Gruppe, aber auch für Paarhaushalte mit nur einem Kind sowie allein lebende Männer, die Nettoäquivalenzeinkommen relativ zum Durchschnitt weiter leicht steigen werden, während sie insbesondere für allein lebende Frauen *relativ zum Durchschnitt* leicht rückläufig sein werden. Ihr Nettoäquivalenzeinkommen wird im Jahr 2025 rund 82 % des Durchschnittsäquivalenzeinkommens betragen, während dies in 2003 noch 85 % des Durchschnittsäquivalenzeinkommens ausmachte.

geschätzten Werte.

Tabelle 2-10:
Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen* ausgewählter privater Haushalte (in Preisen von 2003)

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998		2003**		2025	
	je Haushalt und Monat	vom Durchschnitt aller Haushalte	je Haushalt und Monat	vom Durchschnitt aller Haushalte	je Haushalt und Monat	vom Durchschnitt aller Haushalte	je Haushalt und Monat	vom Durchschnitt aller Haushalte
	Euro	%	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Haushalte gesamt	1.658	100	1.720	100	1.795	100	2.531	100
Alleinstehende Frauen	1.422	86	1.510	88	1.520	85	2.087	82
Alleinstehende Männer	1.728	104	1.797	104	1.820	101	2.637	104
Alleinerziehende	1.075	65	1.080	63	1.194	67	1.700	67
Paar ohne Kind	1.948	117	2.012	117	2.053	114	2.825	112
Paar mit 1 Kind	1.611	97	1.564	91	1.807	101	2.678	106
Paar mit 2 und mehr Kindern	1.368	83	1.415	82	1.761	98	2.619	103
Ohne Ausbildungsabschluß des HEB	1.235	74	1.215	71	1.043	58	1.272	50
Geringer Ausbildungsabschluß des HEB	1.542	93	1.566	91	1.635	91	2.181	86
Mittlerer Ausbildungsabschluß des HEB	1.681	101	1.799	105	1.835	102	2.471	98
Hoher Ausbildungsabschluß des HEB	2.212	133	2.169	126	2.257	126	3.176	126
Selbständige	2.504	151	2.483	144	2.116	118	3.252	128
Beamte	2.285	138	2.361	137	2.187	122	3.295	130
Arbeiter und Angestellte	1.743	105	1.770	103	2.010	112	2.945	116
Arbeitslose	966	58	1.047	61	970	54	1.378	54
Rentner und Pensionäre	1.521	92	1.603	93	1.627	91	2.186	86
Nichterwerbstätige	1.072	65	1.103	64	990	55	1.420	56

* Nettoäquivalenzeinkommen berechnet nach modifizierter OECD-Skala.

** Für 2003 werden hier die Werte aus der Schätzung dargestellt.

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Die Differenzierung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigt, dass sich zwischen 2003 und 2025 die Einkommensniveaus der Selbständigen, der Beamten sowie der Arbeiter und Angestellten relativ zum Durchschnitt aller Nettoäquivalenzeinkommen erhöhen werden, während sie für die Arbeitslosen und die Nichterwerbstätigen relativ zum Durchschnitt in etwa konstant bleiben und für Rentner und Pensionäre sinken werden. Diese Entwicklung ist unter anderem auch dadurch bedingt, dass die Renteneinkommen mit 1,0 % etwas geringer wachsen als die anderen Einkommenskomponenten. Auf eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Einkommen der Rentner deutet darüber hinaus auch das unterdurchschnittliche Wachstum der verfügbaren Haushaltseinkommen für die Altersgruppe der über 75-Jährigen in der durchschnittlichen Haushaltsbetrachtung in Tabelle 2-5 hin.

Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen differenziert nach Bildungsniveau erklärt auch die Entwicklung einer zunehmenden Spreizung der Einkommen. Das Verhältnis der durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte mit hohem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers zu denen mit geringem Abschluss ist zwar zwi-

schen 1993 und 2025 mit 1,4 relativ konstant, zeigt aber bereits eine Spreizung der Einkommen über das Bildungsniveau. Betrachtet man dieses Verhältnis für die Haushalte mit hohem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Vergleich zu denjenigen mit keinem Abschluss, wird auch die Zunahme der Spreizung deutlich. Während die Nettoäquivalenzeinkommen der Hochqualifizierten 1993 noch ca. 1,8mal so groß waren wie die der Haushalte mit keinem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers, stieg diese Relation bereits bis 2003 auf 2,2 an. Für 2025 wird prognostiziert, dass die durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte mit hohem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers sogar 2,5mal so groß sein werden wie die der Haushalte mit keinem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers. Diese Entwicklung ist unter anderem dadurch bedingt, dass die Arbeitseinkommen für die Hochqualifizierten relativ stärker wachsen als für die Geringqualifizierten.

Die Tatsache, dass sich in dieser Darstellung für alle Ausbildungsklassen das mittlere Einkommensniveau *relativ zum Durchschnitt* zwischen 2003 und 2025 verringert, lässt sich auf demographische Entwicklungen bzgl. der Haushalte nach Ausbildungsniveau zurückführen, die in die hier dargestellten Größen eingehen. Die beiden Klassen höherer Bildung, die annahmegemäß ein überdurchschnittliches Wachstum der Arbeitseinkommen erfahren werden, nehmen zahlenmäßig stark zu, während die beiden Klassen geringer Bildung zahlenmäßig schrumpfen. Siehe dazu auch Tabelle 0-5 sowie Tabelle 0-3 im Anhang.

Fazit: Wie bereits in der Vergangenheit beobachtet, wird die Einkommensverteilung auch bis 2025 etwas ungleicher. Die unteren 60 % der Haushalte verlieren an Anteilen am Nettoäquivalenzeinkommen, das 7. Dezil verändert seine Position kaum, während die oberen „reichen“ 30 % der Haushalte - und hier insbesondere das oberste Dezil - an Anteilen hinzugewinnen. In der Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen der Haushalte werden Paare mit Kinder sowie Selbständige und Beamte zu den Gewinnern zählen, hingegen wird sich die Position der Geringqualifizierten verschlechtern.

3. Fazit

Umfassendere Aussagen zum künftigen Konsum und zur Mobilität setzen Festlegungen zur ökonomischen Zukunft voraus. Diese wird hier u.a. gekennzeichnet von einer besseren Qualifikation der Bevölkerung und von einer höheren Erwerbsbeteiligung – insbesondere der Frauen. Bei deutlicher Verschiebung hin zu den älteren Erwerbspersonen wird insgesamt das Arbeitskräfteangebot auf über 40 Mill. Personen steigen. Das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaftsleistung bis 2025 mit real 1,8 % wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt und auf die Einkommenssituation der Bevölkerung aus. Bei sinkender Arbeitslosigkeit erhöhen sich die verfügbaren Einkommen im Zeitraum 2003 bis 2025 durchschnittlich jährlich um real 1,4 % je Haushalt. Dabei werden die Arbeitseinkommen stärker wachsen als in der Vergangenheit. Dennoch wird, wie bereits in der Vergangenheit beobachtet, die Einkommensverteilung auch bis 2025 etwas ungleicher. In der Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen der Haushalte werden Paare mit Kindern sowie Selbständige und Beamte künftig Einkommenszuwächse erfahren. Hingegen wird sich die Einkommensposition der Geringqualifizierten verschlechtern.

Anhang: Komponentenzusammensetzungen in der EVS für 1993-2003

Haushaltsbruttoeinkommen =

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit + Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit + Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen + Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen + Nettoeinnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Untervermietung + Einnahmen aus Kapitalvermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit[84] =

Grundlohn/-gehalt + einmalige Zahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) + vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers + Abfindungen + Gewinnbeteiligungen + sonstige Zahlungen + Zuschüsse zur befreienden Lebensversicherung + Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung + Arbeitgeberzuschüsse zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung + Einnahmen aus Nebenerwerbstätigkeit + zum Lohn gehörende Sachleistungen (Werkswohnung, Versorgung, Übernachtung, etc.)

Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit =

Sachentnahmen + Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb + Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit im Gewerbebetrieb oder aus freiberuflicher Tätigkeit + sonstige Einnahmen aus selbstständiger Arbeit

Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen =

Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen aus Renten + Einkommen aus sonstigen öffentlichen Transferzahlungen

[84] Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit enthält in der EVS keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen aus Renten =

Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung (aus eigenem Anspruch oder für Hinterbliebene) + Bruttorenten berufsständischer Versorgungswerke usw. + Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung + Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung + Bruttorenten der Zusatzversorgungskasse (aus eigenem Anspruch oder für Hinterbliebene) + Renten der gesetzlichen Unfallversicherung + Renten der Kriegsopferversorgung + Auslandsrenten + Zuschüsse der landwirtschaftlichen Alterskassen + Lastenausgleichsrenten + öffentliche Bruttopensionen (aus eigenem Anspruch oder für Hinterbliebene)

Einkommen aus sonstigen öffentlichen Transferzahlungen =

Sonstige Übertragungen der Krankenversicherung + Übertragungen der Arbeitsförderung (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Umschulungsgeld, Konkursausfallgeld, einmalige Übertragungen der Arbeitsförderung oder Sozialversicherung) + Übertragungen der Gebietskörperschaften (Kindergeld, Mutterschaftsgeld der gesetzlichen Krankenkassen, Wohngeld, Unterhaltsvorschussleistungen, Sozialhilfe als laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, Sozialhilfe als Hilfe in besonderen Lebenslagen, Erziehungsgeld, BAföG, Europäische Sozialfonds, Pflegegeld, Eigenheimzulage und ähnliche Fördermittel, sonstige Zahlungen aus öffentlichen Kassen, Arbeitslosenhilfe, Altersteilzeitgeld, bedarfsorientierte Grundsicherung), Steuerrückerstattungen, Beihilfen im öffentlichen Dienst

Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen[85] =

Brutto-Werks- bzw. -Betriebsrenten + Werks- bzw. Betriebsrenten und Betriebsunterstützungen aus eigener Erwerbstätigkeit und sonstigen Ansprüchen als Sachbezüge + Erstattungen und Leistungen privater Versicherungen + Streikunterstützungen + Beihilfen und

Unterstützungen von Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen + Kapitalauszahlungen aus Erbschaften[86] + Geldgeschenke, Unterhaltszahlungen und andere + Unterstützungen von anderen privaten Haushalten für „freies Wohnen“ + Auszahlungen privater Alters-, Pensions- und Sterbekassen

Nettoeinnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Untervermietung =

Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung + Mietwert von Eigentümerwohnungen, -häusern, Garagen und Stellplätzen (netto)[87] + Einnahmen aus Untervermietung

Einnahmen aus Kapitalvermögen[88] =

Zinsgutschriften + Dividenden + Ausschüttungen

Haushaltsnettoeinkommen =

Haushaltsbruttoeinkommen – Steuern und Abgaben

Steuern und Abgaben =

Zahlungen an Lohn- und Einkommensteuer + Beiträge zur Sozialversicherung

Zahlungen an Lohn- und Einkommensteuer[89] =

Lohn- und Einkommensteuer[90] + Kirchensteuer + Solidaritätszuschlag

---

[85] In der EVS für 1993 enthalten die Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen die Subkomponenten „einmalige Übertragungen privater Haushalte“ sowie „laufende Übertragungen privater Haushalte“, anstelle einiger der hier aufgeführten Positionen.

[86] Diese Position ist in der EVS für 1993 und der EVS für 1998 nicht enthalten.

[87] In der EVS für 1993 ist nur der Mietwert von Eigentümerwohnungen und -häusern enthalten, nicht aber der von Garagen und Stellplätzen.

[88] In der EVS für 1998 und 2003 sind die Einnahmen aus Kapitelvermögen Nettogrößen, nach Abzug von Kapitalertragsteuer. Die Kapitalertragsteuer wurde zwar zum 01.01.1993 eingeführt, es wird aber angenommen, dass in der EVS für 1993 noch keine Kapitalertragsteuer berücksichtigt wurde.

[89] Lohn- und Einkommensteuerzahlungen in der EVS für 1998 und für 2003 enthalten den Solidaritätsbeitrag von 5,5%, in der EVS für 1993 hingegen noch nicht. In der EVS für 1993 enthalten sie aber Zahlungen an Vermögensteuer, die wiederum in der EVS für 1998 und 2003 nicht enthalten sind.

Beiträge zur Sozialversicherung =

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung[91] + Pflichtbeiträge zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung[92] + Pflichtbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung[93] + Pflichtbeiträge zur privaten Pflegeversicherung[94] + Arbeitslosenversicherung

verfügbares Haushaltseinkommen =

Haushaltsnettoeinkommen + sonstige Einnahmen

sonstige Einnahmen[95] =

Rückvergütung auf Warenverkäufe + Einnahmen aus Spesen und dienstlichen Erstattungen + Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (Verkauf im Haushalt erzeugter Waren, Verkauf von gebrauchten Waren)

---

[90] Hier werden die geschätzten Steueranteile auch auf das Einkommen aus selbständiger Arbeit bezogen, falls dieses positiv ist und gleichzeitig kein sozialversicherungspflichtiger Lohn erzielt wurde, bzw. keine positive Steuerzahlung vorliegt, um die Steuerlast aus der Lohn- und Einkommensteuererhebung auch für Selbständige zu berücksichtigen.

[91] Hier werden auch freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

[92] Hier werden auch freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung berücksichtigt. Diese Beiträge werden auch für Selbständige und Rentenempfänger ermittelt und berücksichtigt.

[93] Da die Pflegeversicherung erst zum 01. 01. 1995 eingeführt wurde, sind diese Beiträge nur in der EVS für 1998 und 2003 enthalten. Sie werden in der Schätzung auch für Rentenempfänger ermittelt und berücksichtigt.

[94] Da die Pflegeversicherung erst zum 01. 01. 1995 eingeführt wurde, sind diese Beiträge nur in der EVS für 1998 und 2003 enthalten. Sie werden in der Schätzung auch für Selbständige und Rentenempfänger ermittelt.

[95] Diese Größe enthält in der EVS 1998 und 2003 zusätzlich „Einnahmen aus Rückzahlungen“, „sonstige Erstattungen“ und „Verkauf von Schmuck“, welche aber zur besseren Vergleichbarkeit mit den Daten für 1993 hier ausgenommen wurden.

Anhang: Merkmalsabgrenzung Ausbildungsabschluss

Das Haushaltsmerkmal „höchster beruflicher Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers“ wird in folgender Abgrenzung verwendet:

Hoch: Hochschul- oder Fachhochschul-Abschluss.

Mittel: Ausbildung an Fachschule, Meisterschule, Technikerschule, Berufsakademie oder Fachakademie.

Gering: Berufsausbildung, Lehre, Berufsfachschule oder sonstiger beruflicher Abschluss.

Keiner: soweit kein beruflicher Ausbildungsabschluss, d.h. noch in beruflicher Ausbildung, Student, kein beruflicher Abschluss und nicht in beruflicher Ausbildung oder Schüler.

Anhang: Entwicklung der Zahl der Haushalte

Tabelle 0-1:
Haushalte und durchschnittliche Anzahl Haushaltsmitglieder hochgerechnet für EVS nach Alter des Haupteinkommensbeziehers - Entwicklung 2003 bis 2025

Alter des HEB	Anzahl Haushalte				durchschnittliche Anzahl Haushaltsmitglieder			
	2003	2025	Veränderung		2003	2025	Veränderung	
			absolut	in Klasse			absolut	in Klasse
unter 35	6.341.881	5.996.604	-345.277	-5,44%	1,91	1,78	-0,13	-6,81%
35-50	12.453.288	10.254.544	-2.198.744	-17,66%	2,74	2,61	-0,13	-4,74%
50-60	5.876.485	6.637.938	761.453	12,96%	2,23	2,13	-0,10	-4,48%
60-65	3.167.709	3.454.139	286.430	9,04%	1,80	1,84	0,04	2,22%
65-75	6.021.350	6.764.276	742.926	12,34%	1,62	1,63	0,01	0,62%
75+	4.144.419	6.554.485	2.410.066	58,15%	1,39	1,43	0,04	2,88%
Gesamt	38.005.132	39.661.986	1.656.854	4,36%	2,12	1,98	-0,14	-6,60%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose in Kapitel 1.

Tabelle 0-2:
Haushalte hochgerechnet für EVS 2025 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltstyp

Alter des HEB	Haushaltstyp					Gesamt
	Alleinstehende (Männer und Frauen	Paar ohne Kind	Paar mit 1 Kind	Paar mit >=2 Kindern	Übrige HH (inkl. Alleinerziehende)	
unter 35	3.143.550	1.310.473	443.065	430.459	669.057	5.996.604
35-50	3.080.333	1.368.764	1.209.726	2.422.669	2.173.052	10.254.544
50-60	2.169.108	2.205.619	265.065	225.453	1.772.693	6.637.938
60 - 65	1.086.972	1.910.136	26.980	18.155	411.895	3.454.139
65-75	2.849.645	3.531.876	31.222	5.122	346.411	6.764.276
75+	3.945.522	2.290.049	2.606	517	315.792	6.554.485
Gesamt	16.275.130	12.616.917	1.978.664	3.102.375	5.688.900	39.661.986

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose aus Kapitel 1.

Tabelle 0-3:
Haushalte hochgerechnet für EVS nach Ausbildungsabschluss des HEB - Entwicklung 2003 bis 2025

Beruflicher Ausbildungsabschluss des HEB	Anzahl Haushalte		Veränderung		
	2003	2025	absolut	in Klasse	in Gesamt
hoch	9.941.175	13.634.795	3.693.620	37,15%	9,72%
mittel	6.778.137	6.906.097	127.960	1,89%	0,34%
niedrig	18.822.405	17.246.268	-1.576.137	-8,37%	-4,15%
keiner	2.463.415	1.874.827	-588.588	-23,89%	-1,55%
Gesamt	38.005.132	39.661.986	1.656.854	4,36%	4,36%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose aus Kapitel 1.

Tabelle 0-4:
Haushalte hochgerechnet für EVS 2025 nach Alter und Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers

Alter des HEB	Beruflicher Ausbildungsabschluß des Haupteinkommensbeziehers				
	hoch	mittel	niedrig	keiner	Gesamt
unter 35	1.584.897	664.909	2.530.991	1.215.807	5.996.604
35-50	4.072.080	1.574.109	4.490.098	118.256	10.254.544
50-60	2.067.745	1.139.740	3.290.188	140.266	6.637.938
60 - 65	1.178.203	656.182	1.570.342	49.412	3.454.139
65-75	2.682.091	1.363.081	2.585.566	133.538	6.764.276
75+	2.049.778	1.508.076	2.779.083	217.548	6.554.485
Gesamt	13.634.795	6.906.097	17.246.268	1.874.827	39.661.987

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose aus Kapitel 1.

Tabelle 0-5

Haushalte nach beruflichem Ausbildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers 2003 und 2025

Gegenstand der Nachweisung	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
Haushalte 2003	38.005.132	6.341.881	12.453.288	5.876.485	3.167.709	6.021.350	4.144.419
Anteil der Haushalte mit				in %			
keinem Ausbildungsabschluss	6,5	20,4	2,3	2,1	2,0	4,8	9,6
geringem Ausbildungsabschlus	49,5	47,1	50,9	50,6	50,0	47,2	50,7
mittlerem Ausbildungsabschluss	17,8	12,2	17,8	17,7	19,8	21,7	19,7
hohem Ausbildungsabschluss	26,2	20,2	29,0	29,6	28,2	26,3	20,0
Haushalte 2025	39.661.986	5.996.604	10.254.544	6.637.938	3.454.139	6.764.276	6.554.485
Anteil der Haushalte mit				in %			
keinem Ausbildungsabschluss	4,7	20,3	1,2	2,1	1,4	2,0	3,3
geringem Ausbildungsabschlus	43,5	42,2	43,8	49,6	45,5	38,2	42,4
mittlerem Ausbildungsabschluss	17,4	11,1	15,4	17,2	19,0	20,2	23,0
hohem Ausbildungsabschluss	34,4	26,4	39,7	31,2	34,1	39,7	31,3
Veränderung 2025/2003	1.656.854	-345.277	-2.198.744	761.453	286.430	742.926	2.410.066
Veränderung 2025/2003 in %							
insgesamt	4,36%	-5,44%	-17,66%	12,96%	9,04%	12,34%	58,15%
keinem Ausbildungsabschluss	-23,89%	-6,20%	-59,17%	13,57%	-23,00%	-54,10%	-45,48%
geringem Ausbildungsabschlus	-8,37%	-15,26%	-29,12%	10,62%	-0,85%	-9,04%	32,33%
mittlerem Ausbildungsabschluss	1,89%	-14,20%	-28,90%	9,59%	4,65%	4,42%	84,63%
hohem Ausbildungsabschluss	37,15%	23,44%	12,65%	18,92%	31,97%	69,49%	147,45%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003 sowie der Haushaltsprognose in Kapitel 1.

Anhang: Darstellung der Ergebnisse in Durchschnittsbetrachtung je Haushalt und Monat

Tabelle 0-1:
Entwicklung der Einkommenskomponenten für 1993, 1998, 2003 und 2025

(je Haushalt pro Monat in Preisen von 2003)

Komponente	real je Haushalt pro Monat in Euro					durchschnittliche Änderung p.a.		
	EVS-Daten			Schätzung		EVS-Daten		Schätzung
	1993	1998	2003	2003	2025	98/93	03/98	25/03
Arbeitseinkommen	2.228	2.144	2.077	1.956	2.387	-0,76%	-0,63%	0,91%
Transfereinkommen	858	959	1.088	1.180	1.706	2,24%	2,55%	1,69%
EK aus Vermögen und sonstige	387	462	444	472	767	3,63%	-0,77%	2,24%
HH-Bruttoeinkommen	3.443	3.519	3.563	3.562	4.790	0,44%	0,25%	1,36%
Steuern und Abgaben	754	818	814	844	1.078	1,63%	-0,09%	1,12%
verfügbare HH-Einkommen	2.718	2.747	2.795	2.763	3.781	0,21%	0,35%	1,44%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-2:
Einkommenskomponenten für 2025 differenziert nach Altersgruppen

(je Haushalt pro Monat in Euro und in Preisen von 2003)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	real je Haushalt pro Monat in Euro						
Arbeitseinkommen	2.387	2.824	4.289	3.761	1.754	286	120
Transfereinkommen	1.706	865	1.346	1.343	2.084	2.552	2.331
EK aus Vermögen und sonstige	767	344	858	1.046	1.088	747	584
HH-Bruttoeinkommen	4.790	3.962	6.404	6.070	4.849	3.524	3.001
Steuern und Abgaben	1.078	1.068	1.749	1.527	907	456	315
verfügbare HH-Einkommen	3.781	2.965	4.743	4.623	4.019	3.128	2.719

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Anhang: Darstellung der Ergebnisse in Anteilen am Haushaltsbruttoeinkommen

Tabelle 0-1:
Anteil der Einkommenskomponenten am HH-Bruttoeinkommen für 1993 nach Altersgruppen (je Haushalt und Monat in Preisen von 2003)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	in Euro je Haushalt und Monat						
HH-Bruttoeinkommen	3.443	2.968	4.458	4.241	3.179	2.370	1.804
	Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %						
Arbeitseinkommen	64,7	80,1	80,9	73,8	39,1	10,5	4,3
Transfereinkommen	24,9	14,9	10,3	15,4	46,3	71,9	79,4
EK aus Vermögen und sonstige	11,2	6,2	9,7	11,7	15,6	18,3	16,8
Steuern und Abgaben	21,9	24,8	25,0	24,9	16,6	9,9	8,5
verfügbare HH-Einkommen	79,0	76,5	75,9	75,9	84,2	90,7	92,0

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-2:
Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 1998 zu 1993 nach Altersgruppen (je Haushalt)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Änderung p.a.						
HH-Bruttoeinkommen	0,44%	1,76%	-0,65%	0,86%	0,02%	0,03%	2,43%
	Veränderung der Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %-Punkten						
Arbeitseinkommen	-3,8	-1,9	-4,5	-3,9	-1,0	-5,0	-2,3
Transfereinkommen	2,3	1,0	3,4	1,5	-1,3	3,9	0,7
EK aus Vermögen und sonstige	1,9	1,4	1,5	2,6	2,9	1,7	1,8
Steuern und Abgaben	1,3	2,8	1,9	1,2	0,8	-1,0	-0,5
verfügbare HH-Einkommen	-0,9	-2,3	-1,5	-1,0	-0,2	1,6	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-3:
Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2003 (EVS) zu 1998 nach Altersgruppen (je Haushalt)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Änderung p.a.						
HH-Bruttoeinkommen	0,25%	-1,88%	0,57%	0,42%	0,77%	1,57%	1,25%
	Veränderung der Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %-Punkten						
Arbeitseinkommen	-2,6	-2,5	-0,9	-0,7	-3,4	0,5	-0,2
Transfereinkommen	3,3	3,0	1,3	2,0	4,3	1,3	2,2
EK aus Vermögen und sonstige	-0,7	-0,5	-0,5	-1,1	-1,2	-1,5	-2,1
Steuern und Abgaben	-0,4	-0,9	0,4	0,2	-0,7	0,1	0,2
verfügbare HH-Einkommen	0,4	0,9	-0,5	0,0	0,5	0,2	-0,3

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-4:
Anteil der Einkommenskomponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt und Monat in Preisen von 2003)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	in Euro je Haushalt und Monat						
HH-Bruttoeinkommen	3.562	2.944	4.438	4.516	3.308	2.566	2.165
	Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %						
Arbeitseinkommen	54,9	72,1	69,7	64,9	34,4	7,4	4,2
Transfereinkommen	33,1	22,4	20,1	21,1	47,4	76,3	80,6
EK aus Vermögen und sonstige	13,2	7,2	11,5	15,1	19,6	17,6	15,8
Steuern und Abgaben	23,7	27,7	27,7	26,0	18,3	12,1	9,9
verfügbare HH-Einkommen	77,6	73,9	73,5	75,2	83,1	89,2	90,7

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-5:
Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2025 zu 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Änderung p.a.						
HH-Bruttoeinkommen	1,36%	1,36%	1,68%	1,35%	1,75%	1,45%	1,50%
	Veränderung der Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %-Punkten						
Arbeitseinkommen	-5,1	-0,8	-2,7	-3,0	1,8	0,7	-0,2
Transfereinkommen	2,5	-0,5	1,0	1,0	-4,4	-3,9	-2,9
EK aus Vermögen und sonstige	2,8	1,5	1,9	2,1	2,8	3,6	3,6
Steuern und Abgaben	-1,2	-0,8	-0,4	-0,8	0,4	0,8	0,6
verfügbare HH-Einkommen	1,4	0,9	0,5	1,0	-0,2	-0,5	-0,1

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-6:
Veränderung des Anteils der Komponenten am HH-Bruttoeinkommen für 2025 zu 2003 (Schätzung) nach Altersgruppen (je Haushalt) – Auch für 2025 auf Basis der Bevölkerungsstruktur von 2003

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Änderung p.a.						
HH-Bruttoeinkommen	1,45%	1,41%	1,55%	1,47%	1,53%	1,21%	1,15%
	Veränderung der Anteile am HH-Bruttoeinkommen in %-Punkten						
Arbeitseinkommen	-1,4	-1,4	-3,0	-3,1	1,2	0,1	-0,5
Transfereinkommen	-0,7	-0,2	1,0	1,0	-3,8	-3,2	-2,0
EK aus Vermögen und sonstige	2,3	1,7	2,1	2,2	2,7	3,4	2,9
Steuern und Abgaben	-0,7	-1,3	-1,0	-1,0	-0,1	-0,2	-0,4
verfügbare HH-Einkommen	0,9	1,5	1,1	1,2	0,2	0,6	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Anhang: Einkommenskomponenten 2003 und 2025 in Mrd. Euro

Tabelle 0-1:
Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) differenziert nach Altersgruppen (hochgerechnet pro Jahr in Mrd. Euro und in Preisen von 2003)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	real hochgerechnet pro Jahr in Mrd. Euro						
Arbeitseinkommen	892,0	161,4	462,2	206,8	43,2	13,8	4,5
Transfereinkommen	538,2	50,1	133,0	67,2	59,6	141,5	86,8
EK aus Vermögen und sonstige	215,1	16,2	76,4	48,2	24,7	32,7	17,0
HH-Bruttoeinkommen	1.624,5	224,0	663,1	318,5	125,7	185,4	107,6
Steuern und Abgaben	385,0	62,1	183,9	82,8	23,1	22,5	10,6
verfügbare HH-Einkommen	1.260,3	165,6	487,6	239,4	104,5	165,5	97,7

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Tabelle 0-2:
Einkommenskomponenten für 2025 differenziert nach Altersgruppen (hochgerechnet pro Jahr in Mrd. Euro und in Preisen von 2003)

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	real hochgerechnet pro Jahr in Mrd. Euro						
Arbeitseinkommen	1.135,9	203,2	527,8	299,6	72,7	23,2	9,4
Transfereinkommen	811,7	62,3	165,6	107,0	86,4	207,2	183,3
EK aus Vermögen und sonstige	365,2	24,8	105,5	83,3	45,1	60,6	45,9
HH-Bruttoeinkommen	2.279,8	285,1	788,1	483,5	201,0	286,0	236,1
Steuern und Abgaben	513,2	76,9	215,2	121,6	37,6	37,1	24,8
verfügbare HH-Einkommen	1.799,7	213,4	583,7	368,3	166,6	253,9	213,9

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Anhang. Komponentenzerlegung

In Tabelle 0-1 wird ein Versuch unternommen, den demographischen Effekt bei der Entwicklung der Komponenten von dem tatsächlichen Wachstum der Komponenten pro Kopf der Haushalte in *2003* in den jeweiligen Altersgruppen zu trennen. Dafür werden die gleichen Berechnungen, die in Tabelle 2-6 angestellt werden, mit konstanter Bevölkerungsstruktur dargestellt. Die für 2025 geschätzten Komponenten werden also mit den gleichen Hochrechnungsfaktoren wie die für 2003 geschätzten Komponenten auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Dieses Vorgehen reduziert erwartungsgemäß das durchschnittliche jährliche Wachstum für die wachsenden älteren Altersklassen und erhöht es für die schrumpfenden jüngeren Altersklassen bezüglich jeder betrachteten Komponente. Des Weiteren kann anhand von Tabelle 0-1 abgeleitet werden, dass die Haushalte mit 35-50-jährigem sowie 60-65-jährigem Haupteinkommensbezieher *ungeachtet ihrer demographischen Entwicklung* ein überdurchschnittliches Wachstum jeder Komponente bis 2025 erfahren, so dass die 35-50-Jährigen also lediglich durch ihren demographischen Rückgang relativ weniger „profitieren“. Für die Haushalte mit über 75-Jährigem Haupteinkommensbezieher hingegen entwickelt sich jede Komponente *ungeachtet ihrer demographischen Entwicklung* unterdurchschnittlich, sie „profitieren“ also lediglich von ihrem demographischen Wachstum. Für die anderen Altersgruppen ist diese Entwicklung über die Komponenten uneinheitlich. Diese Ergebnisse sollen jedoch keine weitere Verwendung finden, als den demographischen Effekt zu verdeutlichen.

Tabelle 0-1:
Jährliche Veränderung der Einkommenskomponenten für 2003 (Schätzung) bis 2025 nach Altersgruppen (in hochgerechneten Summen) – Auch für 2025 auf Basis der Bevölkerungsstruktur von 2003

Komponente	Gesamt	Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren					
		unter 35	35 - 50	50 - 60	60 - 65	65 - 75	75+
	durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %						
Arbeitseinkommen	1,33%	1,32%	1,35%	1,24%	1,70%	1,30%	0,63%
Transfereinkommen	1,35%	1,37%	1,78%	1,69%	1,15%	1,01%	1,03%
EK aus Vermögen und sonstige	2,19%	2,38%	2,34%	2,10%	2,13%	2,02%	1,92%
HH-Bruttoeinkommen	1,45%	1,41%	1,55%	1,47%	1,53%	1,21%	1,15%
Steuern und Abgaben	1,31%	1,18%	1,38%	1,29%	1,52%	1,13%	0,94%
verfügbare HH-Einkommen	1,50%	1,50%	1,62%	1,54%	1,55%	1,24%	1,19%

Quelle: Eigene Berechnungen des DIW Berlin auf Basis der scientific use files der EVS 1993, 1998 und 2003.

Literatur

acatech (2006): Mobilität 2020. Perspektiven für den Verkehr von Morgen. Schwerpunkt: Straßen- und Schienenverkehr. acatech Berichtet und Empfiehlt Nr. 1.

Anger, Silke; Lupo, Katie (2007): Bildungsrenditen von Vollzeitbeschäftigten in Deutschland: Der Osten hat aufgeholt. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 10/ 2007

Bach, Stefan (2005): Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte. Data Documentation 10. DIW Berlin.

Bach, Stefan; Steiner, Viktor (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 13/ 2007, 1. Bericht.

Börsch-Supan, Axel; Ludwig, Alexander; Winter, Joachim (2005): Aging, Pension Reform and Capital Flows: a Multi-Country Simulation Model. National Bureau of Economic Research. Cambridge, Working Paper 11850.

Brenke, Karl (2007): Die Bedeutung der Älteren auf dem Arbeitsmarkt nimmt deutlich zu. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 21/ 2007.

Brenke, Karl; Zimmermann, Klaus F. (2005): Demographischer Wandel erfordert Bildungsreformen und lebenslanges Lernen. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 19/ 2005.

Brenke, Karl (2006): Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendlereinkommen und Sozialtransfers. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 11/ 2006.

Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichtserstattung: Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt - Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Nürnberg 2007.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006): Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2006). Bericht der Bundesregierung, Anlage 3.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2005): Armuts- und Reichtumsbericht 2005.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2005): Bericht über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklagen sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB VI (Rentenversicherungsbericht 2005). Bericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2005): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2005 gemäß § 154 Abs.2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2005). Kurzfassung.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2005): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht 2005 gemäß § 154 Abs.2 SGB VI (Alterssicherungsbericht 2005).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2005): Lebenslagen in Deutschland: Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005): Kapitel 7 Soziale Sicherung im Gender Datenreport: Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/7-soziale-sicherung.html (10.11.2007).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2006): Szenarien der Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung von Siedlungsstrukturen bis 2050. FE-Nr. 070.757/2004 (FOPS).

Bundesregierung (2007): REGIERUNG online. Mehr Netto durch niedrige Arbeitslosenbeiträge, http://www.bundesregierung.de/nn_1496/Content/DE/Artikel/2007/11/2007-11-16-entlastung-fuer-beitragszahler.html (Beitrag vom 16.11.2007).

Buslei, H. und V. Steiner (2006): Aufkommens- und Verteilungseffekte der Besteuerung von Alterseinkünften – Eine Mikrosimulationsanalyse für Deutschland. In: C. Seidl (Hrsg.): Steuern und Soziale Sicherung in Deutschland. Reformvorschläge und deren finanzielle Auswirkungen. Heidelberg.

Buslei, H., E. Schulz und V. Steiner (2007): Auswirkungen des Demographischen Wandels auf die Private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Deutschland bis 2050. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 26.

Carone, Giuseppe (2005): Long-term labour force projections for the 25 EU Member States: A set of data for assessing the economic impact of ageing. European Commission, Economic Paper N° 235.

Carone, Giuseppe; Denis, Cécil; Mc Morrow, Kieran et al. (2006): Long-term labour productivity and GDP projections for the EU25 Member States: a production function framework. European Commission, Economic Paper N° 253.

Deaton, A. (1997): The Analysis of Household Surveys: A Microeconometric Approach to Development Policy. Washington DC: IBRD/the World Bank, 1997.

Deaton, A. und C. Paxson (1993): Saving, Growth and Aging in Taiwan. NBER Working Paper Series, WP No. 4330.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2006): Mobilität im Jahr 2050 – Wie werden wir leben und unterwegs sein. Difu-Bericht 4/ 2006.

Economic Policy Committee and the European Commission (DG ECFIN) (2006): The impact of ageing on public expenditure: projections for the EU25 Member States on pensions, health care, long-term care, education an unemployment transfers (2004- 2050). European Commission, Directorate-General for Economic an Financial Affairs, Special Report n° 1/2006.

Engelhardt, Henriette; Prskawetz, Alexia (2005: Arbeitsmarkt und Demographie. Vienna Institute of Demography, Working Papers 02/2005.

Europäischer Rat (Lissabon): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (2000), http://www.bmf.gv.at/Wirtschaftspoltik/Wirtschaftspolitiki510/EuropischeWirtschaf730/LissabonStrategie727/Handlungsauftrag des729/lisboa.pdf (10.11.2007)

Europäischer Rat (Stockholm): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (2001), http://www.bmf.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitiki510/EuropischeWirtschaf730/LissabonStrategie727/Handlungsauftragdes729/stockholm.asp.html (10.11.2007)

Frick, Joachim R.; Goebel, Jan; Grabka, Markus M. et al. (2005): Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 4/ 2005.

Gebel, Michael; Pfeiffer, Friedhelm (2007): Educational Expansion and its Heterogeneous Returns for Wage Workers. DIW Berlin, SOEPpapers 13.

Gornig, Martin; Görzig, Bernd (2007): Nach 1995 deutliche Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 12/ 2007, 2. Bericht.

Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich. DIW Berlin Wochenbericht Nr. 12/2007, 1. Bericht.

ifmo (2005): Zukunft der Mobilität – Szenarien für das Jahr 2025. Hrsg.: Institut für Mobilitätsforschung (ifmo), (ifmo Studien), Berlin.

ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (2007): Rente mit 67 – Folgen für den Arbeitsmarkt? ifo Schnelldienst 3/ 2007, 60. Jahrgang, München.

ITP, BVU (2007) Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtung 2025, Gutachten im Auftrag des BMVBS, München, Freiburg.

Klose, Manfred; Schwarz Norbert (2006): Einkommen sozioökonomischer Haushaltsgruppen – Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 12/ 2006, S. 1296- 1309.

Knoche, Meinhard (2007): Die deutschen Unternehmen im Globalisierungsprozess – Erfolgsfaktor Personal. ifo Institut München, ifo Schnelldienst 6/ 2007.

Krause, Peter; Schäfer, Andrea (2005): Verteilung von Vermögen und Einkommen in Deutschland: Große Unterschiede nach Geschlecht und Alter. DIW Berlin Wochenbericht NR. 11/ 2005.

Krause, Peter; Spieß, C. Katharina (2006): Armut und Reichtum – Eine zeitnahe wissenschaftliche Begleitung. DIW Berlin Vierteljahresheft 75(2006), 1, S. 5- 6.

Ludwig, Udo; Dreger, Christian; Zeddies, Götz (2006): Regionalisierte Wirtschafts- und Außenhandelsprognose für die Verkehrsprognose 2025 – Schlussbericht. Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Lührmann, Melanie (2005): Population Aging and the Demand for Goods & Services. Universität Mannheim, 95- 2005.

Lührmann, Melanie (2006): Essays on the Impact of Demographic Change on Capital, Goods and Labor Markets. Universität Mannheim, Inauguraldissertation.

Meyer, Bernd; Wolter, Marc Ingo (2005): Demographische Entwicklung und wirtschaftlicher Strukturwandel - Auswirkung auf die Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt. Statistisches Bundesamt.

Modigliani, F. & Ando A. (1963): The life cycle hypothesis of saving: Aggregated implications and tests. American Economic Review, 53, 55-84

Modigliani, F. & Brumberg, R. (1954): Utility analysis and the consumption function: An interpretation of cross-section data. In: Kurihara, K.K (ed.): Post-Keynesian Economics. New Brunswick, NJ: Rutgers University Press

Räth, Norbert; Braakmann, Albert (2007): Bruttoinlandsprodukt 2006. Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1/2007.

Schneider, Lutz (2006): Zu alt für den Arbeitsmarkt? Der Einfluss des Alters auf die Produktivität. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Wirtschaft im Wandel 11/ 2006.

Schneider, Lutz (2007a): Alterung und technologisches Innovationspotential – Eine Linked-Employee-Analyse. Institut für Wirtschaftsforschung halle, IWH- Discussion Paper Nr. 2.

Schneider, Lutz (2007b): Sind ältere Beschäftigte weniger produktiv? Eine empirische Analyse anhand des LIAB. Institut für Wirtschaftsforschung Halle, IWH- Discussion Paper Nr. 13.

Schneider, Stefan (2005): Globale Wachstumszentren 2020 – Formel-G für 34 Volkswirtschaften. Deutsche Bank Research Nr. 313.

Schulz, Erika (2001): Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten: Vorausschätzungen bis 2020 mit Ausblick 2050. DIW Berlin Wochenbericht 5/01

Statistisches Bundesamt (2004): Demographischer Wandel – Auswirkung auf das Bildungssystem. DESTATIS, Statistik und Wissenschaft, Band 6.

Statistisches Bundesamt (2005): Im Schnitt werden 160 Euro im Monat gespart. DESTATIS Pressemitteilung vom 25. Oktober 2005.

Statistisches Bundesamt (2007a): Bruttoinlandsprodukt 2006 für Deutschland. Informationsmaterial zur Pressekonferenz am 11. Januar 2007 in Frankfurt/ Main.

Statistisches Bundesamt (2007b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2006. Wichtige Zusammenhänge im Überblick.

Statistisches Bundesamt (2007c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Inlandsprodukt nach ESVG 1995 – Methoden und Grundlagen. Neufassung nach Revision 2005.

Stürzer, Monika (2005): Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. In: Cornelißen, Waltraud (Hrsg.) Gender-Datenreport – Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. S. 17-91, verfügbar über: http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/ Publikationen,did=58908.html.

Thießen, Ulrich (2007): Aging and Structural Change. DIW Berlin Discussion Papers 742.

Tiemann, Heinrich (2007): Rente mit 67 – Folgen für den Arbeitsmarkt? Ifo- München, ifo Schnelldienst 3/ 2007.

Tobin, J. (1958): Estimation of Relationships for Limited Dependent Variables. In: Econometrica 26, Januar 1958, S. 24-36.

TRAMP GmbH et al: (2006) Szenarien der Mobilitätsentwicklung unter Berücksichtigung von Siedlungsstrukturen bis 2050, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, FE-Nr. 70.757/2004, Magdeburg.

Unterrichtung durch die Bundesregierung (2006): Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren (Rentenversicherungsbericht 2006) und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2006. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/ 3700.

Wikipedia: Rürup-Kommission. http://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%BCrup-Kommission.

Wolter, Marc Ingo (2005): Bevölkerungsmodell und erste Modellierungen eines Arbeitsmarktes nach Qualifikationen. Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) mgH. GWS Discussion Paper 2005/1. Arbeitsbericht. Ergebnisse der Kooperationsgruppe „Sozioökonomische Modellierung“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld, Juni und Juli 2004.